



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Januar 2019



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

21. Dezember 2018

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, 60386 Frankfurt

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Adobe Stock / oxie99 / S. 24

BMWi / S. 5, 28, 29

BMWi / Bildkraftwerk / S. 16

dena / S. 31

Getty Images/ANDRZEJ WOJCIKI/
SCIENCE PHOTO LIBRAR / S. 11

iStock
Dmytro Yarmolin / S. 20
metamorworks / S. 18

Jürgen Lohmeyer / Deutschen Post AG / S. 23

Kick Images / Jupiter Images (Titel)

Kjpargeter / Freepik / S. 8

Kugler / Bundesregierung / S. 2

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Next Economy Award – die Auszeichnung für nachhaltige Start-ups	5
Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	7
Grafik des Monats	8
Überblick über die wirtschaftliche Lage	9
Reallabore: Innovationen ermöglichen – Regulierung weiterentwickeln	11
Künstliche Intelligenz – Strategie zur Entwicklung und Anwendung einer Schlüsseltechnologie	16
Die EU-Datenschutz-Grundverordnung – Chancen, erste Praxiserfahrungen und Ausblick	20
Der Weltpostverein im 21. Jahrhundert	23
Referenzprojekte für den Erfolg auf Auslandsmärkten nutzen	28
II. Wirtschaftliche Lage	33
Internationale Wirtschaftsentwicklung	34
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	36
III. Übersichten und Grafiken	47
1. Gesamtwirtschaft	48
2. Produzierendes Gewerbe	56
3. Privater Konsum	64
4. Außenwirtschaft	66
5. Arbeitsmarkt	68
6. Preise	70
7. Monetäre Entwicklung	74
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	76
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	78

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Handelsstreit, Brexit, Proteste in Frankreich – zugegeben, die Zeiten sind alles andere als ruhig. Und dennoch steht unsere Wirtschaft insgesamt gut da. Im letzten Jahr hat unsere Wirtschaftsleistung spürbar zugelegt. Die Löhne steigen deutlich, die Zahl der Beschäftigten ist erneut um über eine halbe Million gestiegen. Angesichts des internationalen Umfelds ist das keine Selbstverständlichkeit!

Der Aufschwung wird auch im Jahr 2019 weitergehen. Vielleicht nicht ganz so euphorisch, wie es viele erwartet hatten, aber dennoch in einem soliden Tempo. Unsere Antriebskräfte aus der Binnenwirtschaft sind stark und unsere Wirtschaft ist robust. Viele Unternehmen haben volle Auftragsbücher und kommen mit der Produktion nicht hinterher, weil sie an Kapazitätsgrenzen stoßen und ihnen zunehmend die Fachkräfte fehlen.

Trotzdem müssen wir alles daran setzen, die Wachstumskräfte in unserem Land zu stärken. Wir müssen die Dinge anpacken und der Wirtschaft den nötigen Rückenwind verschaffen. Das fängt damit an, dass wir die Leistungsträger unserer Gesellschaft wieder stärker in den Blick nehmen. Dazu gehören auch steuerliche Entlastungen von Unternehmen. Andere Länder haben es vorgemacht, und wenn sich auf diesem Gebiet nichts bewegt, wird das am Wirtschaftsstandort Deutschland nicht spurlos vorübergehen. Eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre ein klares Signal für Aufbruch und Investitionen. Es geht um wirtschaftliche Anreize für diejenigen, die den Laden am Laufen halten: Selbständige, Mittelständler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In vielen Bereichen steht uns ein großer Strukturwandel bevor. Wir müssen Kohleregionen eine neue Perspektive anbieten. Die Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung arbeitet intensiv an dieser Frage und wird demnächst ihre Ergebnisse vorstellen. Unsere Automobilbranche steht vor großen Umwälzungen. Wir nehmen deshalb die Schaffung einer deutschen und europäischen Bat-

teriezellenproduktion in den industriepolitischen Fokus. Und auch die Digitalisierung erfordert wichtige Weichenstellungen. Wir müssen schauen, dass wir bei wichtigen Schlüsseltechnologien den Anschluss nicht verlieren, sei es beim Thema Künstliche Intelligenz oder beim autonomen Fahren.

Dabei brauchen wir auch den Mut, Neues auszuprobieren. Deshalb wollen wir eine zeitgemäße, stärker datengetriebene und adaptive Regulierung voranbringen: Mit unserer Reallabore-Strategie schaffen wir Experimentierräume für innovative Produkte und Dienstleistungen, damit kluge Ideen in Deutschland getestet und umgesetzt werden, und Schlussfolgerungen für den notwendigen Regulierungsrahmen gezogen werden können. Die Unternehmen und die Hochschulen in Deutschland sprudeln vor Ideen und drängen mit neuen Geschäftsmodellen und Technologien auf den Markt. Diese Innovationskraft müssen wir mit vollem Einsatz unterstützen, denn sie ist und bleibt die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Im vorliegenden Monatsbericht finden Sie mehr über unsere Reallabore-Strategie.

Außerdem stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe ausführlich die Strategie Künstliche Intelligenz (KI) der Bundesregierung vor. Wie kann es uns gelingen, dass „Artificial Intelligence Made in Germany“ zum internationalen Gütesiegel für deutsche KI-Lösungen wird? Wir müssen mehr Geld in die Erforschung dieser Schlüsseltechnologie stecken und den Wissenstransfer in die Wirtschaft stärken. Gleichzeitig brauchen wir dafür die notwendigen Fachkräfte. Die Bundesregierung wird bis 2025 drei Milliarden Euro in den Bereich Künstliche Intelligenz investieren.

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung bringen neue Anforderungen an den Datenschutz mit sich. In einem Beitrag zur viel diskutierten Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) berichten wir über erste praktische Erfahrungen mit der neuen Rechtslage.

Wir stellen außerdem den Weltpostverein vor, der seit über 140 Jahren den internationalen Postverkehr regelt. Die zunehmende Bedeutung des E-Commerce stellt den Verein vor neue Herausforderungen.

Und, last but not least, zeigen wir in dieser Ausgabe, welche wichtige Rolle ausländische Projekte im Rahmen der Exportinitiative Energie haben, um deutsche Energiewende-Lösungen im Ausland zu vermarkten.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr und wie immer eine aufschlussreiche und interessante Lektüre dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik!



Peter Altmaier

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Next Economy Award – die Auszeichnung für nachhaltige Start-ups



Stefan Schulze-Hausmann, Vorsitzender der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V., Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß hat am 7. Dezember in Düsseldorf den Next Economy Award in der Kategorie „Resources“ überreicht. Mit dem mittlerweile vierten Next Economy Award, ausgerichtet von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e. V. und unterstützt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, werden Start-ups ausgezeichnet, die auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit setzen.

In der Kategorie „Resources“ ging der Preis an das Start-up SIRPLUS UG, das überschüssige, aber noch sehr gut genießbare Lebensmittel in eigenen Märkten verkauft, um Lebensmittelabfälle und damit die Verschwendung wertvoller Ressourcen zu vermeiden. Weitere Preise gingen in der Kategorie „People“ an das Sozialunternehmen Social-Bee, das mit seinem Geschäftsmodell Geflüchtete in den deutschen Arbeitsmarkt integriert, sowie in der Kategorie „Change“ an NUMAFERM, ein junges Unternehmen, das ein ökologisch nachhaltiges und kosteneffizientes Verfah-

ren zur Herstellung von Peptiden (einem Wirkstoff in pharmazeutischen Produkten) entwickelt hat.

Insgesamt hatte es mit 178 Bewerbungen einen neuen Rekord gegeben. Nominiert wurden neun Start-ups. Aus diesen wurden die Sieger durch eine Expertenjury und ein Publikumsvotum ausgewählt. Die Preisübergabe erfolgte vor 1.200 Gästen aus Wirtschaft, Forschung, Zivilgesellschaft und Politik im Rahmen der Gala des Deutschen Nachhaltigkeitspreises.

Vor der Preisübergabe betonte Staatssekretärin Dörr-Voß im Gespräch mit Stefan Schulze-Hausmann, dem Vorsitzenden der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V., in Deutschland gebe es sehr viele Menschen mit großartigen Ideen und Visionen. Dies zeige auch der Next Economy Award eindrucksvoll. Das Wirtschaftsministerium wolle mehr Menschen motivieren, ihre Ideen umzusetzen und den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen, und habe des-

halb gemeinsam mit der Wirtschaft eine Gründungs-offensive gestartet (siehe Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe 12/2018).

Nachhaltigkeitspolitik ist Modernisierungspolitik

Der Next Economy Award illustriert sehr anschaulich die Bedeutung von Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. Denn ohne neuartige Prozesse, Technologien und Geschäftsmodelle lassen sich die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und damit auch der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht erreichen. So verstanden ist Nachhaltigkeitspolitik in erster Linie Modernisierungspolitik. Das BMWi leistet dazu auf vielen Politikfeldern einen wesentlichen Beitrag: Unter dem Titel „Nachhaltigkeitspolitik ist Modernisierungspolitik“ wurde kürzlich ein Ressortbericht veröffentlicht, der die unterschiedlichen Maßnahmen des BMWi zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie darstellt. Der Bericht ist im Internet abrufbar unter

<https://bit.ly/2CJDqGB>

Kontakt: Stefan Liebenberg
Geschäftsstelle Ressortkoordination Nachhaltigkeit

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Januar 2019	
07.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
08.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
14.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21./22.01.	Eurogruppe/ECOFIN
Ende Januar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Februar 2019	
06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
11./12.02.	Eurogruppe ECOFIN
13.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
18.02.	WBF-Rat
21./22.02.	Informeller Handelsministerrat
Ende Februar 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
März 2019	
04.03.	Energieministerrat
08.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
11.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
11./12.03.	Eurogruppe/ECOFIN
14.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende März 2019	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

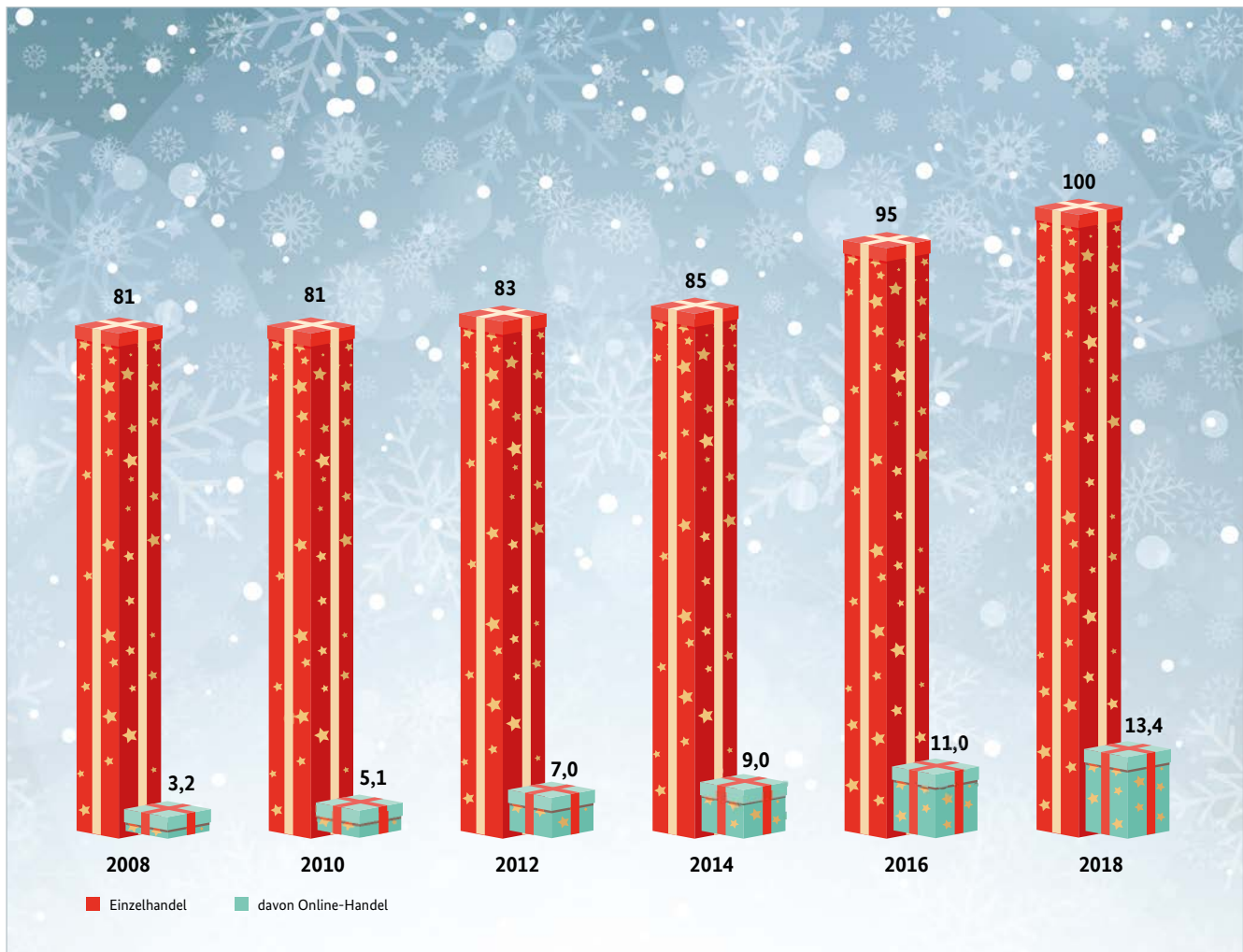


Grafik des Monats

Das Weihnachtsgeschäft ...

... ist für den Einzelhandel besonders wichtig, knapp 20 Prozent des gesamten Jahresumsatzes werden in den Monaten November und Dezember generiert. Mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 ist der Umsatz im Einzelhandel in der letzten Dekade kontinuierlich gestiegen, besonders starke Zuwächse sind seit 2014 zu verzeichnen. Der Strukturwandel hin zum Online-Geschäft macht dabei auch vor dem Weihnachtsgeschäft nicht halt. Zwar kaufen immer noch die Mehrzahl der Menschen ihre Geschenke in Geschäften, aber der Anteil des Online-Handels am Gesamtumsatz hat sich binnen elf Jahren auf 13,4 Prozent mehr als verfünffacht.

Einzelhandelsumsatz im Weihnachtsgeschäft in den Jahren 2008 bis 2018* (in Milliarden Euro)



*Werte für 2018 prognostiziert.

Quelle: HDE.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft bewegt sich weiter auf einem Wachstumspfad. Die Konjunktur wird allerdings durch ein schwieriges außenwirtschaftliches Umfeld und zusätzlich durch temporäre Sondereffekte in der Automobilindustrie gedämpft.
- ▶ Die Sondereffekte laufen aber allmählich aus. Ab dem Jahreswechsel ist mit zusätzlichen Impulsen durch die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen zu rechnen.
- ▶ Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes war im Oktober nach einem leichten Plus in den beiden Vormonaten wieder schwächer. Die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe stiegen jedoch an. Der Auftragsbestand ist weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.
- ▶ Die Einkommen steigen weiter, während sich die Konsumnachfrage der privaten Haushalte leicht abschwächt. Die Stimmung im Handel ist gemischt.
- ▶ Der Arbeitsmarkt ist weiter robust. Die Erwerbstätigkeit erreicht einen neuen Höchststand und die Arbeitslosigkeit sinkt unter 2,2 Mio. Personen. Strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt bestehen dennoch fort.

Die deutsche Wirtschaft fasst langsam wieder Tritt. Der leichte Rückgang der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2018 um 0,2% war wesentlich auf den Sondereffekt der WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie zurückzuführen.¹ Dieser temporäre Sondereffekt wächst sich allmählich aus, ist zu Beginn des vierten Quartals in den Produktionsdaten aber noch deutlich spürbar. Unabhängig davon hat der Gegenwind aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld im Verlauf des Jahres 2018 merklich zugenommen. Die Handelskonflikte, Währungsturbulenzen von Schwellenländern sowie geopolitische Konflikte belasten die Weltwirtschaft und haben die allgemeine Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung erhöht. Durch die Verschiebung der Abstimmung des britischen Parlaments zum Brexit-Abkommen ist das Risiko eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bis auf Weiteres nicht abgewendet. Andererseits wirken ab

dem Jahreswechsel zusätzliche konjunkturelle Impulse durch die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen, wie etwa die steuerlichen Entlastungen durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und den Ausgleich der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergelds oder das „Starke-Familien-Gesetz“. Alles in allem dürfte sich die deutsche Wirtschaft in diesem schwierigeren Umfeld insgesamt gut behaupten. Ihre konjunkturelle Grunddynamik bleibt aufwärtsgerichtet, wenngleich abgeschwächt.

Vom weltwirtschaftlichen Umfeld gehen gedämpfte Impulse aus. Sowohl die industrielle Erzeugung als auch der Welt-handel schlossen das dritte Quartal 2018 schwach ab. Der IHS Markit PMI für die globale Industrie lag im November 2018 auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Auch der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima gibt für das vierte Quartal 2018 eine verhaltene Stimmung wieder. Aus den Vereinigten Staaten kommen ebenfalls Signale für einen weniger dynamischen Verlauf. Die derzeitige Ballung globaler Risiken belastet in der Summe anscheinend die Wirtschaftsentwicklung. Die internationalen Organisationen gehen in ihren Herbstprognosen von einer gegenüber früheren Einschätzungen abgeschwächten, aber weiterhin merklich aufwärtsgerichteten Entwicklung der Weltwirtschaft aus.

Die gegenwärtig eher gedämpften Signale der Weltwirtschaft spiegeln sich auch in den Zahlen zu den deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen wider. Im Oktober nahmen die Exporte saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen leicht um 1,1% zu. Im Dreimonatsvergleich sind die Ausfuhren nominal unverändert geblieben. Preisbereinigt könnte es zu einem Rückgang gekommen sein. Die ifo Exporterwartungen haben sich im November zwar leicht verbessert, deuten mit ihrem unterdurchschnittlichen Niveau jedoch nicht auf eine deutliche Belebung der Ausfuhren hin. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Oktober saisonbereinigt um 1,9%. Im Dreimonatsvergleich ergab sich ein Plus von 1,6%. Auch preisbereinigt dürften sie sich trotz steigender Importpreise noch positiv entwickelt haben. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine verhalten positive Entwicklung der Ausfuhren in den kommenden Monaten hin.

Im Produzierenden Gewerbe ist die Produktion im Oktober nach leichten Anstiegen in den beiden Vormonaten wieder etwas zurückgegangen. Die Erzeugung in der Industrie nahm im Oktober um 0,4% ab, im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August stagnierte der Produk-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Dezember 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

tionsausstoß. Auch die Produktion im Baugewerbe wurde im Oktober eingeschränkt (-0,3%), im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich betrug der Zuwachs 2,2%. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe nahmen im Oktober um 0,3% zu, im Zweimonatsvergleich ergab sich ein kräftigeres Plus von 1,4%. Die in der Tendenz seitwärtsgerichtete Industrieproduktion deutet darauf hin, dass sich die Probleme in der Kfz-Branche bei der Umstellung auf den neuen Testzyklus (WLTP) erst allmählich auflösen. Positive Auftragseingänge, vor allem in der Automobilindustrie, und die wachsende Zahl der nach der neuen Norm zugelassenen Pkw-Typen signalisieren allerdings, dass das Expansionstempo der deutschen Industrie wieder Fahrt aufnehmen wird. Das sehr gute Auftragspolster im Verarbeitenden Gewerbe mit einer Reichweite von 5,6 Monaten gibt Sicherheit. Das Baugewerbe arbeitet nahe seiner Kapazitätsgrenzen, sein Boom dürfte anhalten.

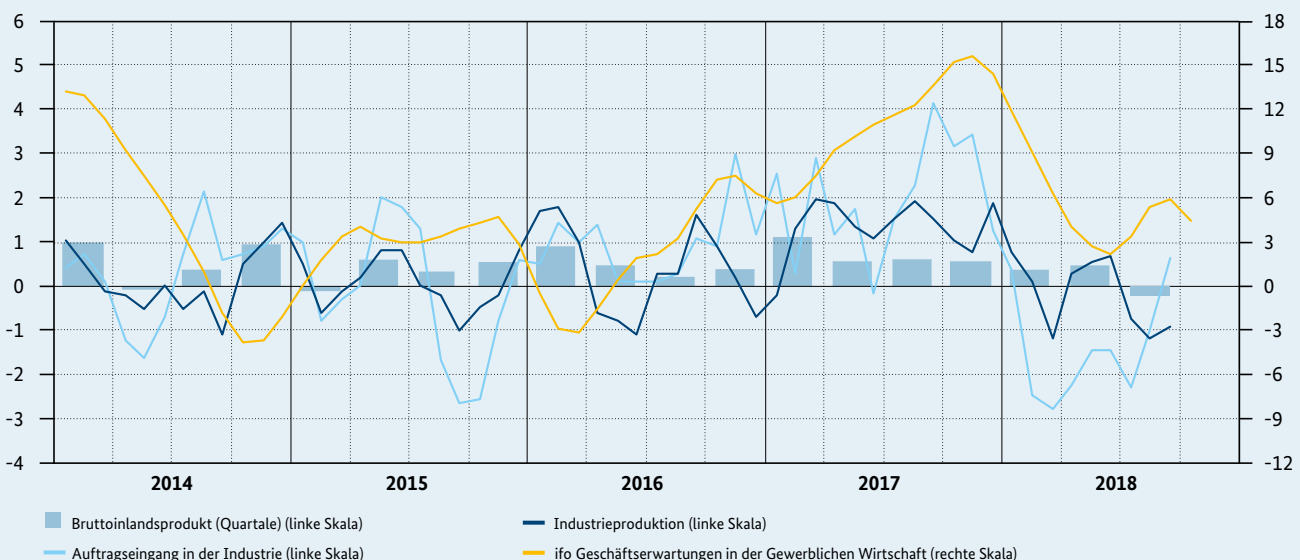
Die gute Entwicklung des Arbeitsmarkts und kräftige Lohnzuwächse sorgen für günstige Rahmenbedingungen für den privaten Konsum. Allerdings ist nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes die Sparquote der privaten Haushalte in den ersten drei Quartalen 2018 um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr angestiegen, was im Gegenzug die Konsumausgaben vor allem im dritten Quartal dämpfte. Auch der Start ins vierte Quartal verlief schleppend. Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) blieben von September auf Oktober nahezu unverändert. Vor dem Hin-

tergrund der WLTP-Problematik waren die Neuzulassungen von Pkw bei privaten Haltergruppen im zweiten und dritten Quartal deutlich niedriger als in den entsprechenden Vorquartalen. Hier ist aber eine Trendwende eingetreten. Im November nahmen die Neuzulassungen privater Kfz nach dem deutlichen Zuwachs im Oktober (+20,4%) um weitere 7,0% im Vergleich zum Vormonat zu. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums in den kommenden Monaten spricht außerdem der Anstieg der Einkommen. Auch die Stimmungsindikatoren zeichnen ein verhalten positives Bild.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin positiv. Die Erwerbstätigkeit überschritt im Oktober den Höchstwert von 45,2 Mio. Personen. Saisonbereinigt lag der Zuwachs zum Vormonat mit 37.000 Personen in der Größenordnung der letzten Monate. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm jedoch, anders als in den drei Vormonaten, nur schwach zu. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften bleibt in vielen Sektoren sehr hoch, es gibt aber Anzeichen für eine etwas ruhigere Gangart. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im November saisonbereinigt um 16.000 Personen ab; in Ursprungszahlen unterschritt sie die Marke von 2,2 Mio. Personen. Damit verringerte sich die Arbeitslosenquote auf 4,8%. Die Langzeitarbeitslosigkeit geht kontinuierlich zurück, der Vorjahresstand wurde um 11% unterschritten. Die Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen bleibt eine Herausforderung.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Reallabore: Innovationen ermöglichen – Regulierung weiterentwickeln

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt seine Strategie für Reallabore als Testräume für Innovation und Regulierung vor

Die Digitalisierung mit immer kürzeren Innovationszyklen stellt auch für die Regulierung eine große Herausforderung dar. Wie können wir rechtliche Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie offen sind für neue Technologien und Geschäftsmodelle, ohne notwendige Schutzstandards aufzugeben? Reallabore als zeitlich und räumlich begrenzte Testräume können durch die verstärkte und gezielte Nutzung rechtlicher Gestaltungsspielräume wie z. B. Experimentierklauseln dazu beitragen, die Umsetzung von Innovationen zu erleichtern und Regulierung zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

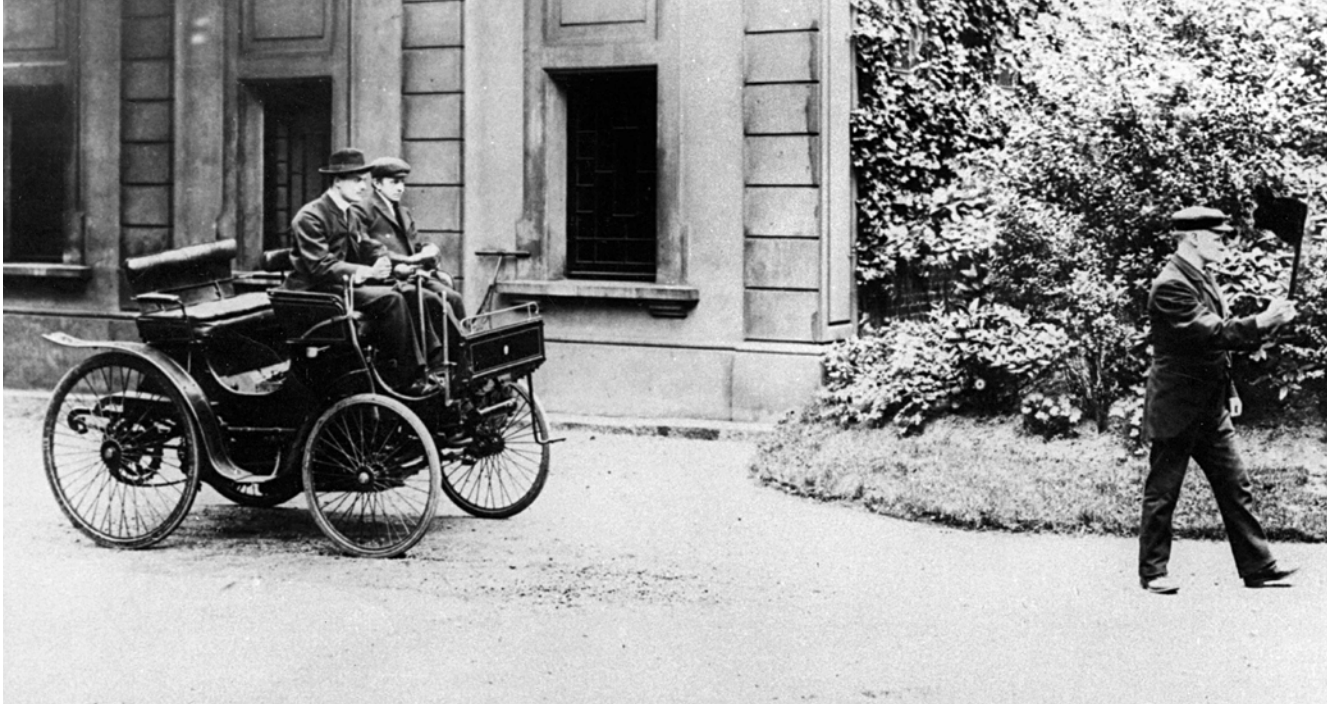


Im Spannungsfeld von Innovation und Regulierung

Im Jahr 1865 wurde im Vereinigten Königreich als Reaktion auf die immer stärkere Verbreitung von Dampfwagen ein Gesetz verabschiedet, um die Bevölkerung vor möglichen Gefahren dieser neuen Technologie zu schützen. Der Gesetzgeber verlangte unter anderem, dass Dampfwagen von mindestens zwei Personen gesteuert werden und diese innerhalb geschlossener Ortschaften eine Höchstgeschwindigkeit von zwei Meilen pro Stunde (also etwa 3 km/h) nicht überschreiten. Auf Landstraßen war immerhin eine Geschwindigkeit von bis zu vier Meilen pro Stunde erlaubt. Zusätzlich musste jedem Dampfwagen ein Fußgänger vorangehen, der die anderen Verkehrsteilnehmer mit einer roten Flagge vor dem Fahrzeug warnte, was dem Gesetz auch die

Bezeichnung „Red Flag Act“ eingebracht hat (Abbildung 1). Erst nach über 30 Jahren wurden die strengen Anforderungen gegen den Widerstand der Eisenbahngesellschaften und Pferdebesitzer gelockert. Der „Red Flag Act“ gilt heute als Paradebeispiel für einen besonders vorsichtigen und defensiven Umgang mit neuen Technologien.

Damals wie heute fordern neue Technologien und Geschäftsmodelle den Staat heraus, geeignete regulatorische Antworten zu finden. Welche Regeln brauchen Blockchain, Künstliche Intelligenz und die Sharing Economy? Wie gehen wir mit autonomen Drohnen, Lieferrobotern oder Fortschritten in der Telemedizin um? Im Idealfall werden Lösungen ent-

Abbildung 1: Red Flag Act

© National Motor Museum/Alamy

wickelt, die einerseits Innovationen zum Wohle der Menschen ermöglichen, aber gleichzeitig potenzielle Risiken für Verbraucher und Umwelt in angemessener Weise berücksichtigen. Doch die Festlegung eines Ordnungsrahmens, der all diese Aspekte adressiert, ist alles andere als trivial. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung mit ihren immer kürzeren Innovationszyklen und neuen, innovativen Technologien und Geschäftsmodellen steigen die Anforderungen an den Regulierer. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Reaktionsgeschwindigkeit als auch hinsichtlich der zunehmenden Komplexität mancher Innovationen, wenn man beispielsweise an die Blockchain-Technologie oder Künstliche Intelligenz auf Basis von Algorithmen denkt. In einigen Bereichen, wie in der Medizin oder beim autonomen Fahren, kommen ethische Fragen hinzu. Die Unsicherheit über das richtige Maß an Regulierung ist oft hoch.

Doch diese Unsicherheit darf uns nicht lähmen. Der technische Fortschritt ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand und gerade die Digitalisierung bietet große Möglichkeiten für Unternehmen und Verbraucher. Wir müssen diese

Entwicklung als Chance für unsere Bürgerinnen und Bürger begreifen. Dafür braucht es aber einen zukunftsgerichteten, flexiblen Rechtsrahmen, der innovativen Ideen „Luft zum Atmen“ verschafft und flexible Antworten auf neue Technologien und Geschäftsmodelle erlaubt. Wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb mithalten will, müssen heute die Weichen für die Zukunft gestellt werden – auch regulatorisch.

Was sind Reallabore?

Wenn die Unsicherheit über eine zukünftige Regulierung hoch ist, können Reallabore einen geeigneten Ansatz für ein empirisch basiertes Vorgehen darstellen. Als Testräume für Innovation und Regulierung bieten sie die Möglichkeit unter realen Bedingungen Erfahrungen im Zusammenspiel von Innovation und Regulierung zu sammeln.

Was ist unter Reallaboren zu verstehen?¹ Zunächst: Es gibt bisher keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs

1 Neben der hier vorgestellten themenübergreifenden Reallabore-Strategie wurde im 7. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung eine neue Fördersäule für „Reallabore der Energiewende“ eingeführt, über die wir in der Oktober-Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik berichtet haben. Hierbei geht es darum, den Technologie- und Innovationstransfer von Forschungsergebnissen in den Markt durch groß angelegte und systemdienliche Demonstrationsvorhaben in Kombination mit zukunftsfähigen Geschäftsmodellen zu beschleunigen und auf diesem Gebiet Wege für neue regulatorische Ansätze im Energiebereich zu eröffnen.

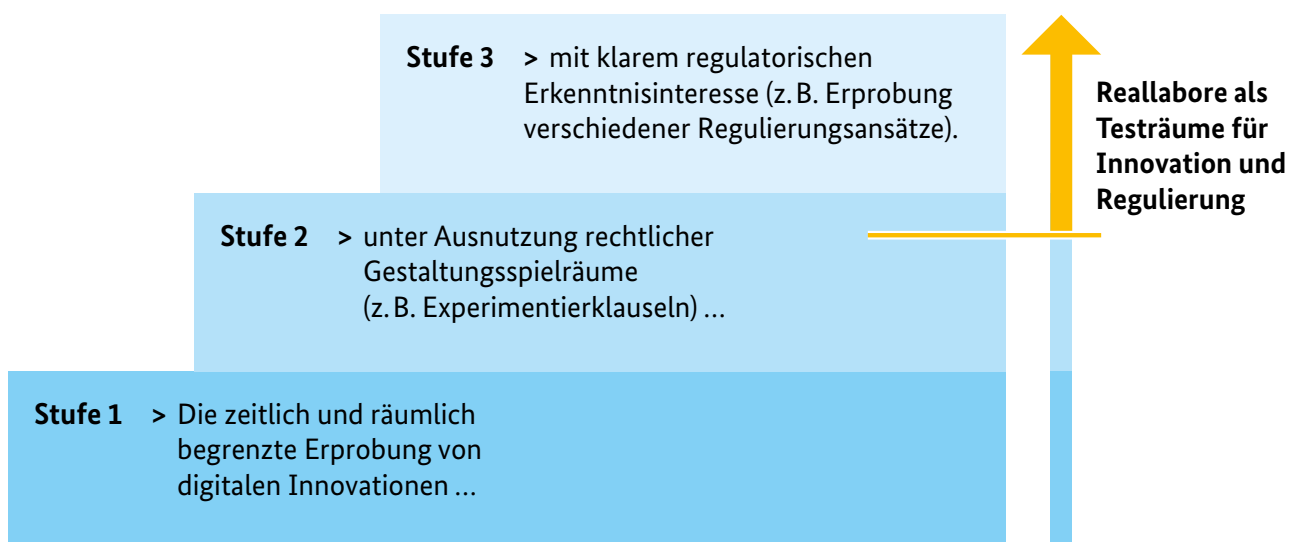
„Reallabore“ und die wissenschaftliche Debatte über dieses Thema hält an. Daneben existieren artverwandte Konzepte wie Experimentierräume, „Living Labs“, Innovationsräume oder „sandboxes“. Nach unserer Definition ist ein idealtypisches Reallabor durch drei zentrale Elemente charakterisiert (Abbildung 2):

1. Zunächst geht es in Reallaboren darum, **neue** – vorwiegend digitale – **Technologien und Geschäftsmodelle** in zeitlich und räumlich begrenzten Modellprojekten unter realen Bedingungen zu erproben. Eine solche Erprobung erfordert nicht notwendigerweise eine aktive Rolle des Staates, zum Beispiel wenn es darum geht, testweise mit einem neuen Rasenmäherroboter oder einem Bringdienst für regionale Produkte an den Markt zu gehen. Häufig kommt es jedoch vor, dass neue, digitale Produkte oder Geschäftsmodelle erprobt werden sollen, die nur bedingt mit dem bestehenden Rechts- und Regulierungsrahmen vereinbar sind, weil der Gesetzgeber solche Innovationen bei der Einführung der entsprechenden Gesetze schlichtweg noch nicht absehen konnte.
2. Reallabore zeichnen sich daher zusätzlich dadurch aus, dass sie eine Erprobung von neuen Technologien und Geschäftsmodellen auf der Grundlage von Experimentierklauseln oder anderen **rechtlichen Flexibilisierungsinstrumenten** ermöglichen. Damit werden die notwendigen Freiräume geschaffen, ohne dass der bestehende

Rechtsrahmen in Frage gestellt wird. Eine klassische Experimentierklausel findet sich beispielsweise im Personenbeförderungsgesetz, wo es unter §7 Absatz 2 heißt: „Zur praktischen Erprobung neuer Verkehrsarten oder Verkehrsmittel kann die Genehmigungsbehörde [...] Abweichungen von Vorschriften dieses Gesetzes [...] für die Dauer von höchstens vier Jahren genehmigen, soweit öffentliche Verkehrsinteressen nicht entgegenstehen.“ Durch die Schaffung und Anwendung von Experimentierklauseln kann der Staat Innovation möglich machen.

3. Schließlich liegen insbesondere dann Reallabore im Sinne von Testräumen für Innovation und Regulierung vor, wenn mit diesen aus staatlicher Sicht ein **klares regulatorisches Erkenntnisinteresse** verbunden ist. Bei Reallaboren stehen also nicht nur die Innovationen im Fokus, sondern auch und ganz besonders die Frage, welche Schlüsse für die zukünftige Regulierung bestimmter Wirtschaftsbereiche oder Anwendungsfelder gezogen werden sollen. Dieser Aspekt muss bei der Gestaltung von Reallaboren von Anfang an mitbedacht werden, zum Beispiel durch eine entsprechende Erhebung von Daten und eine umfassende Begleitforschung. Erst wenn mit Reallaboren ein regulatorischer Lernprozess verknüpft ist, können diese dazu beitragen, einen innovationsoffenen und zukunftsorientierten Rechtsrahmen zu entwickeln.

Abbildung 2: Drei-Stufen-Modell Reallabore



Die drei Säulen der Reallabore-Strategie des BMWi

Im Koalitionsvertrag ist das Ziel festgehalten, Reallabore und Experimentierräume in ganz unterschiedlichen Themenbereichen voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Reallabore als innovationspolitisches Querschnittsinstrument zu stärken. Im Dezember 2018 wurde dafür eine umfassende Reallabore-Strategie vorgestellt, die auf drei Säulen fußt:

Säule 1 – Innovationsoffene Regulierung fördern: Reallabore setzen regulatorische Spielräume voraus. Wenn wir dem Fortschritt nicht „regulatorisch hinterherlaufen“ wollen, brauchen wir in Zukunft mehr Flexibilität im Umgang mit neuen Ideen. Vor diesem Hintergrund stellen Experimentierklauseln und Ausnahmeregelungen zentrale Bausteine dar, um den Rechtsrahmen innovationsoffen und zukunftsorientiert zu gestalten. Diese Instrumente müssen gestärkt werden. Ein elementarer Teil der Reallabore-Strategie zielt deshalb darauf ab, neuen Gesetzen und Verordnungen durch Verankerung von Experimentierklauseln mehr Flexibilität zu verleihen. Wie müssen sie ausgestaltet werden, um größtmögliche Flexibilität und gleichzeitig eine rechtssichere Umsetzung von Reallaboren zu ermöglichen? Auf welcher rechtlichen Ebene müssen oder können sie verankert werden, und gibt es die Möglichkeit einer „Generalklausel“, die standardmäßig in Gesetzgebungsverfahren mit Bezug zu technologischen Innovationen verankert werden könnte? Rechtsgutachten und der enge Aus-

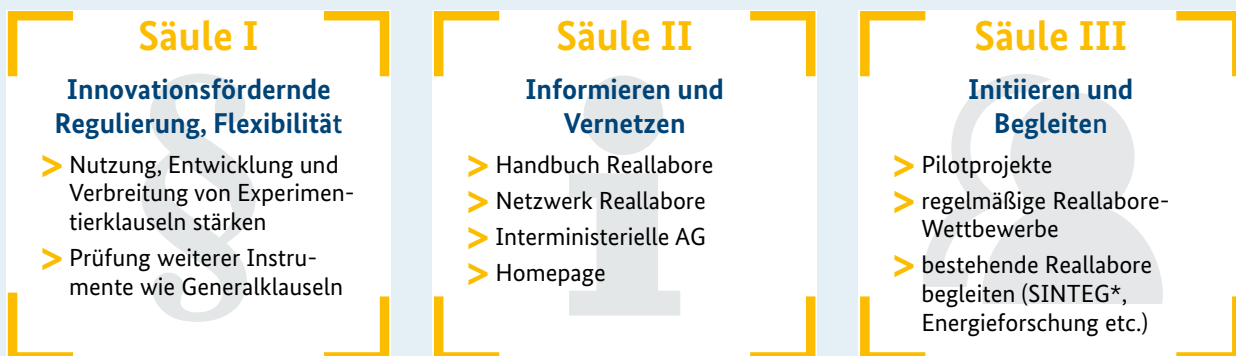
tausch mit Experten sollen dabei helfen, diese Fragen zu beantworten.

Gleichzeitig muss die Frage beantwortet werden, wie bestehende Klauseln in der Praxis besser genutzt werden können.

Säule 2 – Vernetzung und Information: Wir müssen Unsicherheiten und Informationsdefizite abbauen sowie die Vernetzung und den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung verbessern. In vielen laufenden und geplanten Projekten tauchen immer wieder dieselben Fragen auf: Ist so etwas rechtlich möglich? An wen muss ich mich wenden? Wo finde ich mögliche Projektpartner? Was muss ich mit Blick auf das Beihilfe- und Wettbewerbsrecht beachten und wie steht es um Fragen der Haftung und Versicherung? Wer kann mich unterstützen? Die Beantwortung dieser Fragen kostet Zeit und Kraft – nicht selten ein Grund dafür, dass innovative und erfolgversprechende Ideen nicht umgesetzt werden.

Ziel der Reallabore-Strategie ist es, Informationsdefizite abzubauen, Synergieeffekte zu nutzen und Doppelarbeit zu vermeiden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelt daher derzeit ein „Handbuch Reallabore“, das die relevanten Akteure in die Lage versetzen soll, die richtigen und notwendigen Fragen zu stellen, und gleichzeitig bei der Beantwortung dieser Fragen unterstützen soll. Dafür wollen wir Informationen bereitstellen, die über rechtliche Fragestellungen, aber auch gelungene Beispiele aus der Praxis informieren. Nicht immer muss das Rad neu erfunden werden.

Abbildung 3: Drei Säulen Reallabore-Strategie



* BMWi-Programm „Schaufenster Intelligente Energie – digitale Agenda für die Energiewende“, in dem unter Nutzung einer Experimentierklausel technische, wirtschaftliche und regulatorische Herausforderungen der Energiewende adressiert werden.

Durch die Einrichtung eines „Netzwerks Reallabore“ soll der Austausch und die Vernetzung zwischen den Stakeholdern erleichtert werden und Informationen über rechtliche Möglichkeiten, zukünftige Reallabore-Wettbewerbe oder Praxisbeispiele aus dem In- und Ausland verbreitet werden. Das Netzwerk kann auch dazu dienen, Projektpartner – zum Beispiel ein Start-up mit einer innovativen Idee und eine experimentierfreudige Gemeinde – zusammenzuführen.

Die konkreten Anwendungsfelder gehen teilweise weit über die Zuständigkeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie hinaus. Daher ist die enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Bundesministerien zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung unserer Reallabore-Strategie. Um den Austausch zu erleichtern und zu verstetigen, wurde die interministerielle Arbeitsgruppe „Reallabore“ ins Leben gerufen. Die Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe fand am 27. November im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie statt. Es zeigte sich ein breiter Konsens, dass Reallabore in Zeiten des digitalen Wandels ein wichtiges und notwendiges Instrument darstellen, um den Regulierungsrahmen weiterzuentwickeln und Innovation in Deutschland zu ermöglichen.

Die ersten beiden Säulen der Reallabore-Strategie zielen zusammenfassend darauf ab, einerseits die grundsätzlichen Voraussetzungen für solche Testräume zu schaffen und andererseits dafür zu sorgen, dass die bestehenden Möglichkeiten auch umfassend genutzt werden.

Säule 3 – Reallabore initiieren und begleiten: Wir wollen die Erprobung von Innovation und Regulierung nicht zuletzt durch eigene Projekte und Reallabore-Wettbewerbe stärker in der Praxis verankern, mit positiven Beispielen vorangehen und zeigen, dass es geht! Gerade durch Reallabore-Wettbewerbe sollen Ideen aus der Wirtschaft aufgegriffen und begleitend umgesetzt werden. Gemeinsam gilt es, regulatorische Hürden zu identifizieren und rechtskonforme Lösungen zu entwickeln, um Innovationen in Deutschland zu ermöglichen und gleichzeitig Erfahrungen für die zukünftige Regulierung zu sammeln.

Eine Regulierung, die mit dem Tempo der Digitalisierung besser Schritt hält

Eines soll deutlich klargestellt werden: Reallabore zielen nicht auf eine Deregulierung oder den Abbau von Sicherheits- und Schutzstandards ab. Ganz im Gegenteil gibt es viele Bereiche, in denen Rechtsunsicherheit besteht und sinnvolle Regelwerke erst geschaffen werden müssen.

Gleichzeitig müssen wir auch bestehende Regeln, die unter Umständen vor Jahrzehnten entstanden sind, in Zeiten des digitalen Wandels häufiger als bisher in Frage stellen. Reallabore sollen helfen, einen geeigneten Rechtsrahmen zu entwickeln, ohne sinnvolle und notwendige Standards aufzugeben.

Wenn es uns gelingt, durch Reallabore nicht nur Testräume für die Erprobung neuer Produkte und Geschäftsmodelle zu schaffen, sondern in solchen gleichzeitig aktiv das regulatorische Umfeld „mitzudenken“, wäre ein wichtiger Schritt getan, dass Regulierung besser mit dem Tempo der Digitalisierung Schritt halten kann.

Weitere Informationen zur Reallabore-Strategie des BMWi finden Sie auch unter: www.reallabore-bmwi.de.

Werden Sie Teil unseres Netzwerks!

Interessieren Sie sich für Reallabore oder haben vielleicht selbst – als Verwaltung, als Unternehmen oder im Rahmen Ihrer wissenschaftlichen Arbeit – Erfahrungen mit diesem Thema gesammelt? Wollen Sie über weitere Entwicklungen informiert werden und sich mit anderen Experten und Praktikern austauschen? Dann laden wir Sie ein: Werden Sie Teil unseres Reallabore-Netzwerks und helfen Sie mit, Reallabore zu ermöglichen und den Innovationsstandort Deutschland zu stärken! Melden Sie sich an unter reallabore@bmwi.bund.de.

Kontakt: Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse, Leiter der Projektgruppe Reallabore
Dr. Sören Enkelmann
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse, Projektgruppe Reallabore

Künstliche Intelligenz – Strategie zur Entwicklung und Anwendung einer Schlüsseltechnologie

„AI Made in Germany“ – die Bundesregierung will diese Herkunftsangabe zum weltweit geachteten Gütesiegel für die Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz (AI hier für Artificial Intelligence) machen. Mit der am 15. November 2018 beschlossenen Strategie ergreift die Bundesregierung Maßnahmen zur Stärkung der Forschung, Beschleunigung des Wissenstransfers in die Wirtschaft und zur Steigerung der Verfügbarkeit von Fachkräften und Experten. Sie wird hierzu bis 2025 insgesamt drei Milliarden Euro investieren.



Die Bundesregierung hat am 15. November 2018 die gemeinsam vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie, der Bundesministerin für Bildung und Forschung und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales vorgelegte Strategie Künstliche Intelligenz (KI) beschlossen. Bundesminister Altmaier, Bundesministerin Karliczek (BMBF) sowie Staatssekretär Böhning (BMAS) präsentierten die Strategie am 4. Dezember 2018 auf dem Digital-Gipfel in Nürnberg, der im Zeichen von KI stand.

Die Bundesregierung baut dabei auf einer über 30-jährigen Erfahrung in der Förderung Künstlicher Intelligenz sowie einer breiten und gut aufgestellten Forschungslandschaft in Deutschland auf. KI-Technologien haben in den vergangenen Jahren eine neue Reifephase erreicht. Sie finden zunehmend Anwendung in der Breite der Wirtschaft und durchdringen mehr und mehr Wirtschaftsbranchen und das Alltagsleben der Menschen. Ob in der Medizin- oder

Umwelttechnik, der Produktion, den Dienstleistungsbranchen, am Arbeitsplatz oder als App im Smartphone: KI hat das Potenzial, das Leben aller Menschen innovativer, intelligenter, individueller zu machen. Sie entwickelt sich zunehmend zu einem der wichtigsten Treiber für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas.

KI entscheidend für das künftige Wirtschaftswachstum

KI ist ein Teilgebiet der Informatik, das sich mit der Nachbildung von Fähigkeiten befasst, die der menschlichen Intelligenz zugeschrieben werden. Ihr gelingt es, Muster zu erkennen und daraus Rückschlüsse zu ziehen, aus denen ein System lernt. Alltägliche Anwendungen Künstlicher Intelligenz umfassen Technologien der Bild-, Sprach- und Gesichtserkennung sowie Empfehlungsalgorithmen etwa

bei Handels- oder Medienplattformen. Darüber hinaus findet sie Anwendung in Form von Suchalgorithmen und bei Rankingmodellen. Robotik und autonome Fahrzeuge sind weitere wichtige Anwendungsfelder der Zukunft, die auf KI basieren.

Aufgrund der enormen Vielfalt ist der Erfolg im Bereich KI entscheidend für das künftige Wirtschaftswachstum. Eine vom BMWi im Jahr 2018 in Auftrag gegebene Studie prognostiziert allein für das produzierende Gewerbe eine KI-bedingte Steigerung der Bruttowertschöpfung von über 32 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland hat die Bundesregierung nun die strategischen Leitplanken im Umgang mit KI gesetzt und angekündigt, bis 2025 insgesamt drei Milliarden Euro zu investieren.

Wo stehen wir?

Deutschland ist bereits heute einer der führenden Forschungsstandorte im Bereich KI. Das 1988 gegründete Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) ist das weltweit größte und älteste Forschungszentrum in diesem Fachgebiet. Daneben bestehen zahlreiche universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen mit ebenfalls weltweiter Reputation. So wurde zum Beispiel 2017, gefördert durch Baden-Württemberg, das „Cyber Valley“ im Raum Stuttgart-Tübingen mit zahlreichen Forschungsgruppen und Lehrstühlen auf den Gebieten Maschinelles Lernen, Robotik und Computer-Vision gegründet, das auch international Beachtung gefunden hat. Unter anderem Amazon und Facebook haben dort Forschungsstandorte angesiedelt. IBM hat sein Forschungszentrum für KI („Watson“) und das Internet der Dinge mit rd. 1.000 Mitarbeitern 2016 in München errichtet.

Gleichzeitig besteht ein hoher internationaler Wettbewerb um Knowhow im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Eine Studie im Auftrag des BMWi zur Modernisierung des Kartellrechts zeigt, dass der strategische Kauf von Start-ups durch große Technologiekonzerne ein klarer Trend ist. Solche Aufkäufe sind oft unabhängig vom konkreten Tätigkeitsfeld und dienen vor allem dazu, das jeweilige spezifische Wissen der Gründer frühzeitig zu akquirieren. Zudem haben natürlich auch zahlreiche andere Länder, wie USA, China, Russland, Südkorea und Japan, in den vergangenen Jahren eine KI-Strategie veröffentlicht und dabei jeweils das Ziel formuliert, eine Führungsposition im Bereich KI einzunehmen und hierfür umfangreiche Investitionen vorzunehmen.

Ein wirtschaftspolitisches Risiko besteht im unterdurchschnittlich ausgeprägten Transfer von Forschungswissen in die unternehmerische Praxis, vor allem mit Blick auf den Mittelstand. Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Verwertung von Forschungsergebnissen aus Deutschland in Form von Patentanmeldungen nur zu einem geringen Teil auch hier geschieht. Außerdem fließt in Deutschland im Vergleich zu anderen Wirtschaftsnationen weniger Risikokapital in den Bereich KI. Investitionen in KI entfielen zu rund 75 Prozent auf interne Forschungs- und Entwicklungsausgaben großer Tech-Konzerne. Von geschätzt rd. fünf Milliarden US-Dollar, die 2016 weltweit in Start-ups im Bereich KI investiert wurden, flossen rd. 63 Prozent in die USA, ca. 17 Prozent nach China und lediglich 2,9 Prozent nach Deutschland.

Die KI-Strategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung verfolgt mit ihrer Strategie insbesondere drei Hauptziele:

1. Um die künftige **Wettbewerbsfähigkeit** zu sichern, sollen Deutschland und Europa zu einem **führenden Standort** für die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien gemacht werden.
2. Dabei soll eine **verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Entwicklung und Nutzung** von KI sichergestellt werden.
3. KI soll im Rahmen eines breiten **gesellschaftlichen Dialogs** und einer aktiven politischen **Gestaltung ethisch, rechtlich, kulturell und institutionell in die Gesellschaft** eingebettet werden.

Das Konzept zielt in erster Linie darauf ab, die wissenschaftliche Stärke auszubauen und die Erkenntnisse besser mit Anwendungen zu verknüpfen, um KI in verschiedenen Branchen in der Breite einzusetzen. Im Bereich der anwendungsbezogenen Forschung wird auf eine enge Kooperation mit europäischen Partnern gebaut, um gemeinsam einen attraktiven europäischen Standort für KI zu schaffen, der international wettbewerbsfähig ist. Die Bundesregierung will außerdem die gemeinwohlorientierte Nutzbarkeit von Datenbeständen fördern. Dazu wird sie eine europäische Lösung für datenbasierte Geschäftsmodelle unterstützen. Mit ihrer Strategie will die Bundesregierung auch aktiv die Veränderung der Arbeitswelt begleiten und mit entsprechenden Aus- und Fortbildungen der Nachfrage an Fachkräften und Experten entsprechen. Die Strategie basiert auf

den Eckpunkten der Bundesregierung vom 18. Juli 2018 sowie auf einem Konsultationsprozess, der bis Ende September 2018 lief. Bundesweit tätige Verbände, Organisationen und Institutionen reichten über ein Online-Portal insgesamt 109 Stellungnahmen ein. Darüber hinaus wurden sechs Expertenanhörungen in Fachforen (mit insgesamt etwa 90 Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft) durchgeführt. Die Strategie ist als rollierendes Verfahren konzipiert, in die Umsetzung und die Weiterentwicklung werden die betroffenen Stakeholder auch in Zukunft eingebunden. Die Strategie sowie weitere Informationen zum Prozess sind unter <https://www.ki-strategie-deutschland.de> abrufbar.

Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis hat hohe Relevanz

Die Maßnahmen der Strategie sind in zwölf Handlungsfelder gegliedert. Durch den horizontalen Ansatz wird kein Fokus auf bestimmte Sektoren gerichtet, sondern es werden alle gesellschaftlichen und industriellen Bereiche gleichermaßen in den Blick genommen. Der Fokus liegt dabei auf der Förderung der anwendungsnahen Forschung, dem Transfer in die Wirtschaft, der Gründungsdynamik, dem Arbeitsmarkt sowie der Datennutzbarkeit. Um praxisbezogene Forschung zu intensivieren, sollen kooperative Strukturen im Rahmen eines nationalen Forschungskonsortiums aufgebaut werden.

Damit wissenschaftliche Erkenntnisse in den Unternehmen stärker ankommen, wird speziell die Entwicklung von KI-Kompetenz in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unterstützt. KMU sollen in die Lage versetzt werden, das jeweils zu ihnen passende KI-Potenzial zu identifizieren und zu entfalten. Damit der Wissenstransfer gelingt, sieht die Bundesregierung beispielsweise vor, die bestehenden Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren mit dem Einsatz von „KI-Trainern“ zu unterstützen. Damit soll insbesondere KMU, die beim Einsatz von KI-Technologien im Vergleich zu Großunternehmen noch wesentlich zurückhaltender sind, ein Instrument an die Hand gegeben werden, um vorhandene KI-Potenziale zu identifizieren und umzusetzen. Eine am 4. Dezember 2018 gestartete Online-Landkarte (www.ki-landkarte.de) veranschaulicht Möglichkeiten von KI in Unternehmen. Darauf sind aktuell über 330 KI-Anwendungsbeispiele abgebildet, die in Deutschland heute und in naher Zukunft zum Einsatz kommen – über sämtliche Branchen, Einsatzfelder und Unternehmensgrößen hinweg.

Um Innovationen auch unter realen Bedingungen auszuprobieren, sollen zunehmend Testfelder errichtet werden, wie sie bereits heute für das automatisierte und vernetzte Fahren bestehen. So genannte Reallabore sollen als regulatorische Experimentierräume Pilotprojekte ermöglichen und zugleich eine voreilige Regulierung und damit einhergehende potenzielle Innovationshemmnisse vermeiden. Eine weitere Chance kann die Novellierung des Wettbewerbsrechts bieten, um künftig weitergehende (Daten-)



Kooperationen sowie ein Datenpooling zwischen Unternehmen in gewissen Grenzen zu erlauben. Hierzu hat die Bundesregierung bereits die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 eingesetzt.

Die Strategie sieht auch vor, die bestehende Gründungsdynamik in Bezug auf KI-basierte Geschäftsideen weiter auszubauen. Die Haushaltsmittel für EXIST, das Programm für Existenzgründungen aus der Wissenschaft, werden hierzu verdoppelt. Zusätzlich werden die Förderangebote im Bereich Wagniskapital und Venture Debt erweitert, um dem potenziellen Weggang deutscher Start-ups mangels Wagniskapital in Deutschland entgegenzuwirken. Dazu gehört auch die im vorigen Jahr eingeführte Tech-Growth-Fund-Initiative der Bundesregierung. Sie ermöglicht Gründern in der Wachstumsphase, Venture Debt für ihre Anschlussfinanzierung zu sichern. Auch die Digital-Hub-Initiative, mit der am Beispiel des Silicon Valley die Entstehung digitaler Ökosysteme unterstützt wird, soll als Mittler fungieren, um KI-Start-ups, große Unternehmen und Wissenschaft an einen Tisch zu bringen. Die Entwicklung von Anwendungen Künstlicher Intelligenz hängt nicht zuletzt stark von der zur Verfügung stehenden Datenbasis ab. Dabei ist nicht nur die Quantität der Daten, sondern auch ihre verlässliche Qualität unabdinglich. Zur Steigerung der Datenverfügbarkeit und ihrer -nutzbarkeit gilt es, Anreize für den verstärkten Austausch industrieller Daten zu schaffen. Des Weiteren soll mehr Rechtsklarheit bei der Anwen-

dung des Ordnungsrahmens geschaffen werden. So sollen kartellrechtskonforme Kriterien für „Datenpartnerschaften“ entwickelt sowie ein runder Tisch mit Datenschutzbehörden und Wettbewerbsverbänden eingerichtet werden, in dem gemeinsam Leitlinien für eine datenschutzkonforme Anwendung von KI-Technologien erstellt sowie Best-Practice-Beispiele aufbereitet werden sollen.

Ausblick

Die Strategie KI versteht sich vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der Technologie als ein Handlungsrahmen der Bundesregierung. Sie ist Teil der Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ der Bundesregierung, die ebenfalls am 15. November 2018 verabschiedet wurde. Die Bundesregierung wird die KI-Strategie weiterentwickeln und den jeweils neuesten Entwicklungen und Bedarfen anpassen. Sie wird dabei mit der Europäischen Kommission eng zusammenarbeiten und unterstützt den Anfang Dezember vorgelegten Koordinierten Plan für KI mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der EU in diesem Bereich zu erhöhen.

Kontakt: Anna Ludin
Referat: Künstliche Intelligenz, Daten-
ökonomie

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung – Chancen, erste Praxiserfahrungen und Ausblick

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung gilt seit dem 25. Mai 2018. Sie schafft innerhalb der EU einen einheitlichen Rechtsrahmen im Bereich des Datenschutzes. Mit dem neuen Regelwerk ist es gelungen, einen angemessenen Ausgleich zwischen den großen ökonomischen Chancen der Nutzung personenbezogener Daten und dem Grundrecht auf Datenschutz zu erzielen. Allerdings sind bürokratische Belastungen bei der praktischen Umsetzung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, kritisch zu überprüfen.



Modernisierung des europäischen Datenschutzrechts

Seit nunmehr über einem halben Jahr gilt mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für Unternehmen innerhalb der EU ein verbindliches „level playing field“ im Bereich des Datenschutzes. Die DSGVO hat Wettbewerbsverzerrungen und Marktzugangsbarrieren infolge unterschiedlicher nationaler Datenschutzbestimmungen weitgehend beseitigt. Dies ist gerade mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung der europäischen Wirtschaft eine große Errungenschaft. Der Effekt einheitlicher Wettbewerbsbedingungen wird dadurch verstärkt, dass auch Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU an die DSGVO gebunden sind, soweit sie ihre Waren oder Dienstleistungen innerhalb der EU anbieten (so genanntes „Marktortprinzip“).

Innovationsoffener Rechtsrahmen

Die DSGVO enthält über den Harmonisierungseffekt hinaus zukunftsorientierte Rahmenbedingungen gerade für innovative digitale Geschäftsmodelle. Chancen für die Digitalwirtschaft ergeben sich beispielsweise aus der Privilegierung der Verarbeitung „pseudonymisierter“ Daten. „Pseudonymisierung“ bedeutet, dass der Name oder ein anderes personenbezogenes Merkmal durch ein Pseudonym – meist ein Buchstaben- oder Zahlencode – ersetzt wird. Durch Pseudonymisierung können große Datenmengen ohne Personenbezug und damit besonders grundrechtsschonend verarbeitet werden. Die DSGVO fördert dieses Instrument, etwa indem pseudonymisierte Datenauswertungen zu einem anderen als dem ursprünglichen Datenerhebungszweck erleichtert werden. Dieser progressive Ansatz der DSGVO („Datenschutz durch Technik“)

kann gerade für Big-Data-Analysen (etwa im Bereich des automatisierten Fahrens oder von Smart Cities) von Bedeutung sein.

Verschiedene Rechtsgrundlagen für Datenverarbeitungen

Die DSGVO bietet nicht nur Chancen für digitale, sondern auch für etablierte Geschäftsmodelle kleiner und mittlerer Unternehmen. So können Datenverarbeitungen nach den Vorgaben der DSGVO nicht nur auf die Einwilligung der betroffenen Person, sondern auch auf andere Rechtsgrundlagen gestützt werden. Datenverarbeitungen ohne Einwilligung sind beispielsweise zulässig, wenn sie für die Erfüllung eines Vertrags (etwa mit einem Kunden) erforderlich sind. Auch kann eine Datenverarbeitung im Einzelfall auf überwiegende berechnete Interessen des datenverarbeitenden Unternehmens oder eines Dritten gestützt werden. Dies kann gerade für Unternehmen wichtig sein, die – anders als große Internetplattformen – nicht ohne Weiteres die Einwilligung der Betroffenen einholen können, etwa weil sie mit ihren Kunden per Brief kommunizieren. Die Erwägungsgründe der DSGVO stellen klar, dass unter anderem die Datenverarbeitung zu Werbezwecken im Einzelfall ein berechtigtes Interesse darstellen kann. Unabhängig von der Wahl der Rechtsgrundlage sind jedoch die Transparenzpflichten der DSGVO zu beachten. So muss der Betroffene grundsätzlich unter anderem über den Zweck und die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung informiert werden.

Privilegierung von Datenverarbeitungen zu Forschungszwecken

Eine weitere Errungenschaft der DSGVO ist ihr forschungsfreundlicher Ansatz. Dieser Ansatz äußert sich beispielsweise im Bereich der datenschutzrechtlichen Einwilligung: Bei der Nutzung personenbezogener Daten für die wissenschaftliche Forschung (etwa im Gesundheitsbereich) besteht oftmals die Schwierigkeit, dass der konkrete Forschungszweck zum Zeitpunkt der Einholung der Einwilligung nicht vollständig angegeben werden kann. Die DSGVO lässt daher ausdrücklich zu, dass es den betroffenen Personen erlaubt sein sollte, ihre datenschutzrechtliche Einwilligung nicht nur für eine bestimmte Datenverarbeitung, sondern „breit“ für bestimmte Bereiche wissenschaftlicher Forschung zu erteilen (so genannter „Broad Consent“). Dabei sollen die betroffenen Personen Gelegenheit erhalten, ihre Einwilli-

gung auf bestimmte Forschungsbereiche oder Teile von Forschungsprojekten zu begrenzen. Mit diesen neuen Vorgaben der DSGVO wird die seit Langem geführte Diskussion über die Grenzen der Einwilligung im Forschungsbereich in eine progressive Richtung gelenkt, die in der datenschutzrechtlichen Praxis nun mit Leben gefüllt werden muss. Eine Chance, in der praktischen Umsetzung der Regelungen zum „Broad Consent“ einheitliche Standards zu erreichen, bietet die Möglichkeit von branchenspezifischen Verhaltensregeln („Codes of Conduct“). Diese können – auch europaweit einheitlich – von Verbänden und Kammern erarbeitet werden und sind von den Datenschutzaufsichtsbehörden zu genehmigen.

Auch in Fällen, in denen keine Einwilligung der betroffenen Personen durch den Datenverarbeiter eingeholt werden kann, erleichtert die DSGVO Datenauswertungen zu Forschungszwecken. So stellt die DSGVO ausdrücklich klar, dass eine Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten zu einem anderen als dem ursprünglichen Datenerhebungszweck ohne gesonderte Einwilligung oder Rechtsgrundlage zulässig ist, wenn die Weiterverarbeitung zu Forschungszwecken erfolgt. Die Rechte der betroffenen Personen werden durch die Transparenzpflichten der DSGVO sowie durch die vom Datenverarbeiter zu ergreifenden technisch-organisatorischen Maßnahmen gewahrt, wozu insbesondere das Mittel der Pseudonymisierung gehört.

Entscheidend für die Datenschutzpraxis in Deutschland wird sein, dass dieser innovationsoffene und forschungsfreundliche Ansatz der DSGVO auch in den ergänzenden nationalen Datenschutzgesetzen der Bundesländer möglichst einheitlich fortgeführt wird.

Mehr Transparenz und Kontrolle für Betroffene

Die dargelegten Spielräume der DSGVO bei der Nutzung personenbezogener Daten gehen einher mit erhöhten Transparenzpflichten der datenverarbeitenden Unternehmen und gestärkten Rechten der betroffenen Personen. Die DSGVO führt beispielsweise das Recht auf Datenportabilität ein, mit dem ein Nutzer eines digitalen Anbieters unter bestimmten Voraussetzungen die Übertragung seiner Daten an ein von ihm bevorzugtes Konkurrenzunternehmen verlangen kann. Mit dem so genannten „Recht auf Vergessenwerden“ wird zudem erstmals ausdrücklich ein Recht auf Löschung der eigenen Daten eingeführt.

Die Erhöhung der Transparenzpflichten für Unternehmen durch die DSGVO dient dem Ziel, Betroffene darüber zu informieren, was mit ihren Daten geschieht und zu welchen Zwecken die Daten verarbeitet werden. Die DSGVO schreibt deshalb insbesondere einfache und verständliche Datenschutzerklärungen vor. Auch sollen Datenschutzsiegel und Zertifizierungen verstärkt zum Einsatz kommen und für mehr Transparenz sorgen.

Herausforderungen bei der Umsetzung der DSGVO in den Betrieben

Die praktische Umsetzung der neuen Vorgaben der DSGVO im Jahr 2018 war für viele Unternehmen ein Kraftakt. Der Pflichtenkatalog der DSGVO kann gerade kleine und mittlere Betriebe vor Herausforderungen stellen. Neben den erhöhten Transparenzpflichten bedeuten insbesondere auch die neuen Dokumentationspflichten der DSGVO eine bürokratische Mehrbelastung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Das BMWi hat den Umstellungsprozess früh und eng begleitet, um vor allem KMU bei der Umsetzung zu unterstützen. Seit Herbst 2017 finden auf Staatssekretärebene regelmäßige Round-Table-Gespräche mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden und der Datenschutzaufsichtsbehörden zu Fragen der praktischen Umsetzung der DSGVO statt. Diese organisiert das BMWi gemeinsam mit dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. Darüber hinaus hat das BMWi im ersten Halbjahr 2018 zudem mit

dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag eine deutschlandweite „Road Show“ zur DSGVO durchgeführt. Das Ministerium hat in diesem Rahmen mit über 30 regionalen Industrie- und Handelskammern vor Ort insbesondere kleine und mittlere Unternehmen über den neuen Rechtsrahmen informiert. Die Veranstaltungen gaben einen unmittelbaren Eindruck von den praktischen Herausforderungen bei der Umsetzung der DSGVO in den Betrieben.

Die Rückmeldungen im Rahmen der Round-Table-Gespräche und der Road Show haben gezeigt, dass die Unternehmen bemüht sind, die neuen Vorgaben umzusetzen. Gleichzeitig kritisieren sie aber eine überhöhte Bürokratielast insbesondere durch die Informations- und Dokumentationspflichten der DSGVO. Die Vorgaben der DSGVO in diesem Bereich seien demnach in vielen Fällen zwar für große Internetfirmen sinnvoll und nachvollziehbar, nicht aber für KMU wie Handwerksbetriebe, Tankstellenbetreiber, Hotelbetriebe oder Restaurants.

Das BMWi nimmt diese Kritikpunkte ernst und wird die Umsetzung der DSGVO in der Wirtschaft weiter eng begleiten. Zudem sollte die für Mai 2020 vorgesehene Evaluierung der DSGVO genutzt werden, um gezielt die Belange von kleinen und mittleren Unternehmen in den Blick zu nehmen.

Kontakt: Dr. Philipp-Lennart Krüger
Referat: Zentrales Rechtsreferat

Der Weltpostverein im 21. Jahrhundert

Ergebnisse des außerordentlichen Kongresses in Addis Abeba

Der Weltpostverein regelt seit 1874 den internationalen Postverkehr. Doch in Zeiten des Online-Handels haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Auf dem außerordentlichen Kongress in Addis Abeba wurde eine Anpassung des Regelwerkes an den modernen Postverkehr eingeleitet.



Geschichte und Bedeutung des Weltpostvereins

Deutschland ist in besonderer Weise mit dem Weltpostverein verbunden. Der von den negativen Erfahrungen mit dem Postverkehr in zersplitterten deutschen Kleinstaaten geprägte preußische Generalpostmeister, Ernst Heinrich Wilhelm von Stephan, gab den Anstoß zur Gründung eines internationalen „Allgemeinen Postvereins“. Die Gründung erfolgte am 9. Oktober 1874 in Bern.

Es wurde ein erster Weltpostvertrag ausgearbeitet, der als völkerrechtlicher Vertrag noch heute die Mitgliedsländer über alle politischen und sprachlichen Grenzen hinweg zu einem einheitlichen Postgebiet zusammenschweißt und den internationalen Postverkehr regelt. Der Vertrag wurde von zunächst zwanzig Gründungsstaaten, neben Deutschland

unter anderem Großbritannien, Italien, Österreich-Ungarn, Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika, auf dem ersten Postkongress ratifiziert und trat zum 1. Juli 1875 in Kraft. Japan und Frankreich traten 1876 dem Postverein bei.

Auf dem Weltpostkongress von 1878 wurde der Allgemeine Postverein zum Weltpostverein. Am 4. Juli 1947 wurde der Weltpostverein zu einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen und ist heute mit 192 Mitgliedstaaten das wichtigste internationale Forum für die Zusammenarbeit zwischen den nationalen staatlichen Postverwaltungen und den Postunternehmen. Die Verträge des Weltpostvereins wurden zuletzt auf dem Weltpostkongress in Istanbul 2016 überarbeitet und neu beschlossen.



Generalpostmeister Heinrich von Stephan

Struktur und Funktionsweise der heutigen Organisation

Für das operative Geschäft des Weltpostvereins ist das Internationale Büro in Bern verantwortlich. Dessen Tätigkeit wird durch einen Verwaltungsrat kontrolliert, der zweimal im Jahr zusammenkommt und mit Budgetrecht ausgestattet ist. In dem Verwaltungsrat sitzt eine ausgewählte Anzahl von Mitgliedstaaten, so auch Deutschland. Der ebenfalls zweimal im Jahr tagende Rat für den Postbetrieb ist für betriebliche Angelegenheiten wie die Standardisierung von internationalen Verfahren und für kommerzielle Aspekte, wie zum Beispiel die Gebühren im grenzüberschreitenden Postverkehr, zuständig. In diesem Gremium sind die wichtigsten, meist staatlichen Postdienstleister der gewählten Mitgliedstaaten vertreten, unter anderem auch die Deutsche Post.

Als oberstes Organ tagt alle vier Jahre der Weltpostkongress, der für die strategische Ausrichtung des Vereins verant-

wortlich ist. Bei besonderem Bedarf kann in der Zwischenzeit ein außerordentlicher Kongress einberufen werden.

Der Universale Postdienst

In der Mehrzahl der Mitgliedsländer des Weltpostvereins sind die Postdienstleister auch heute noch staatlich und bieten ein großes Spektrum, nicht nur von Brief- und Postdienstleistungen, sondern auch von umfangreichen Finanzdienstleistungen an. In den meisten Ländern werden diese Leistungen als „öffentliches Gut“ verstanden, zu dem alle Bürger eines Landes im Zuge der so genannten Daseinsvorsorge zu günstigen Konditionen Zugang erhalten sollen. Regulierung findet nur dort statt, wo auch private Akteure am Markt tätig sind. Selbst in vielen westlichen Industriestaaten, die die freie Marktwirtschaft als wichtiges Prinzip in ihren Gesetzen verankert haben, werden die Postdienstleistungen von einem öffentlichen Betreiber durchgeführt.

Doch öffentliche Betreiber sind für einen funktionierenden Postmarkt nicht zwingend. In Deutschland werden Postdienstleistungen seit 1995 von der privatisierten Deutschen Post AG und anderen privaten Anbietern als privatwirtschaftliche Tätigkeiten erbracht. Als hoheitliche Aufgabe des Bundes in den Wirtschaftsbereichen verbleibt nach Artikel 87 des Grundgesetzes die flächendeckend ausreichende und angemessene Grundversorgung der Bevölkerung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen. Der Erfüllung dieses Infrastrukturauftrages dienen die Regelungen des Postgesetzes und der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV). Alle am Markt tätigen Unternehmen tragen zur Erbringung des Postuniversaldienstes bei. Die Verpflichtung zur Gewährleistung des Universalen Postdienstes trägt der Bund, der sich zur Erfüllung dieser Pflicht der am Markt tätigen Unternehmen bedient.

Die Aufsicht über die Gewährleistung des Universalen Postdienstes durch die Postbetreiber obliegt in Deutschland der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA). Dies geschieht durch Regelungen über die postalische Infrastruktur, Lizenzvergaben und Entgeltgenehmigungen sowie durch spezielle Kunden- und Datenschutzbestimmungen. Die BNetzA kann Postbetreibern Verpflichtungen jedoch nur dann auferlegen, wenn der Markt nicht selbst genügend geeignete Dienstleistungen hervorbringt, um den Universalen Postdienst in ganz Deutschland zu sichern.

Die Rolle der Benannten Betreiber („Designated Operators“)

Alle Mitgliedsländer des Weltpostvereins benennen binnen sechs Monaten nach Beendigung eines Kongresses einen staatlichen oder privatwirtschaftlich operierenden Postbetreiber als so genannten „Designated Operator“ (dt. „Benannter Betreiber“). Die Hauptpflicht dieser Betreiber besteht in der Erfüllung des Universalen Postdienstes, der auf Grundlage der Universal Service Obligation (USO) von jedem Mitgliedsland nach eigener Rechtssetzung definiert ist. Dies bedeutet in erster Linie die Verteilung aus dem Ausland eingehender Postsendungen im gesamten Postgebiet eines Landes nach international vereinbarten Grundsätzen.

Der Vorteil für diese Betreiber besteht vor allem darin, dass erleichterte Zollformulare genutzt werden können und die meisten oft noch staatlichen internationalen Postdienste nur mit diesem Betreiber zusammenarbeiten können. Für Deutschland wurde bisher die Deutsche Post AG als Betreiber benannt. Zukünftig können auch andere Postdienstleister – sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen – „Benannte Betreiber“ gemäß des Weltpostvertrages sein.

Diese Betreiber sind verpflichtet, eingehende internationale Briefsendungen zu befördern. Die Endvergütungen für diese Leistungen, die so genannten „Terminal Dues“, werden ausschließlich an die Benannten Betreiber der Mitgliedsländer gezahlt und gelten für den Transport, das Sortieren und die Zustellung von grenzüberschreitendem Postverkehr im Bestimmungsland der Sendung. Die Höhe der Vergütungen bemisst sich nach einem komplexen System, das sich sowohl an Produkt- und Qualitätsmerkmalen als auch an dem Status der Länder (Entwicklungs- oder Industrieland) orientiert. So zahlen die Postbetriebe aus Entwicklungsländern für ihre Postsendungen an deutsche Adressaten weniger „Terminal Dues“ als die Postbetriebe aus Industrieländern.

Die Auswirkungen von E-Commerce und Onlinehandel auf den Weltpostverkehr

E-Commerce und Onlinehandel haben den Charakter der Versanddienstleistungen in den letzten Jahren grundlegend verändert. Der Anteil des Briefversands am Gesamtvolumen des weltweiten Postverkehrs sank kontinuierlich. Betrug der Anteil des Briefversands 2006 an den Umsätzen der Postdienstleister weltweit noch 48 Prozent, so waren es im Jahr 2016 nur noch 39 Prozent. Dagegen nahm im gleichen Zeitraum das Paketvolumen von 14 auf 23 Prozent zu.

Die Postdienstleister reagieren auf den Rückgang im Briefverkehr mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen zur Einsparung von Betriebskosten (zum Beispiel durch Nutzung von Subunternehmern im Personalbereich), aber auch mit einer Diversifizierung ihrer Angebotspalette und einer stärkeren Konzentration auf den Bereich Paketversand und Logistik.

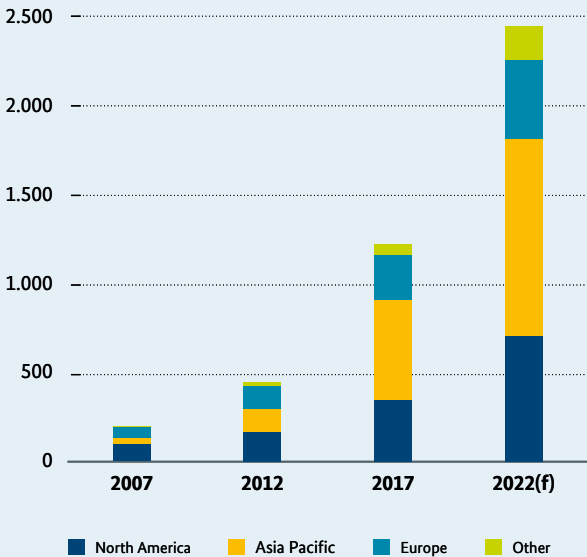
In den Zeiten des wachsenden Internethandels im internationalen Postverkehr kommt es nicht nur zu einem stetig wachsenden Aufkommen von gewinnbringenden Paketen, sondern auch von kleinen Päckchen mit Waren von unter 2 kg Gewicht, die unverhältnismäßig hohe Kosten im Verhältnis zu anderen Briefformaten verursachen, etwa durch ihren erhöhten Platzbedarf in der Tasche des Postboten oder durch die Notwendigkeit von besonderen Sortiermaschinen.

Angesichts dieser Entwicklungen führen die „Terminal Dues“ in ihrer bestehenden Form zu Marktverwerfungen innerhalb der jeweiligen Binnenmärkte, da sie die wahren Kosten des Transportes von den Grenzübergangspunkten bis zur Übergabe an den Endkunden meist nur teilweise decken. So ist es für den Endnutzer in vielen Ländern, auch in Deutschland, günstiger, einen Artikel „online“ in Asien zu bestellen als im eigenen Land. Wettbewerbsverzerrende Finanzflüsse bei der Abrechnung von Leistungen insbesondere vom Warenverkehr aus Asien nach Westeuropa und Nordamerika sind die Folge (zum Beispiel durch die umfangreiche Einfuhr preiswerter elektronischer Artikel aus China). Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die „Terminal Dues“ aktuell sehr kontrovers im Weltpostverein diskutiert werden.

Die Vereinigten Staaten haben das Scheitern ihrer Bemühungen um höhere Endvergütungen zum Anlass genommen, am 17. Oktober 2018 dem Weltpostverein gegenüber ihre Absicht zu erklären, austreten zu wollen. Die Kritik bezieht sich vor allem auf die für eine landesweite Zustellung innerhalb der Vereinigten Staaten nicht kostendeckenden Endvergütungsraten für den staatlichen United States Postal Service (USPS). Die im Verhältnis zu anderen industriellen Importländern wie Deutschland besonders kritische Situation resultiert unter anderem aus der großen Staatsfläche der USA und einer dadurch bedingten geringeren infrastrukturellen Durchdringung. Die Austrittserklärung der Vereinigten Staaten könnte durchaus Schule machen, wenn es nicht gelingen sollte, den Integrierten Produkt- und Vergütungsplan und das Endvergütungssystem zügig und für alle Beteiligten zufriedenstellend zu überarbeiten.

Abbildung 1: E-Commerce

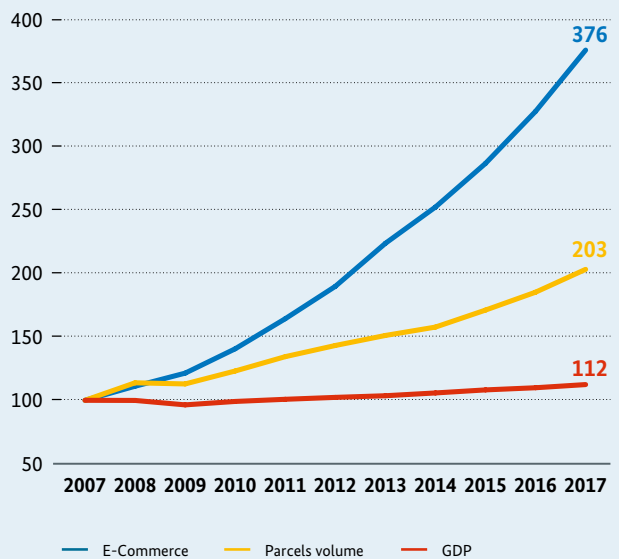
Global internet retail sales



Quelle: Euromonitor International.

Abbildung 2: Historical volume

Aggregate indices, 2007=100



Quellen: Operator reports, member questionnaires, Euromonitor International, IMF.

Ein Austritt würde allerdings erst im kommenden Jahr wirksam werden. Bis dahin besteht noch Zeit für Verhandlungen. Bei den kommenden Gesprächen auf multinationaler Ebene wird sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als wichtiger Partner im Weltpostverein für eine konstruktive Lösung und den Verbleib der Vereinigten Staaten im Weltpostverein einsetzen. Im Falle des tatsächlichen Austritts müsste die USPS mit den Benannten Betreibern aus 191 Ländern bilaterale Postabkommen schließen, auch mit der Deutschen Post AG. Die USA befänden sich damit rechtlich gesehen wieder in jener Situation, die vor der Gründung des Weltpostvereins bestand.

Außerordentlicher Kongress in Addis Abeba

Diese und weitere strategische Fragen wurden auf dem außerordentlichen Weltpostkongress diskutiert, der vom 3. bis 7. September 2018 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stattfand. Erstmals seit 1900 fand solch ein außerordentlicher Kongress außerhalb des üblichen Vierjahresrhythmus statt, weil die anstehenden Entscheidungen als zeitkritisch angesehen wurden und man nicht auf den nächsten regulären Kongress warten wollte. An dem Kongress nahmen über 1000 Delegierte aus 134 Ländern teil. Die deutsche Delegation bestand aus Vertretern des

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der BNetzA und der Deutschen Post AG.

Die **Produkt- und Vergütungsregeln** für internationale Postdienstleistungen standen im Zentrum der Diskussion. Diese Regeln definieren und vereinheitlichen im Wesentlichen die Leistungen, die die im Postgebiet des Weltpostvereins operierenden Anbieter anbieten sowie die Entgelte, die für die Ausführung der Leistungen erhoben werden können. Angenommen wurde ein neues Produktportfolio. Trotz des Widerstands einiger wichtiger Länder enthält es weiterhin die Möglichkeit, Güter international in Briefsendungen bis 2 kg als klassisches „Päckchen“ zu versenden. Bis zum Kongress in Abidjan im Jahr 2020 sollen die Produkt- und Vergütungsregeln jedoch noch weiterentwickelt werden, vor allem um die Endvergütungen neu zu regeln und die elektronische Sendungsverfolgung als für alle Postdienstleister verpflichtende Leistung einzuführen.

Die Endvergütungen unterliegen einer vierjährigen Überprüfung durch den Weltpostkongress. Letztmalig wurden Änderungen auf dem Weltpostkongress in Istanbul 2016 beschlossen. Für die besonders umstrittenen Warensendungen aus China wurde lediglich eine moderate Erhöhung der Endvergütungen beschlossen, da China noch immer als Entwicklungsland eingestuft wird.

Die Bundesregierung wird sich bei den weiteren Verhandlungen in den Gremien des Weltpostvereins dafür einsetzen, dass die Endvergütungen für kommerzielle Warensendungen weiter angepasst werden, und zwar unabhängig vom Entwicklungsstand eines Mitgliedstaates, um Marktverwerfungen entgegenzuwirken.

Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt war die dringend erforderliche **Reform des Rentensystems** für die Mitarbeiter des Weltpostvereins. Im bisherigen Rentenfonds nach Schweizer Recht besteht – nicht zuletzt durch die ungünstige Altersstruktur der Mitarbeiter der Verwaltung des Weltpostvereins – eine so gravierende Deckungslücke, dass die zukünftige finanzielle Stabilität des Weltpostvereins gefährdet ist. Daher wurde der Vorschlag angenommen, Verhandlungen mit dem „United Nations Joint Staff Pension Fund“ aufzunehmen, um die Altersvorsorge zukünftig auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Dieser sich auf alle teilnehmenden UN-Organisationen stützende Fonds hat den Vorteil eines gesünderen Altersaufbaus der zu versorgenden Mitarbeiter. Darüber hinaus werden auch Verwaltungsausgaben eingespart.

Des Weiteren wurde über das **Beitragssystem** diskutiert, das bisher auf freiwilligen Leistungen der Mitgliedstaaten beruht. Aus wettbewerbsrechtlichen Gründen bezahlt in Deutschland die Bundesregierung diesen Beitrag und nicht die Postdienstleister. Da in der Vergangenheit einige Mitgliedstaaten ihre Beiträge reduziert haben, ohne dass genügend andere Mitgliedstaaten ihre Beiträge entsprechend erhöhten, gefährdet auch dies die finanzielle Stabilität des Vereins. In einer Arbeitsgruppe wurde ein neues, verpflichtendes Beitragssystem konzipiert, das Beitragszahlungen anhand nachvollziehbarer Kriterien, wie einem Mix aus dem Bruttoinlandsprodukt insgesamt und dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, vorsieht. Zusätzlich sind Erleichterungen für Entwicklungsländer und sehr kleine Pauschalbeträge für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder (die so genannten „least developed countries“) vorgesehen.

Infolge der sehr unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer konnte sich der Kongress allerdings auf keine Neuregelung des Beitragssystems einigen und hat das Thema auf die nächste reguläre Sitzung im Jahr 2020 verschoben. Es soll eine Arbeitsgruppe unter deutscher Leitung eingerichtet werden, die die verschiedenen Optionen ausleuchtet und eine tragfähige Lösung erarbeitet, die von möglichst allen Mitgliedstaaten mitgetragen wird.

Ein konkretes Ergebnis des Kongresses ist der Erhöhung der Sitze im operativen Postbetriebsrat von 40 auf 48 Sitze. Die bisher unterrepräsentierten afrikanischen und asiatischen Länder haben damit ein stärkeres Gewicht erhalten. Diese Reform war überfällig, da die bisherige Sitzverteilung noch aus einer Zeit stammt, in dem das Weltpostgeschehen vor allem von den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten bestimmt war.

Auf dem außerordentlichen Weltpostkongress in Addis Abeba konnten jedoch längst nicht alle Fragen gelöst werden. Wichtige Aspekte, wie die Endvergütungsfrage, eine Reform der Altersversorgung und die Entscheidung über ein neues Beitragssystem, wurden auf den nächsten regulären Kongress im Jahr 2020 verschoben.

Die Bundesregierung wird die Entwicklung des Weltpostvereins weiterhin konstruktiv begleiten und dazu beitragen, akzeptable Rahmenbedingungen für alle Mitgliedstaaten zu entwickeln. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass der Weltpostverein erhalten bleibt, denn die Vision Ernst Heinrich Wilhelm von Stephans, ein weltweit einheitliches Postwesen zu erreichen, darf nicht an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts scheitern.

Kontakt: Herr Wolfgang Crasemann
Referat: Internationale Digital- und Postpolitik,
G7 und G20

Referenzprojekte für den Erfolg auf Auslandsmärkten nutzen

Fachveranstaltung zur Exportinitiative Energie

Die Möglichkeit, durch Referenzprojekte im Ausland die eigene Sichtbarkeit zu erhöhen, spielt eine entscheidende Rolle für deutsche Anbieter klimafreundlicher Energielösungen. Anwendungen werden glaubhaft unter lokalen Gegebenheiten präsentiert. Um das Thema Referenzprojekte im Ausland hinsichtlich der Bedeutung, seiner Wirkung und möglicher Förderungen zu beleuchten, lud das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 5. November 2018 zu einer Fachveranstaltung im Rahmen der Exportinitiative Energie ein.



Ministerialrätin Christina Wittek eröffnet die BMWi-Fachveranstaltung der Exportinitiative Energie und begrüßt über 140 Teilnehmer.

Die Bedeutung von Referenzen im B2B-Marketing

Referenzen gehören zu den wirksamsten Instrumenten im Business-to-Business (B2B)-Marketing. Für die exportorientierte Energiebranche sind sie ein wichtiger Erfolgsfaktor. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können selten auf eine weltweit bekannte Marke zurückgreifen. Deshalb muss auf anderem Weg dargestellt werden, dass die gebotenen Leistungen einen Vorteil für die Geschäftstätigkeiten des potenziellen Kunden darstellen. „Bereits umgesetzte Projekte verleihen dem Wertversprechen des Anbieters die notwendige Glaubwürdigkeit“, so Prof. Dr. Andreas Eggert, Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, an der Universität

Paderborn. Sie helfen, die Aufmerksamkeit im Zielmarkt zu erhöhen und führen zu weiteren Geschäftsabschlüssen. Sie sollten daher als proaktives Verkaufsargument genutzt werden.

Damit Referenzen zur nachhaltigen Positionierung im Auslandsmarkt beitragen, muss ein Referenzenportfolio systematisch aufgebaut und öffentlichkeitswirksam genutzt werden. Davon profitieren besonders Anbieter, die nicht über eine ausgeprägte internationale Reputation verfügen. Neben den Signalen nach außen tragen Referenzen zum Lernen im Unternehmen bei und fördern die Motivation im Team.

Mit Referenzen zum Erfolg im Auslandsgeschäft

Von ihren Erfahrungen mit Referenzprojekten im Ausland berichteten deutsche Technologieanbieter aus dem Bereich erneuerbare Energie und Energieeffizienz. In der moderierten Expertenrunde sprachen die Unternehmensvertreter zu der jeweiligen Herangehensweise, Herausforderungen in der Umsetzung und Wirkung der realisierten Projekte auf ihr Geschäft. Die Praxisbeispiele betrafen Referenzprojekte in ganz unterschiedlichen Zielmärkten wie Argentinien, Chile, China, Ghana, Japan, Lettland, Ruanda, Sambia, Simbabwe und Südafrika.

So unterschiedlich die Projektansätze auch sind, so haben sie doch eines gemeinsam: Für den Erfolg sind innovative Ideen erforderlich. Deutsche Unternehmen müssen sich auf die konkrete Anwendungssituation einlassen und den Kunden glaubhaft vermitteln, dass ihre Anlagen beanstandungsfrei unter den lokalen Gegebenheiten funktionieren. Ob der innovative Ansatz über technologische Besonderheiten erfolgt oder hinsichtlich der Finanzierung beziehungsweise des Geschäftsmodells einzigartig ist – am Ende muss die gebotene Lösung den Kunden überzeugen. Entscheidend bei der Umsetzung ist neben einer überzeugenden Lösung vor allem die Einbindung lokaler Partner. Diese helfen, weitere potenzielle Kunden zu überzeugen. Auch politische Kontakte sind erfolgsfördernd. Sie ermöglichen eine öffentlichkeitswirksame Positionierung im Zielmarkt.

Entscheidend für eine nachhaltige Wirkung von Referenzprojekten ist eine hohe Sichtbarkeit. Die Umsetzung eines Projektes sollte daher mit umfangreichen werbe- und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen begleitet werden.

Fördermöglichkeiten nutzen und die Sichtbarkeit erhöhen

Öffentliche Förderprogramme ermöglichen neben finanzieller Unterstützung wertvolle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und erhöhen die Sichtbarkeit der Referenzprojekte.

Im Rahmen der Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie werden deutsche Unternehmen bei der Umsetzung von Referenzprojekten im Ausland unterstützt. Mit dem [dena-Renewable Energy Solutions-Programm](#) (RES-Programm) begleitet die Deutsche Energie-Agentur (dena) Anbieter von Lösungen rund um erneuerbare Energien. Das Expertenteam der dena steht den Programmteilnehmern in allen Phasen der Projektumsetzung zur Seite – vom Projektvorschlag bis zur schlüsselfertigen Anlage. Auch der Aufbau eines Netzwerks und die Öffentlichkeitsarbeit werden unterstützt. Bislang konnten 78 Projekte mit neun verschiedenen Technologien in 58 Ländern umgesetzt werden.



Paneldiskussion mit erfahrenen Unternehmen, moderiert von Juliane Hinsch, Leiterin der Geschäftsstelle der Exportinitiative Energie.

Besonderen Herausforderungen sind deutsche Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgesetzt. Das Projektentwicklungsprogramm (PEP) der Exportinitiative Energie begleitet Unternehmen mit speziell darauf zugeschnittenen Angeboten. Hierzu zählt die Identifizierung, Selektierung und Vorentwicklung von [Projektopportunitäten](#). Der Fokus liegt dabei auf Eigenstromversorgung von industriellen und kommerziellen Kunden. Die Projekte sind ökonomisch in sich tragfähig, da sie die Gesamtenergieversorgung für den Kunden günstiger als bisher gestalten. Der Vorteil für deutsche Anbieter: Das PEP-Team bereitet Projekte so weit vor, dass für jede Projektopportunität eine belastbare Datenbasis zu Rahmenbedingungen sowie eine technische und ökonomische Analyse vorliegen. Zudem wird die Kontaktabahnung zu den potenziellen Geschäftspartnern unterstützt und die Umsetzung begleitet. Durchgeführt wird das PEP von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in aktuell 15 Ländern in Südostasien, Südasien, Subsahara-Afrika und im Nahen Osten.

Auch nach der Planungs- und Umsetzungsphase gibt es Möglichkeiten, die Sichtbarkeit eines Referenzprojekts im Ausland zu erhöhen. Im Rahmen der Leistungsschau der Exportinitiative Energie werden bereits erfolgreich realisierte Referenzprojekte von der jeweiligen Auslandshandelskammer (AHK) vorgestellt. Der Fokus liegt auf energieeffizienten Technologien „made in Germany“. Die eintägigen Veranstaltungen bieten deutschen Unternehmen eine öffentlichkeitswirksame Plattform, um sich vor Multiplikatoren,

Medien und Marktakteuren zu präsentieren und diese von den Vorteilen deutscher Technologie- und Systemlösungen zu überzeugen.

Neben den durch die Exportinitiative Energie angebotenen Unterstützungsmöglichkeiten können deutsche Unternehmen auch auf weitere Förderprogramme des Bundes zugreifen. Das develoPPP.de-Programm des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat in den vergangenen 19 Jahren mehr als 2.000 Entwicklungsprojekte in 100 Ländern mit einem Finanzvolumen von 1,1 Milliarde Euro weltweit gefördert. Davon entfallen allein 78 Millionen Euro auf Projekte im Energiesektor.

Auch das Bundesumweltministerium (BMU) bietet durch die [Klimapartnerschaften mit der Wirtschaft](#) Unterstützungsmöglichkeiten, um durch Kofinanzierung und Projektbegleitung Referenzprojekte für deutsche Unternehmen zu ermöglichen. Neben der Förderung stehen dabei der Technologie- und Know-how-Transfer sowie der Aufbau einer klimaschonenden Wirtschaft im Fokus.

Um sich einen Überblick über die gesamte Förderlandschaft des Bundes, der Länder und der Europäischen Union zu verschaffen, hilft ein Blick in die [Förderdatenbank](#) des Bundes.

Abbildung 1: Projektidentifikation im Projektentwicklungsprogramm



Projektentwicklung

1. Sektorenanalyse
2. Ansprache von Projektbeteiligten
3. Datensammlung
4. Technische und wirtschaftliche Beurteilung
5. Weitergabe der Projektopportunitäten



Eine hohe Sichtbarkeit des Referenzprojektes durch werbe- und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die nachhaltige Positionierung im Auslandmarkt.

Mit Partnern Referenzprojekte gemeinsam umsetzen

Das Interesse deutscher Unternehmen der Energiebranche an der Umsetzung von Referenzprojekten ist hoch, gerade weil sie eine große Signalwirkung haben und deshalb ein wichtiges Instrument der Auslandsmarkterschließung darstellen. „Nutzen Sie die Möglichkeiten – auch mit Unterstützung der Exportinitiative Energie –, durch Referenzprojekte Ihre Sichtbarkeit im Ausland zu erhöhen und den Beweis zu führen, dass deutsche Hightech-Produkte und Know-how auch im Ausland funktionieren“, so Christina Wittek, zuständige Referatsleiterin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Hilfreich kann dabei auch die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Unternehmern sein. Das Thema Konsortialbildung greift daher die nächste [BMW-Fachveranstaltung](#)

am 28. Februar 2019 in Berlin auf. Im direkten Anschluss lädt das Bundeswirtschaftsministerium zum TREFF-Punkt Exportinitiative Energie ein, einer halbjährlich stattfindenden Netzwerkveranstaltung.

Die [Veranstaltungsdokumentation](#) zu der BMW-Fachveranstaltung sowie weitere Informationen zum Thema Exportunterstützung im Bereich klimafreundliche Energielösungen finden Sie auf der Webseite des [BMW](#).

Kontakt: Dr. Falko Brede
Referat: Grundsatz- und strategische Fragen der Außenwirtschaftsförderung im Energiebereich

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Wachstumsabschwächung.

Der Aufschwung der globalen Wirtschaft hat zuletzt Dynamik eingebüßt.¹ Nach einer Wachstumsbeschleunigung im zweiten Quartal entwickelte sich die globale Konjunktur im dritten Quartal verhaltener.

Die Vereinigten Staaten konnten im dritten Quartal 2018 erneut ein deutliches Wachstum verzeichnen, senden jedoch widersprüchliche Signale zur weiteren Entwicklung aus. Währenddessen drosselte sich das Tempo der europäischen Konjunktur. In Japan schrumpfte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal sogar.

In den Schwellenländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung uneinheitlich. Die chinesische Wirtschaft wächst dynamisch, bleibt jedoch hinter den Raten früherer Jahre zurück. Gleichzeitig befindet sie sich in einem ernststen Handelskonflikt mit den USA, der sich allmählich in den Daten bemerkbar macht. Die indische Wirtschaft konnte ihr Expansions-tempo halten. In Russland und Brasilien beschleunigte sich das Wachstum wieder.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten eher auf eine Verlangsamung des globalen Aufschwungs hin. Die Industrieproduktion wurde im September heruntergefahren (-0,2% gegenüber dem Vormonat). Insgesamt fiel das dritte Quar-

tal deutlich verhaltener als das Vorquartal aus (Q3: +0,2%; Q2: +0,6%). Auch der Welthandel ging zuletzt leicht zurück und zeigte sich im Vorjahresvergleich abgeschwächt. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit hat sich im November zwar erneut leicht erhöht, lag für die Industrie jedoch auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Das ifo Weltwirtschaftsklima für das vierte Quartal 2018 liegt nach einer weiteren Eintrübung sogar im negativen Bereich.

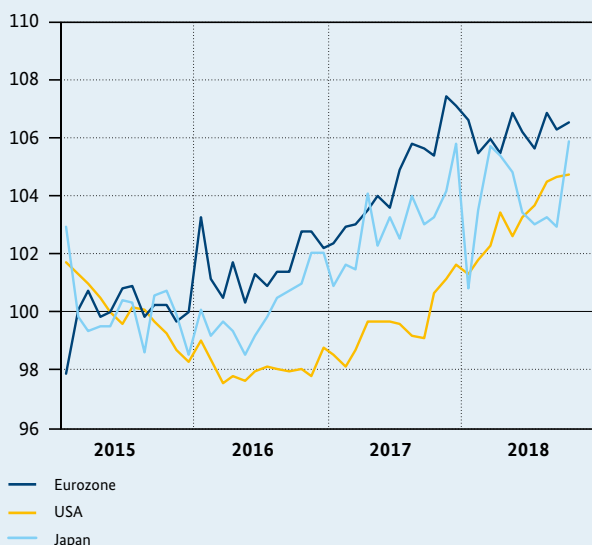
Die EU-Kommission rechnet in ihrer Projektion vom November mit einem globalen Wachstum für das Jahr 2018 von 3,7% und einer leichten Abschwächung im Jahr 2019 auf 3,5%. Die Weltwirtschaft ist weiterhin vielfältigen Risiken ausgesetzt, nicht zuletzt durch die laufenden Handelskonflikte.

USA: Boom mit widersprüchlichen Signalen.

Die Wirtschaft in den USA profitiert weiter von der Steuerreform. Sie wuchs im dritten Quartal 2018 preis- und saisonbereinigt mit 0,9% nur wenig schwächer als im Vorquartal (+1,0%). Maßgebliche Impulse stammen erneut vom privaten Konsum, aber auch der Staatskonsum und die Exporte haben stärker zugenommen.

Die Indikatoren am aktuellen Rand geben widersprüchliche Signale. Während die Auftragseingänge im Verarbeitenden

Industrieproduktion international
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2017 Q3	2017 Q4	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3
Euroraum	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2
USA	0,7	0,6	0,5	1,0	0,9
Japan	0,7	0,4	-0,3	0,7	-0,6

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Euroraum	8,1	8,1	8,1	8,1	-
USA	3,9	3,9	3,7	3,7	3,7
Japan	2,5	2,4	2,3	2,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Euroraum	2,1	2,0	2,1	2,2	1,9
USA	2,9	2,7	2,3	2,5	2,2
Japan	0,9	1,3	1,2	1,4	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Dezember 2018 vorlagen.

Gewerbe im Oktober deutlich um 2,0% zurückgingen, erhöhte sich die Industrieproduktion leicht. Die wichtigen Frühindikatoren deuten aber weiter auf Expansion hin, wenn auch mit etwas schwächerer Dynamik. Der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen trübte sich im November ein. Demgegenüber verbesserte sich der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe deutlich. Zudem scheint die US-Notenbank Fed die Konjunkturaussichten als günstig genug zu erachten, um den Leitzins nach den Anhebungen im letzten Jahr auch im Jahr 2019 erneut zu erhöhen. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung stieg im November um 155.000 Personen. Die Arbeitslosenquote blieb bei 3,7%.

In ihrer Projektion vom November geht die EU-Kommission von einer Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,9 % in 2018 und 2,6 % in 2019 aus (2017: +2,3%). Risiken ergeben sich aus dem Handelskonflikt mit China.

Japan: Deutlicher Abschwung im dritten Quartal.

Im dritten Quartal 2018 ging das japanische BIP preis- und saisonbereinigt um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Zuletzt blieben jene Impulse der Inlandsnachfrage aus, die im zweiten Quartal maßgeblich für ein Wachstum von 0,7 % gesorgt hatten (Q1: -0,3%). Zudem verringerten sich die Exporte.

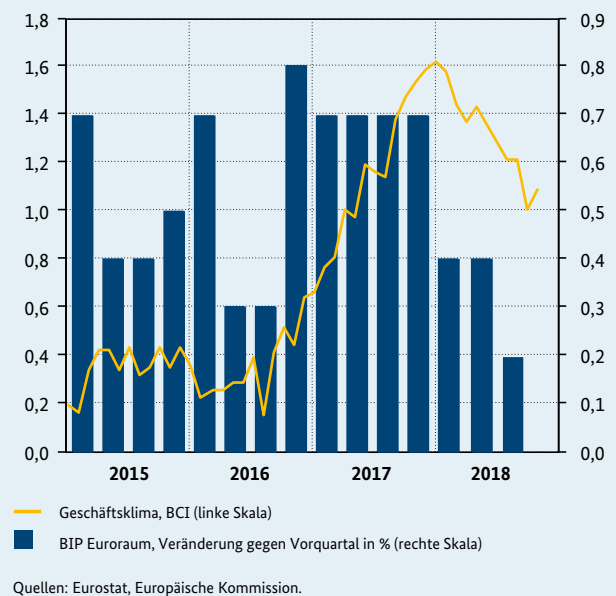
Die aktuellen Konjunkturindikatoren senden gemischte, grundsätzlich aber verhaltene Signale aus. Zwar befand sich die Industrieproduktion im Oktober nach einer kräftigen Erholung auf dem höchsten Niveau seit zehn Jahren. Allerdings signalisieren sowohl der Tankan-Index als auch der Markt Einkaufsmanagerindex nach leichten Rückgängen eine gedämpfte Erholung der Wirtschaft. Auch haben die Verdienste preisbereinigt zuletzt erneut nachgegeben.

Die EU-Kommission geht in ihrer Projektion vom November von einem Wachstum des japanischen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,1 % im Jahr 2018 und 1,0 % im Jahr 2019 aus.

Euroraum und EU: Wachstumsverlangsamung.

Der Aufschwung im Euroraum verlor im dritten Quartal 2018 an Momentum. Die wirtschaftliche Aktivität stieg preis- und

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(in %, saisonbereinigt)



saisonbereinigt um 0,2 % nach einem Wachstum von 0,4 % in den beiden Vorquartalen. Im vergangenen Jahr war das Quartalswachstum deutlich dynamischer verlaufen. Ähnliches gilt für die BIP-Entwicklung auf EU-Ebene.

Eine Abkühlung zeigte sich in Deutschland und auch in Italien, wo zuletzt ebenfalls ein Rückgang des BIP zu beobachten war (-0,1 %). Auch in Portugal fiel das Wachstum geringer als im Vorquartal aus (+0,3 %). Demgegenüber hat die konjunkturelle Dynamik in Frankreich und Österreich zugelegt (+0,4 % bzw. +0,3 %). In Spanien blieb die Zuwachsrates unverändert bei 0,6 %.

Die Indikatoren für das Eurowährungsgebiet zeichnen ein verhaltenes Bild. Die Industrieproduktion im Euroraum erhöhte sich im Oktober um 0,2%. Die Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe nahmen dagegen im September ab (-0,5%). Die Frühindikatoren deuten zwar Wachstum an, allerdings mit einer gewissen konjunkturellen Abkühlung. Der Economic Business Climate Indicator hat sich trotz leichter Erholung im November im Jahresverlauf 2018 deutlich abgekühlt. Die Arbeitslosenquote im Euroraum verharrte im Oktober mit 8,1% auf ihrem Zehn-Jahrestief.

Die EU-Kommission geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,1% in 2018 und 1,9% in 2019 aus, nachdem im Jahr 2017 ein Zuwachs um 2,4% verzeichnet wurde. Der Brexit-Prozess bleibt ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich weiter auf einem Wachstumspfad. Die Konjunktur wird allerdings durch ein schwieriges außenwirtschaftliches Umfeld und zusätzlich durch temporäre Sondereffekte in der Automobilindustrie gedämpft.

Die deutsche Wirtschaft fasst langsam wieder Tritt. Der leichte Rückgang der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2018 um 0,2 % war wesentlich auf den Sondereffekt der WLTP-Problematik in der Kfz-Industrie zurückzuführen.² Dieser temporäre Sondereffekt wächst sich allmählich aus, ist zu Beginn des vierten Quartals in den Produktionsdaten aber noch deutlich spürbar. Unabhängig davon hat der Gegenwind aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld im Verlauf des Jahres 2018 merklich zugenommen. Die Handelskonflikte, Währungsturbulenzen von Schwellenländern sowie geopolitische Konflikte belasten die Weltwirtschaft und haben die allgemeine Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung erhöht. Durch die Verschiebung der Abstimmung des britischen Parlaments zum Brexit-Abkommen ist das Risiko eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bis auf Weiteres nicht abgewendet. Andererseits wirken ab dem Jahres-

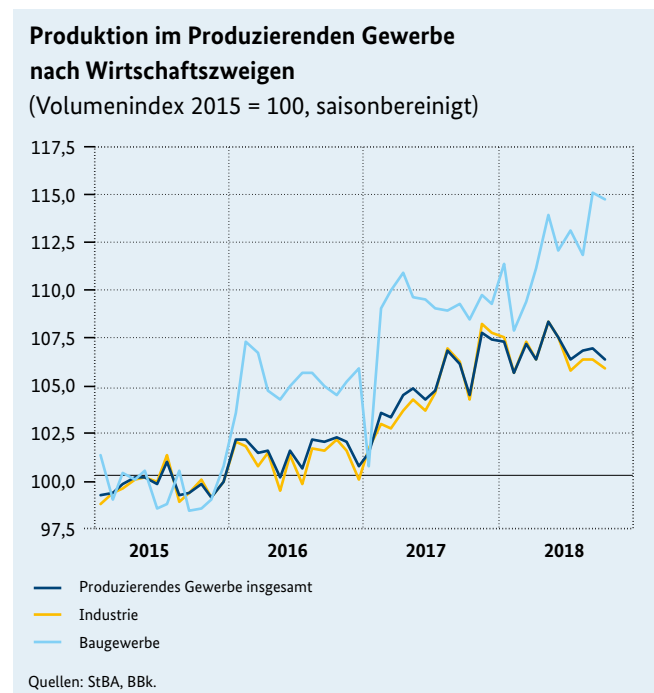
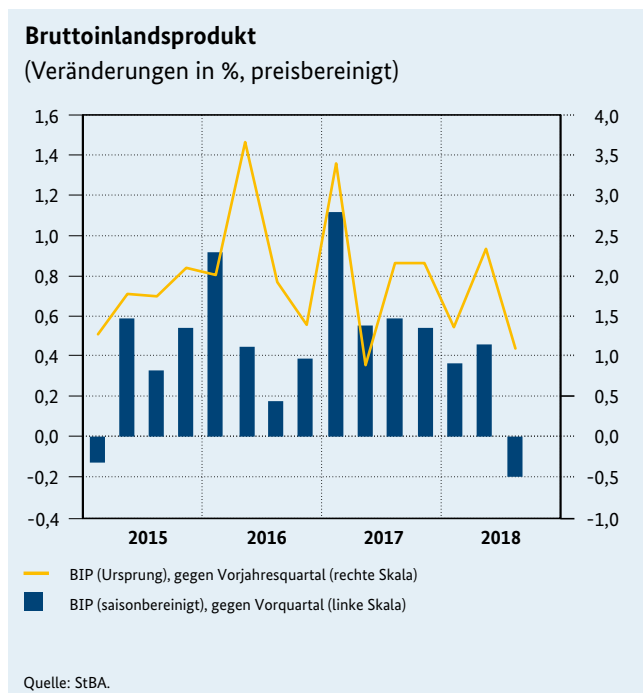
wechsel zusätzliche konjunkturelle Impulse durch die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen, wie etwa die steuerlichen Entlastungen durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und den Ausgleich der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergelds oder das „Starke-Familien-Gesetz“. Alles in allem dürfte sich die deutsche Wirtschaft in diesem schwierigeren Umfeld insgesamt gut behaupten. Ihre konjunkturelle Grunddynamik bleibt aufwärtsgerichtet, wenngleich abgeschwächt.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben zuletzt erneut zugelegt.

Die Industrieproduktion indes startete schwach ins vierte Quartal, wobei die Herstellung in der Kfz-Industrie wieder zurückgegangen ist. Die Probleme der Branche bei der Umstellung auf den neuen WLTP-Fahrzyklus lösen sich erst allmählich auf.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im Oktober wieder verringert. Dabei nahmen sowohl die



2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. Dezember 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie kalender- und saisonbereinigter Daten.

Industrie- als auch die Bauproduktion ab. Im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August ergab sich im Produzierenden Gewerbe ein leichter Zuwachs von 0,1%. Dabei stagnierte die Industrieproduktion, während das Baugewerbe ein kräftiges Plus von 2,2% meldete. Im Kfz-Bereich kam es zu einer Zunahme um 1,3%, allerdings nach sehr deutlichen Rückgängen zuvor. Die Probleme bei der Umstellung auf den neuen Fahrzyklus für Pkw lösen sich erst mit der Zeit auf. Zum Jahresende hin dürfte die Industriekonjunktur insgesamt aber wieder an Fahrt aufgenommen haben.

Die Erzeugung von Konsum- und Vorleistungsgütern ging im Zweimonatsvergleich um 1,1% bzw. 0,3% zurück. Gleichzeitig wurden 0,7% mehr Investitionsgüter hergestellt.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
Produktion					
Insgesamt	0,6	-1,2	0,5	0,0	-0,4
Vorleistungsgüter	-0,1	-0,8	0,3	-0,5	0,2
Investitionsgüter	0,6	-2,2	0,3	0,4	0,3
Konsumgüter	1,9	0,9	1,4	-0,2	-3,2
Umsätze					
Insgesamt	-0,2	-1,4	0,5	-1,0	1,0
Inland	-0,7	-1,8	-0,2	-1,6	2,3
Ausland	0,3	-1,2	1,0	-0,6	-0,2
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,5	-1,0	2,3	0,1	0,3
Inland	-1,5	0,8	-2,0	2,8	-3,2
Ausland	-1,3	-2,3	5,6	-1,9	2,9
Vorleistungsgüter	1,2	-1,6	-0,5	-1,2	0,8
Investitionsgüter	-3,3	-0,8	4,3	0,6	0,4
Konsumgüter	0,7	0,1	2,3	1,1	-1,7

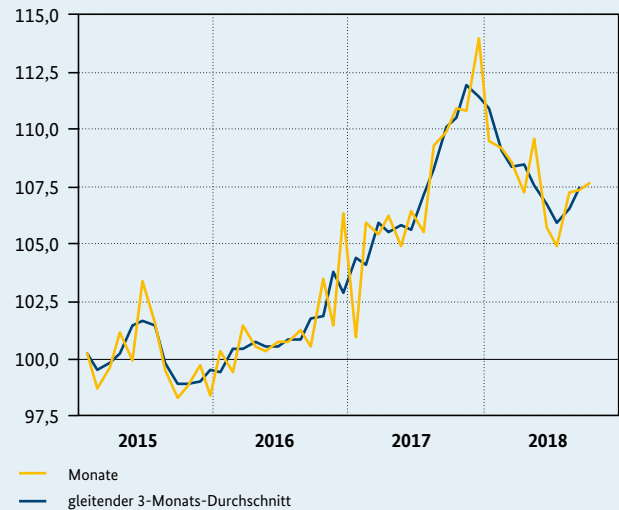
Quellen: StBA, Bbk.

Die Umsätze in der Industrie erhöhten sich im Oktober um 1,0%. Im Zweimonatsvergleich ergab sich jedoch ein Minus von 0,4%, wobei sowohl die Inlandsumsätze als auch die Auslandsumsätze nachgaben (-0,5% bzw. -0,2%).

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich dreimal in Folge erholt. Zuletzt im Oktober war ein Plus um 0,3% gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen.

Auftragseingang in der Industrie

(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



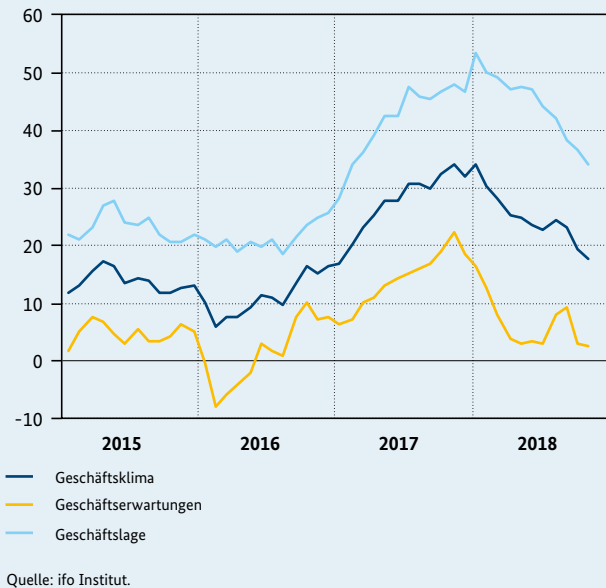
Quellen: StBA, Bbk.

Im Zweimonatsvergleich ergab sich ein Orderzuwachs von 1,4%. Dabei wurden vom Investitions- und Konsumgüterbereich Steigerungen gemeldet (+2,9% bzw. +1,4%), während bei den Vorleistungsgütern eine Abnahme um 1,0% zu beobachten war. In der Tendenz stiegen die Bestellungen im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland um 2,2% (Euroraum: +4,8%), während die Bestellungen aus dem Inland nahezu unverändert blieben (+0,1%).

Innerhalb des Investitionsgütergewerbes im Bereich Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile waren die Probleme bei der Einführung des neuen Fahrzyklus WLTP auch zu Beginn des vierten Quartals immer noch spürbar. Es sind aber Fortschritte zu beobachten und der Zulassungstau löst sich allmählich auf. Im Oktober meldeten die Firmen aus dem Bereich Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile ein Auftragsplus von 4,1% nach einem Minus von 2,9% im September.

Die Stimmung in den Firmen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich zuletzt spürbar eingetrübt. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im November zum dritten Mal in Folge gefallen, wobei sich sowohl die Lageeinschätzung als auch die Geschäftserwartungen verschlechterten. Nach wie vor lag der Index aber über seinem langjährigen Durchschnitt. Der IHS Markit Einkaufsmanagerindex fiel im Dezember erneut und damit auf seinen tiefsten Wert seit vier Jahren, gleichwohl befand er sich aber weiterhin über seiner Wachstumsschwelle.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
Insgesamt	2,6	0,8	-1,1	3,0	-0,3
Bauhauptgewerbe	5,8	-0,1	-1,7	4,1	-1,9
Ausbaugewerbe	0,1	1,6	-0,8	2,2	1,0

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sep.
Insgesamt	-5,3	0,5	1,6	-1,5	3,6
Hochbau	-4,3	1,3	6,7	-7,7	8,3
Wohnungsbau*	-3,7	4,9	7,0	-2,8	6,7
Gewerblicher*	-4,5	-1,7	10,0	-11,9	7,7
Öffentlicher*	-5,2	0,6	-6,4	-7,7	16,7
Tiefbau	-6,6	-0,4	-4,0	5,8	-1,3
Straßenbau*	-11,4	-6,3	-10,1	3,8	4,5
Gewerblicher*	-8,3	7,2	9,0	3,8	-3,9
Öffentlicher*	4,2	-2,3	-12,1	12,0	-5,0
Öffentlicher Bau insg.	-5,6	-3,6	-10,1	4,4	3,2

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Das Baugewerbe arbeitet weiterhin nahe seiner Kapazitätsgrenze, auch wenn die Produktion im Oktober um 0,3 % abgenommen hat. Im Zweimonatsvergleich September/Oktober gegenüber Juli/August war die Produktion im Baugewerbe spürbar aufwärtsgerichtet (+2,2 %).

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich in den letzten Monaten wieder stabilisiert, nachdem sie zuvor seit dem Jahreswechsel 2017/18 spürbar zurückgegangen waren. Zuletzt im September 2018 kam es zu einem Auftragsplus von 3,6 %. Auch im Zweimonatsvergleich war ein Zuwachs zu verzeichnen (+1,0 %). Damit lagen die Order-eingänge im aktuellen Berichtsmonat über dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2017. Der Auftragsbestand ist weiterhin sehr hoch. Die Baugenehmigungen nehmen bezüglich Nicht-Wohnbauten auf Jahresfrist zu, bei Wohnbauten war dies zuletzt im Oktober aber nicht mehr der Fall.

Das ifo Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe ging im November von Rekordniveau aus erstmals wieder spürbar zurück. Die Stimmung in den Unternehmen ist jedoch angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin außerordentlich gut.

3. Privater Konsum

Die Einzelhandelsumsätze stagnieren im Oktober.

Die Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im dritten Quartal um 0,6% im Vergleich zum Vorquartal gesunken. Von September auf Oktober blieben sie mit +0,1% nahezu unverändert. Die verfügbaren Einkommen entwickeln sich weiter sehr gut, allerdings nahm die Sparquote im Jahresverlauf 2018 zu. Die Umsätze im Kfz-Handel, die nur bis September vorlagen, gingen den dritten Monat in Folge zurück (-3,9%). Dies dürfte auf die bereits erwähnte WLTP-Problematik zurückzuführen sein, jedoch scheint langsam die Trendwende einzukehren. Die schwachen Zahlen der privaten Kfz-Neuzulassungen vom Spätsommer werden allmählich überwunden. Nach deutlichen Zuwächsen im Oktober (+20,4%) legten sie im November um weitere 7,0% zu. Der Zulassungstau mit seinen Nebenwirkungen löst sich demnach langsam auf.

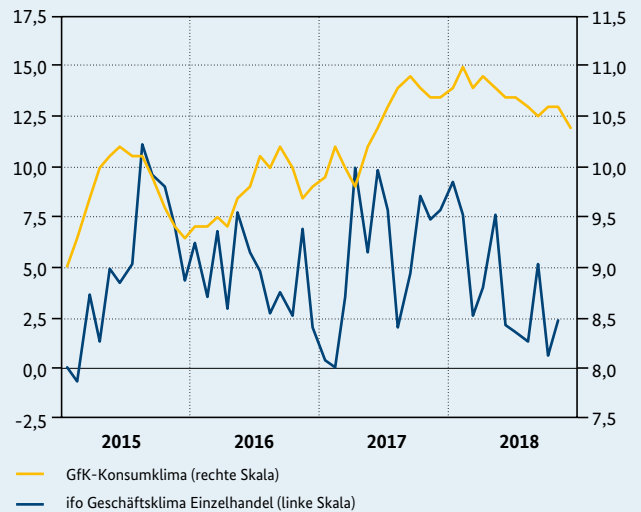
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz) (Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im November verbessert. Die Lage wurde zwar schlechter als im Vormonat bewertet, die Erwartungen verzeichneten aber einen deutlichen Zuwachs. Es verharrte damit weiterhin deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Die Konsumstim-

Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

mung der Verbraucher ist unverändert positiv, auch wenn der prognostizierte GfK-Konsumklimaindex für Dezember leicht nachgab.

Die tariflichen Monatsverdienste inklusive Sonderzahlungen³ sind im dritten Quartal um 3,7% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Zuwachsraten der Verdienste liegen damit deutlich über den aktuellen Steigerungen der Verbraucherpreise.

4. Außenwirtschaft

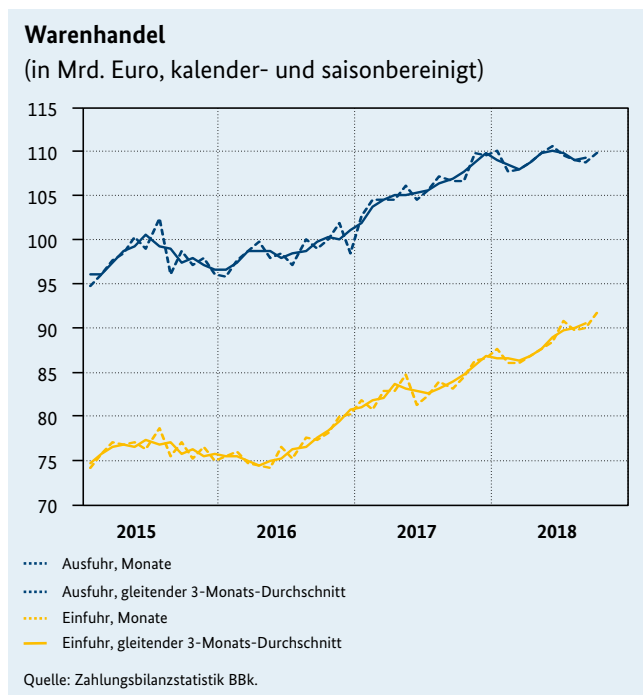
Die Exporte und die Importe erholen sich; der Handelsüberschuss baut sich ab.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft bleiben gemischt.

Im Oktober 2018 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 140,2 Mrd. Euro exportiert. Damit erholten sich die Ausfuhren von ihrem Rückgang in den beiden Vormonaten mit einem saisonbereinigten Plus von 1,1% gegenüber September 2018. Im Dreimonatsvergleich sind die Ausgaben konstant geblieben. Die Ausfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum erhöht, so dass die

Ausfuhren in realer Rechnung ein deutlicheres Minus aufweisen dürften. Kumuliert haben sich die Exporte in den ersten zehn Monaten von 2018 nominal um 3,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht.

Den Ausfuhren standen im Oktober Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 124,6 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat resultiert daraus saisonbereinigt ein deutlicher Anstieg von 1,9%. Im Dreimonatsvergleich kam es in jeweiligen Preisen zu einem Plus von 1,6%. In preisbereinigter Rechnung dürfte der Zuwachs im Zuge gestiegener Einfuhrpreise etwas niedriger ausfallen. Im bisherigen Jahresverlauf erhöhten sich die Einfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nominal um 5,7%.



Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag in den ersten zehn Monaten von 2018 in Ursprungszahlen bei 190,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahreswert ergibt sich damit ein Abbau des Überschusses um 11,4 Mrd. Euro.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine verhaltene Entwicklung hin, wobei sich am aktuellen Rand eine gewisse Aufhellung abzeichnet. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich im November zwar etwas verbessert, spiegeln jedoch weiterhin eine eher niedrige Erwartungshaltung wider. Die Auftrags-eingänge aus dem Ausland starten mit einem Plus von 2,9%

Außenhandel*

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	0,3	-0,1	-0,4	1,1
Einfuhr	1,8	2,9	-0,6	-0,8	1,9
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,1	2,9	2,4	-1,0	8,5
Eurozone	5,6	3,9	1,5	0,8	8,9
EU Nicht-Eurozone	6,0	1,6	1,4	-1,9	6,9
Drittländer	4,2	2,7	3,5	-2,2	9,2
Einfuhr	6,3	8,3	6,8	5,6	11,3
Eurozone	7,2	9,4	6,2	7,5	7,2
EU Nicht-Eurozone	8,7	3,1	2,4	1,0	8,4
Drittländer	3,8	10,1	10,1	6,2	18,9

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

in das vierte Quartal. Auch der reale effektive Wechselkurs des Euro gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands verbesserte sich im November erneut. Angesichts der weiterhin intakten Weltkonjunktur bleiben die Perspektiven für den deutschen Außenhandel bei allen Unsicherheiten grundsätzlich positiv.

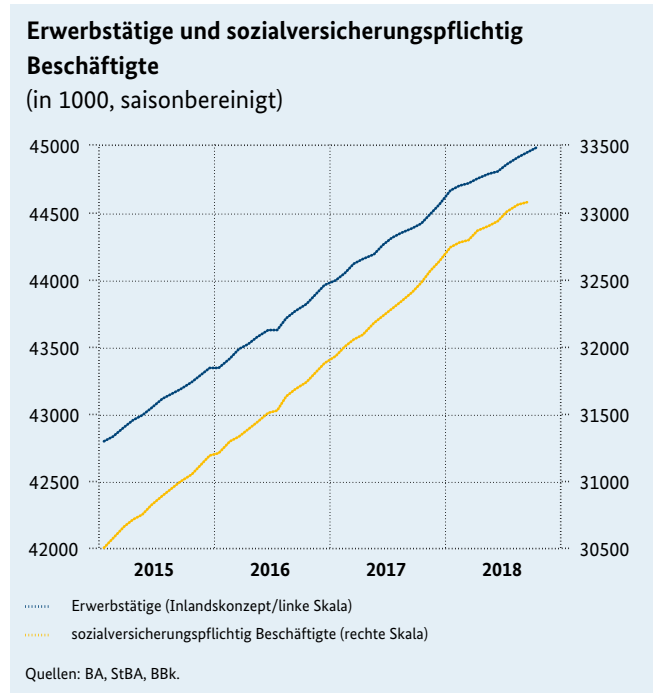
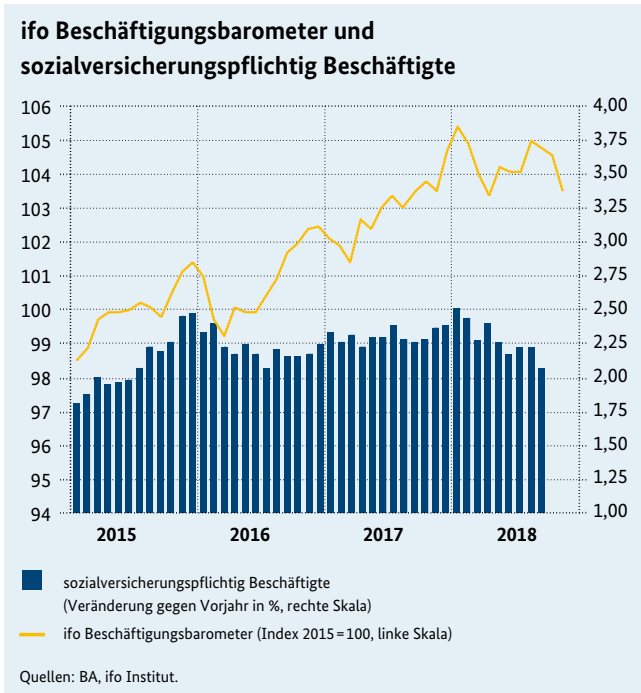
5. Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung nimmt im Herbst weiterhin zu.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gingen im November weiter zurück.

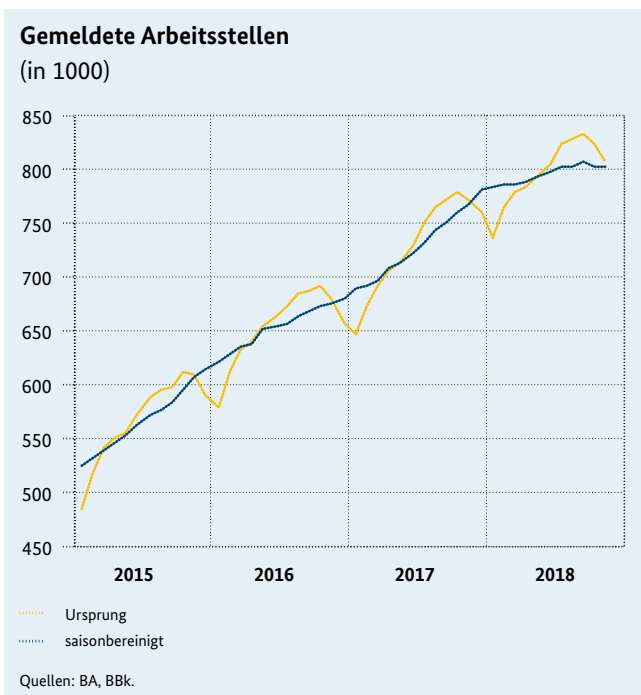
Die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich fort. Die Erwerbstätigkeit erreichte im Oktober erneut einen Höchstwert. Die Zahl der Arbeitslosen sank im November unter 2,2 Mio. Personen und die Arbeitslosenquote lag den zweiten Monat in Folge unter der Fünf-Prozent-Marke. In der saisonbereinigten Betrachtung setzt sich der schrittweise Rückgang von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fort. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt in vielen Sektoren sehr hoch, es gibt aber Anzeichen für eine etwas ruhigere Gangart.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit (BA), des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufs-



forschung (IAB) entwickelten sich am aktuellen Rand leicht unterschiedlich. Sie zeigen aber weiterhin eine kräftige Nachfrage nach Arbeitskräften sowie einen schrittweisen Abbau der Arbeitslosigkeit an.

Der monatliche Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland war im Oktober stabil. Der Anstieg lag bei 37.000 Personen. In Ursprungszahlen wurden 45,2 Mio. Erwerbstätige ausgewiesen.



Die steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bildet grundsätzlich die Basis für die wachsende Erwerbstätigkeit. Saisonbereinigt nahm sie im September mit 19.000 Personen allerdings nur schwach zu. Nach den Ursprungszahlen belief sie sich auf 33,4 Mio. Personen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr hat sich leicht auf 675.000 Personen abgeschwächt. Weiterhin sind in nahezu allen Branchen mehr Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresmonat.

Die von der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitslosigkeit sank im November saisonbereinigt wieder etwas stärker um 16.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen ging die Arbeitslosigkeit auf 2,19 Mio. Personen zurück. Der Vorjahresstand wurde um 182.000 Personen unterschritten⁴. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat im Vorjahresvergleich abgenommen, insbesondere die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst. Die Arbeitslosenquote sank auf 4,8%. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im November auf 764.000 Personen, dies sind fast 100.000

4 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Oktober im Vorjahresvergleich um 154.000 Personen bzw. 8,9%. Auch bei ausländischen Staatsbürgern ging sie weiter zurück (um 28.000 Personen bzw. 4,5%).

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Sep.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,325	2,311	2,256	2,204	2,186
gg. Vorjahr in 1.000	-188	-193	-192	-185	-182
gg. Vorperiode in 1.000*	-40	-35	-23	-12	-16
Arbeitslosenquote	5,1	5,1	5,0	4,9	4,8

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Aug.	Sep.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,8	45,0	45,0	45,2	45,2
gg. Vorjahr in 1.000	581	555	557	561	559
gg. Vorperiode in 1.000*	85	118	45	39	37

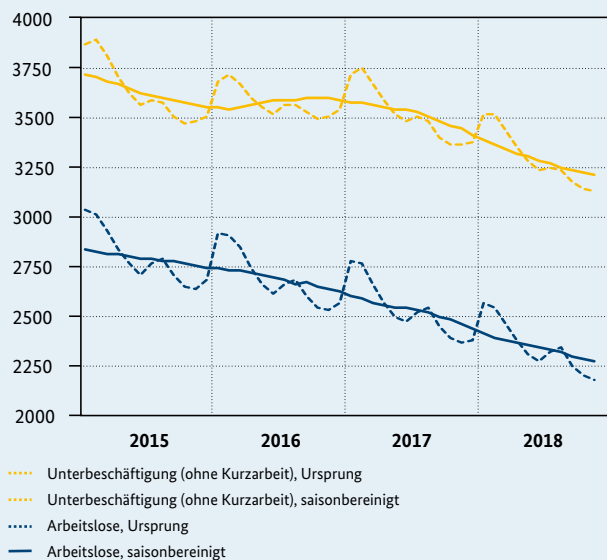
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q1	Q2	Juli	Aug.	Sep.
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,8	33,1	32,8	33,1	33,4
gg. Vorjahr in 1.000	731	704	718	720	675
gg. Vorperiode in 1.000*	131	153	78	48	19

Quellen: BA, StBA, BBk.

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



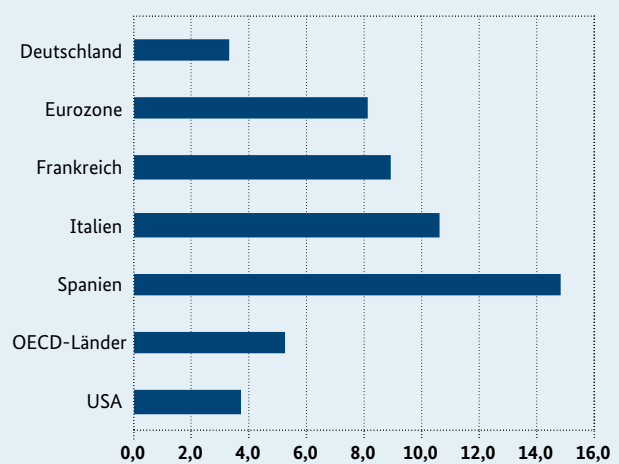
Quellen: BA, IAB, BBk.

Personen weniger als vor einem Jahr. Strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt bestehen aber fort.

Die Erwerbslosenquote (saisonbereinigt, ILO-Konzept) lag im Oktober bei 3,3%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: September 2018)



Quelle: Eurostat.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umfasst oder die kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich im November saisonbereinigt um 18.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen sank sie leicht auf 3,14 Mio. Personen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang der Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit um 224.000 Personen kräftiger als der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt zu einem Großteil aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials durch Zuwanderung⁵ sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen.

5 Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Menschen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern geführt (im September gegenüber dem Vorjahr um 297.000 Personen). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm bei den Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern im gleichen Zeitraum um 49 Prozent auf etwa 290.000 Personen zu. Die Arbeitslosigkeit blieb – unterstützt durch den umfangreichen Einsatz von Integrationskursen und Fördermaßnahmen – nahezu unverändert. Auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer insgesamt ist kontinuierlich rückläufig (im November Rückgang um 28.000 Personen gegenüber Vorjahr).

6. Preise

Der Rohölpreis geht zum Jahresende 2018 wieder deutlich zurück.

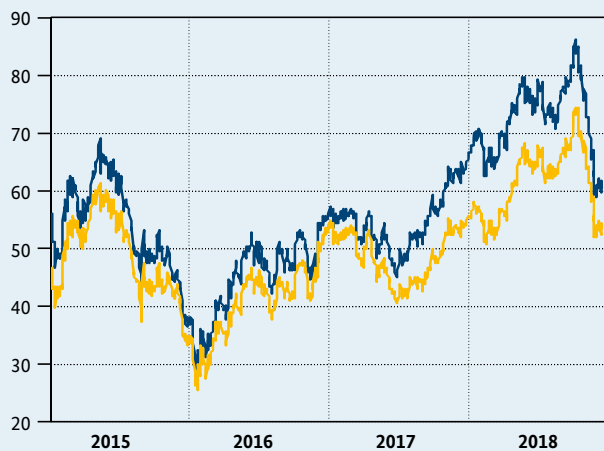
Im Verlauf des Jahres 2018 haben die stark gestiegenen Rohölpreise den Preisauftrieb in Deutschland befeuert. Vom Jahreshöchststand von Anfang Oktober ging der Rohölpreis zum Jahresende 2018 aber wieder deutlich zurück. Ursächlich für den Preisverfall im vierten Quartal war trotz der jüngst in Kraft getretenen US-Sanktionen gegen den Iran eine weltweit gute Ölversorgung. Dazu trugen nicht nur der anhaltende US-Fracking-Boom, sondern auch die zeitgleichen Produktionssteigerungen in Saudi-Arabien und Russland bei. Mitte Dezember notierte der Rohölpreis der europäischen Leitsorte Brent bei 60 Dollar je Barrel. Er lag damit fast 41 % unter seinem Jahreshöchststand von Anfang Oktober.

Die Inflationsrate schwächte sich im November ebenfalls wieder ab und lag zuletzt bei 2,3%. Für das Gesamtjahr 2018 erwartet die Bundesbank in ihrer jüngsten Dezember-Prognose einen durchschnittlichen Harmonisierten Verbraucherpreisanstieg von 1,9% im Jahr 2018.

Die Einfuhrpreise stiegen im Oktober gegenüber September um 1,0%. Die Impulse kamen von den bis dahin gestiegenen Energiepreisen. Im Vergleich zum Vorjahr war die Preisentwicklung für Importwaren mit +4,8% wieder etwas stärker und lag auf dem höchsten Stand seit dem Frühjahr 2017. Der Anstieg war vor allem durch die anhaltend kräftige Entwicklung der Einfuhrpreise für Energie beeinflusst. Vorleistungsgüter verteuerten sich ebenfalls spürbar, wenn auch weniger stark als im Vormonat. Investitionsgüter und Konsumgüter waren auf Jahressicht in der Einfuhr weitgehend preisstabil. Bleiben die schwankungsanfälligen Energiepreise außen vor, lagen die Preise für Importgüter lediglich 1,1% über Vorjahresniveau.

Die Preise für deutsche Exportwaren stiegen im Oktober gegenüber dem Vormonat nur leicht um 0,2%. Abgesehen von der Preisentwicklung bei Energieprodukten (+2,4%) zeigte sich wenig Bewegung. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit einer Rate von +2,0% zu. Wie auch bei den Importwaren hatten die Entwicklungen im Energiebereich und bei den Vorleistungsgütern den größten Einfluss auf die Preissteigerung. Investitionsgüter überstiegen das Vorjahresniveau nur geringfügig, Konsumgüter waren sogar billiger als vor einem Jahr. Die Terms of Trade verschlechterten sich im Oktober gegenüber dem Niveau des Vormonats um 0,8% und gegenüber dem des Vorjahres um 2,9%.

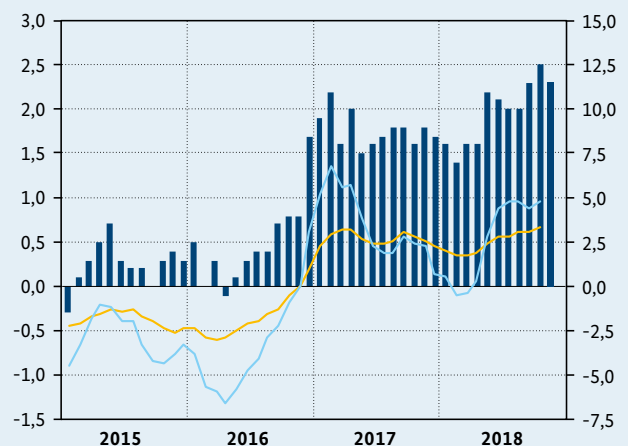
Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



— in US-Dollar
— in Euro

Quelle: Macrobond.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



■ Verbraucherpreise (linke Skala)
— Einfuhrpreise (rechte Skala)
— Erzeugerpreise (rechte Skala)

Quelle: StBA.

Im Inlandsabsatz nahmen die Erzeugerpreise im Oktober im Vergleich zum September um 0,3% zu, da die Energiepreise zum damaligen Zeitpunkt noch stiegen. Im Vorjahresvergleich beschleunigte sich der Preisanstieg auf der Produzentenstufe leicht auf +3,3%. Auch auf dieser Preisebene kamen die Impulse hauptsächlich von den gestiegenen Energiepreisen. Vorleistungsgüter verteuerten sich um 2,3%. Moderat blieb der Preisanstieg bei Investitions- (+1,4%) und Konsumgütern (+0,4%).

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Insgesamt	0,2	0,1	2,5	2,3
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,1	0,0	1,7	1,5
Nahrungsmittel	-0,2	-0,2	1,9	1,4
Bekleidung und Schuhe	1,2	-0,4	1,0	1,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-0,7	-0,5	2,6	0,6
Energie	1,0	1,8	8,9	9,3
Haushaltsenergie	1,1	1,2	6,0	6,5
Strom	0,1	0,1	1,0	1,0
Gas	0,2	0,0	-1,4	-1,4
Heizöl	5,4	5,9	39,9	40,7
Kraftstoffe	0,7	2,8	14,8	15,0
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Im November stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat um 0,1%. Während sich die Energiepreise erhöhten, wurden Nahrungsmittel etwas günstiger. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – schwächte sich auf +2,3% etwas ab. Sie hatte zuvor den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Die Preise für Energie (+9,3%) stiegen noch stärker als im Vormonat. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln (+1,4%) flachte hingegen weiter ab. Die Kerninflation, die die volatilen Nahrungsmittel- und Energiepreise nicht einschließt, sank im November um 0,2 Prozentpunkte auf +1,5%. Sie lag damit deutlich unter der Gesamtrate, aber über dem Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre (+1,2%).

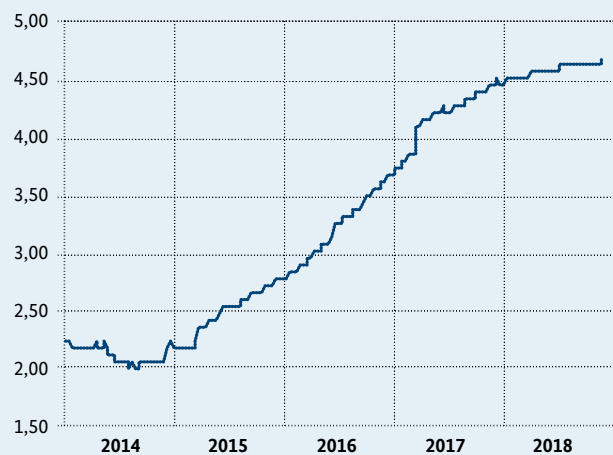
7. Monetäre Entwicklung

Die amerikanische Zentralbank scheint erneute Leitzins-Anhebung vorzusehen.

Die Renditen deutscher Staatsanleihen fallen.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Seit Oktober hat die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe weiter auf 15 Mrd. Euro reduziert. Mit Beginn des neuen Jahres wird die EZB das Anleihevolumen voraussichtlich nicht weiter ausweiten. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit knapp 4,7 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)



Quellen: EZB, Macrobond.

Die nach wie vor hohe Überschussliquidität von derzeit 1.879 Mrd. Euro führt dazu, dass die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahe dem Einlagesatz liegen: Der besicherte Interbankenzins beträgt derzeit -0,4%, der unbesicherte -0,3%.

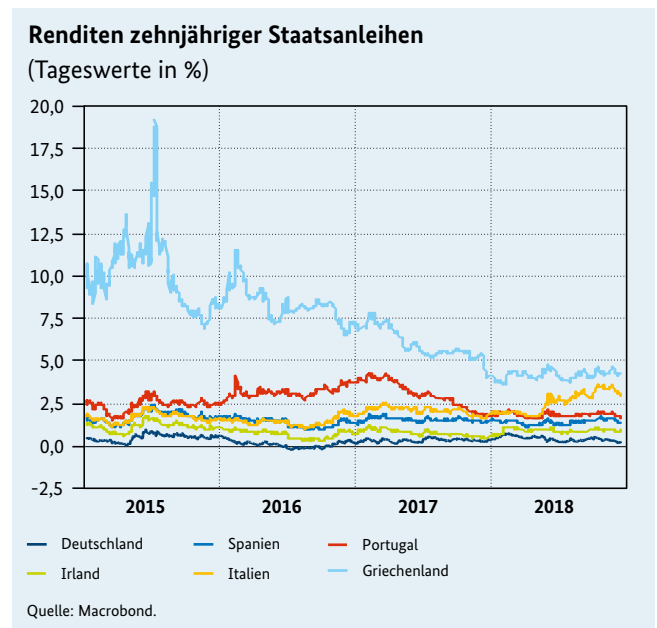
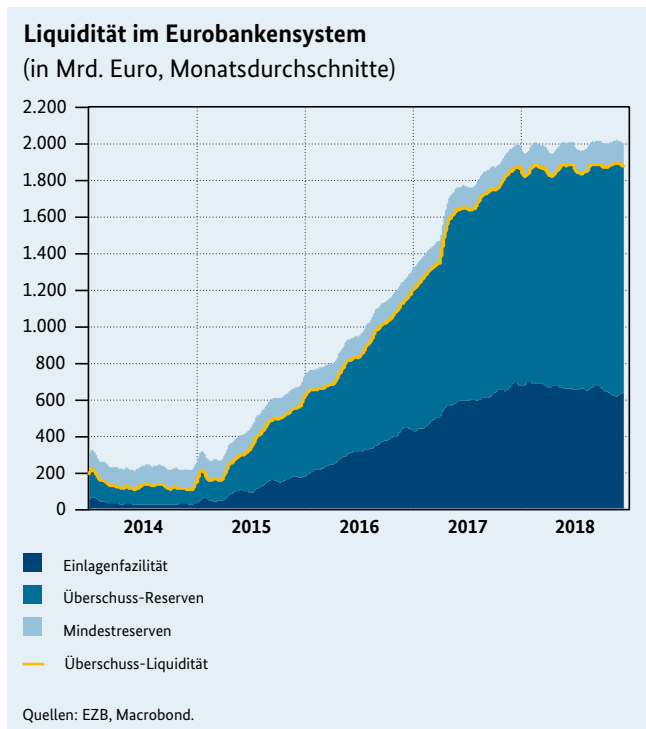
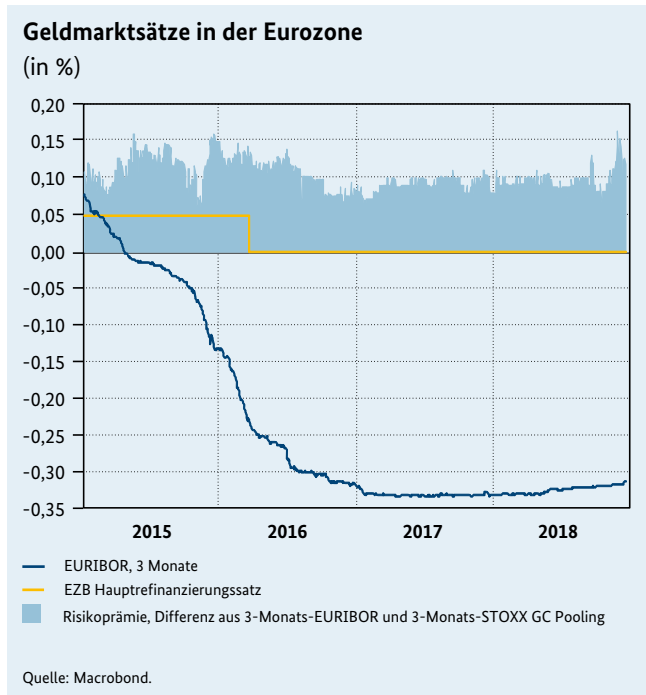
Laut EZB lagen die letzten Daten für die Eurozone etwas unter den Erwartungen, bestätigen aber den Eindruck einer

laufenden Erholung der Wirtschaft in der Eurozone. Auch der Inflationsdruck nehme allmählich zu. Im November ist die Inflationsrate in der Eurozone zwar um 0,2 Prozentpunkte gesunken, lag damit jedoch immer noch bei +2,2%.

Die US-amerikanische Notenbank (Fed) behält ihren straffen geldpolitischen Kurs bei. Derzeit zeichnet sich ab, dass die Fed den Leitzins nach den Anhebungen im letzten Jahr auch im Jahr 2019 erneut erhöhen könnte.

Nach einer Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar Ende August gab der Kurs seit September wieder spürbar nach und notiert aktuell bei 1,13 Dollar. Gegenüber dem japanischen Yen zeigte sich in den letzten Monaten ein ähnliches Bild. Für einen Euro sind derzeit ca. 128 Yen fällig. Gegenüber dem britischen Pfund wertete der Euro im Vormonatsvergleich leicht auf. Momentan kostet ein Euro rund 0,90 Pfund. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den 56 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands verbesserte sich im November ebenfalls etwas.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit folgt seit Anfang November einem negativen Trend und liegt momentan bei 0,3%. Allgemein rangieren auch die Renditen auf Staatsanleihen der übrigen Euroländer auf niedrigem Niveau. Nach den Renditen auf griechische Staatsanleihen (4,2%) sind aktuell die Renditen auf die italienischen mit 2,9% am höchsten. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren in der Eurozone weiterhin auf sehr niedrigem Niveau; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen derzeit bei etwa 1,2%.



Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht weiter etwas an. Im Oktober 2018 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 5,8% über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Oktober-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kredit-

geschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Auf der Angebotsseite ist zu sehen, dass Vergabestandards weiter gelockert werden.

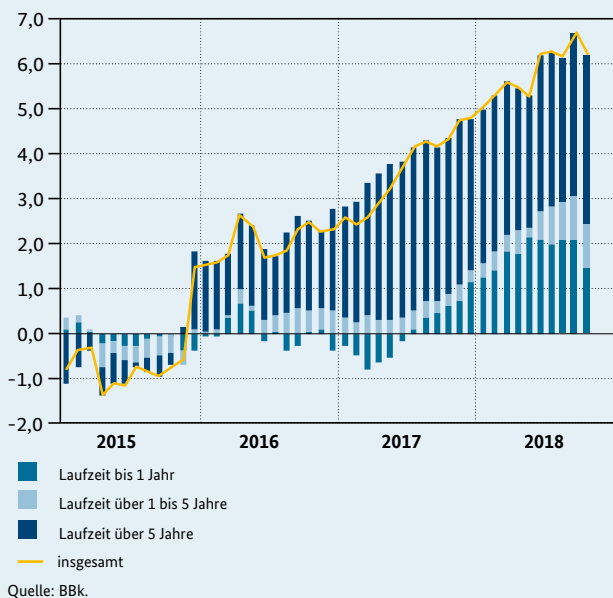
Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Oktober um 3,5% über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,8%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Die Kreditvergabe im Euroraum hat sich in den zurückliegenden Monaten ebenfalls leicht beschleunigt. Im Oktober stieg das Kreditvolumen für private Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 3,2%. Das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften wuchs um 3,9%.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums hat im Oktober nach kurzem Abfall im September wieder zugenommen. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum müssen aktuell durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Oktober 2018 um 3,9% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 6,8% gestiegen ist.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2016			2017				2018			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	- 0,2
Inländische Verwendung	+ 1,3	- 0,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,5	- 1,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,8
Ausrüstungen	+ 0,0	- 1,8	+ 1,0	- 0,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 0,8
Bauten	+ 2,5	- 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,9
Sonstige Anlagen	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	- 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Exporte	+ 1,0	+ 1,3	- 0,4	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	- 0,3	+ 0,8	- 0,9
Importe	+ 2,1	- 0,4	+ 0,4	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,4	- 0,3	+ 1,5	+ 1,3
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 1,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Ausrüstungen	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1
Bauten	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Sonstige Anlagen	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,7
Außenbeitrag	- 0,3	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,2	0,0	- 0,2	- 1,0

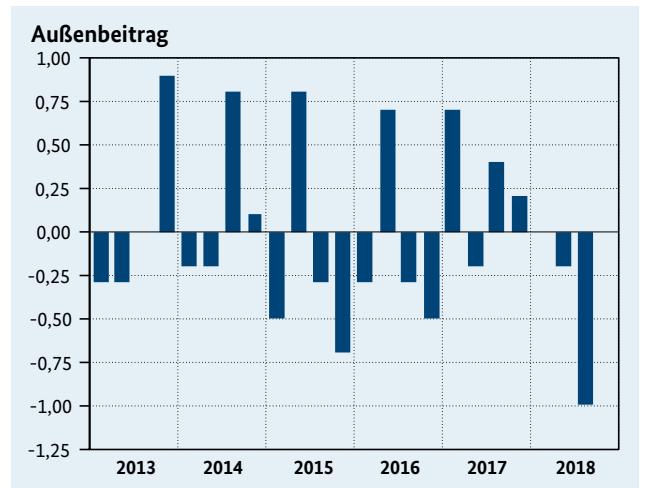
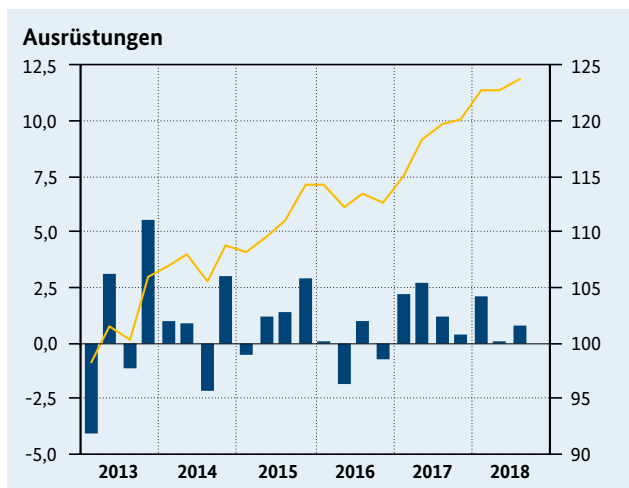
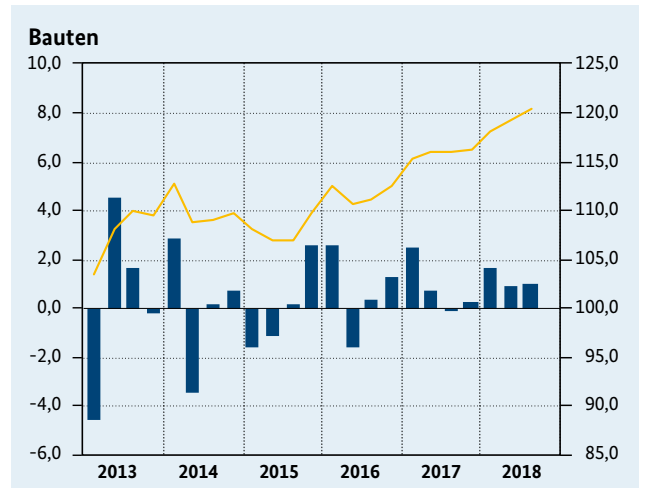
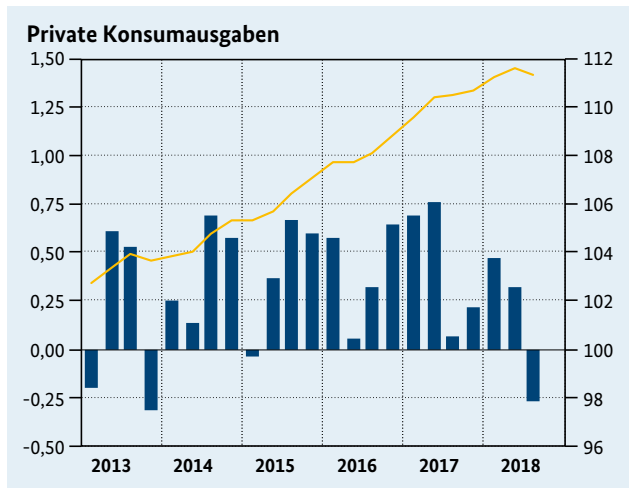
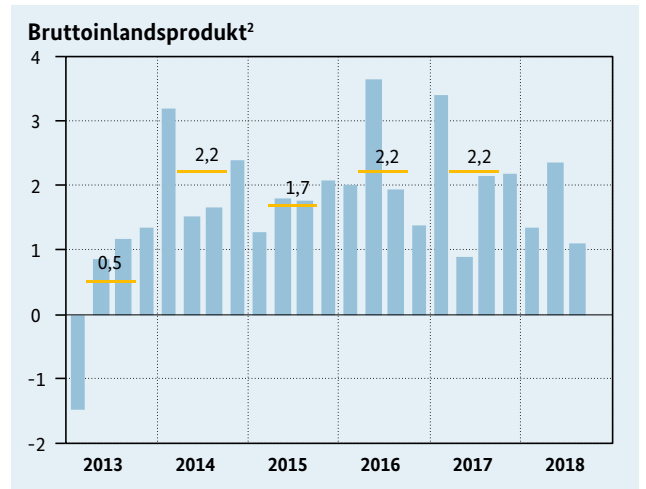
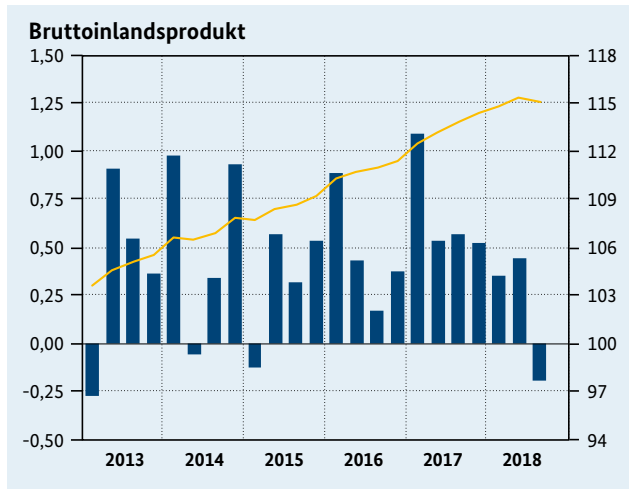
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2017		2018		
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,1
Inländische Verwendung	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,2
Private Konsumausgaben ²	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5
Konsumausgaben des Staates	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,9	+ 4,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,3	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,0
Ausrüstungen	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 4,1	+ 2,2	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,5	+ 5,0	+ 3,7
Bauten	+ 0,5	- 1,1	+ 2,2	- 1,4	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,3
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 0,5	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Exporte	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,7	+ 5,3	+ 2,3	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,7	+ 2,1	+ 4,3	+ 1,1
Importe	- 0,1	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,6	+ 4,1	+ 4,8	+ 5,5	+ 3,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2016				2017				2018		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	- 0,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 4,2	- 0,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0	- 0,4	+ 0,2	- 0,6
Baugewerbe	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 0,6	+ 2,5	+ 1,4	- 0,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,4	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,2	- 0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 1,1	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3
Unternehmensdienstleister	- 1,2	+ 2,5	- 1,0	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,8	- 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2017						2018				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,3
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,1	- 0,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4
Arbeitsproduktivität ⁵	- 0,7	- 0,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	- 0,1	+ 1,0	- 0,2
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,2
Lohnstückkosten ⁷	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 3,4
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9
Terms of Trade	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,7	- 1,0	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 1,4

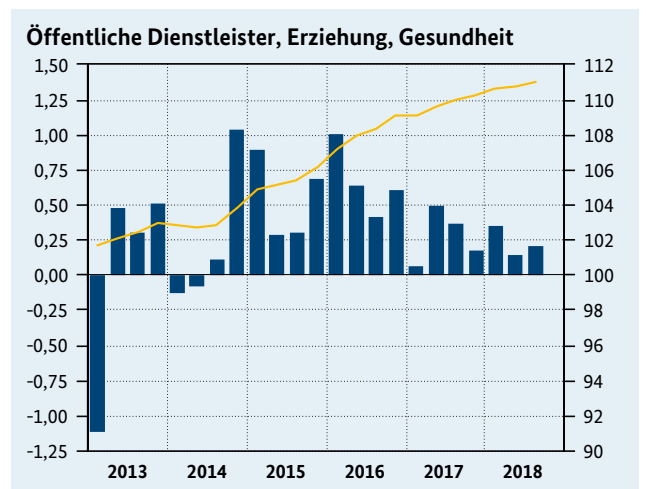
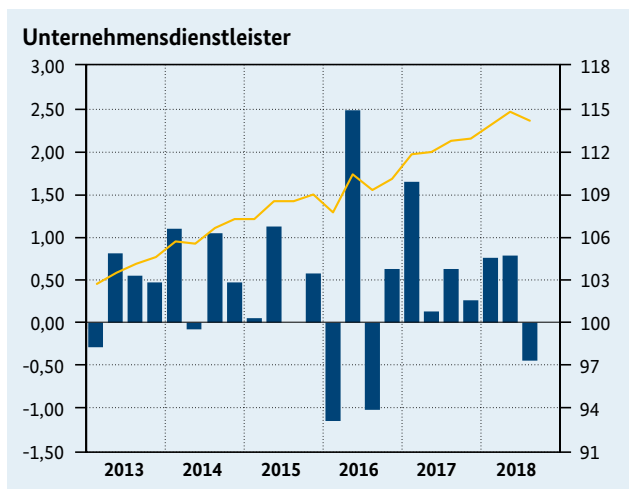
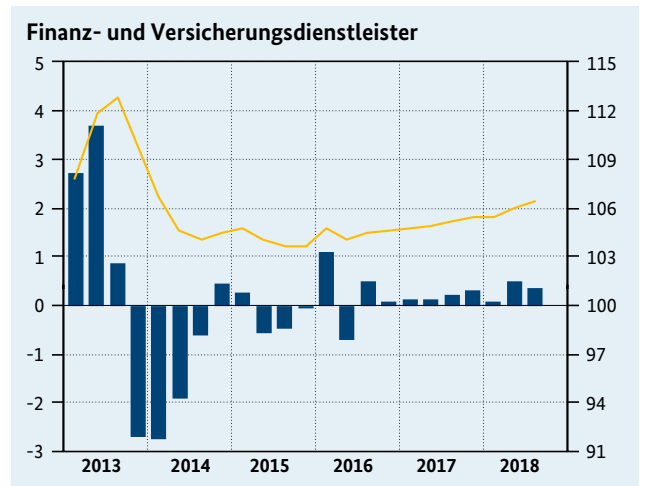
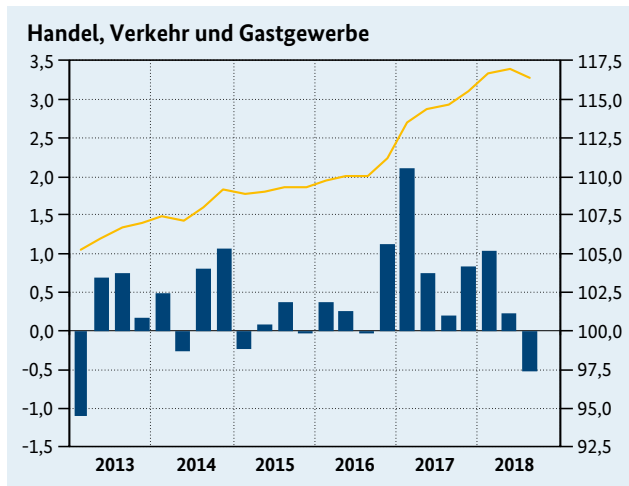
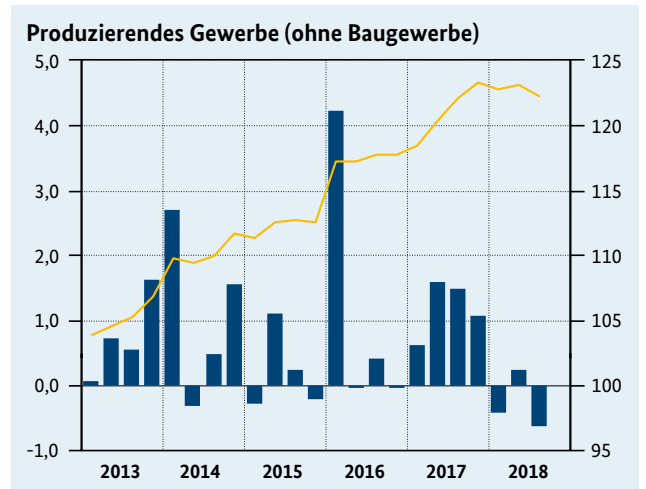
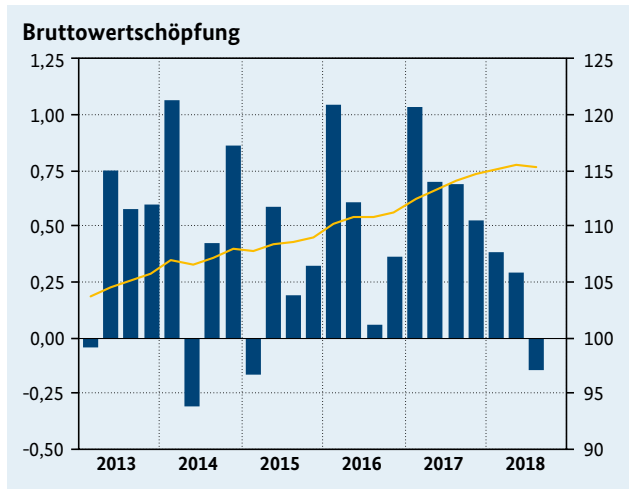
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2018	2019
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2018	+ 1,5	+ 1,6
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2018	+ 1,5	+ 1,1
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2018	+ 1,5	+ 1,8
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2018	+ 1,5	+ 1,4
EU	Europäische Kommission	11/2018	+ 1,7	+ 1,8
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2018	+ 1,8	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2018	(+ 1,9) ^a	(+ 1,9) ^a
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2018	+ 1,7	+ 1,9
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	09/2018	(+ 1,9) ^a	(+ 1,9) ^a
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2018	+ 1,8	+ 1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland



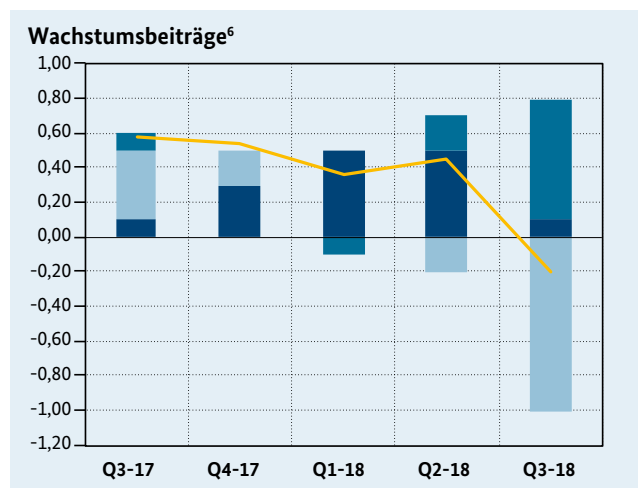
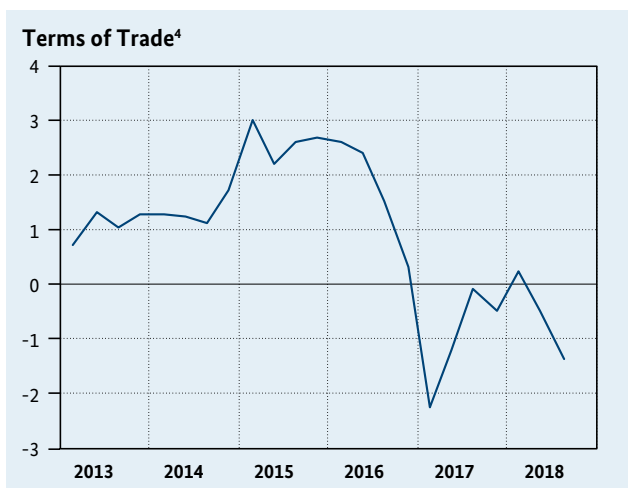
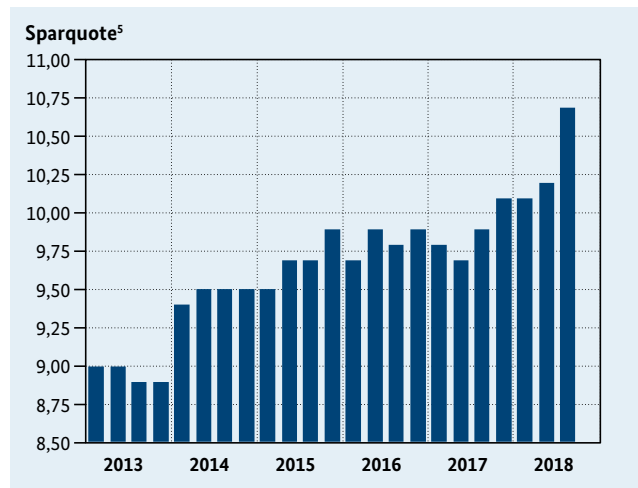
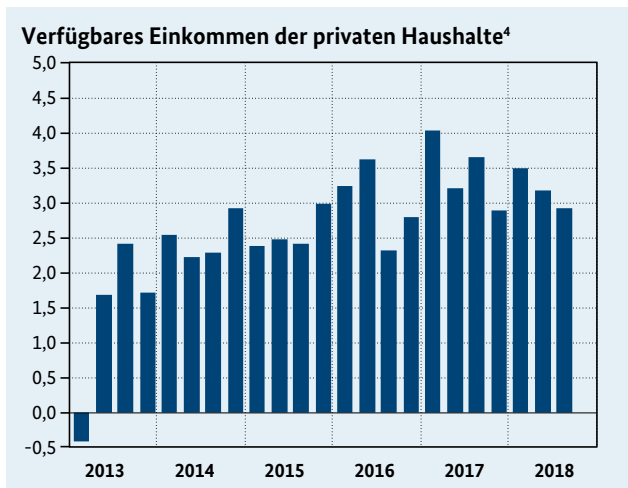
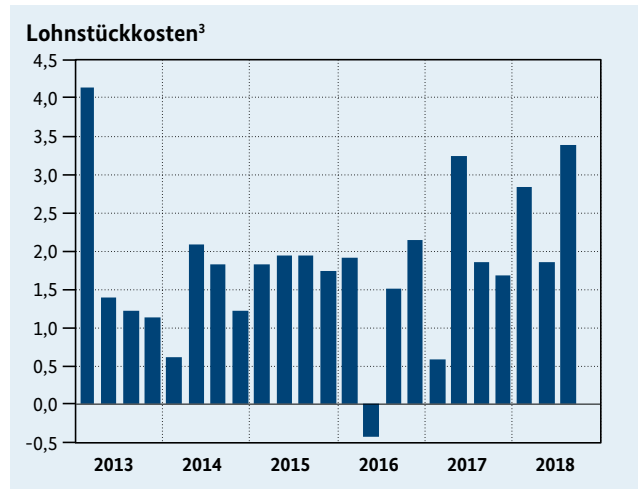
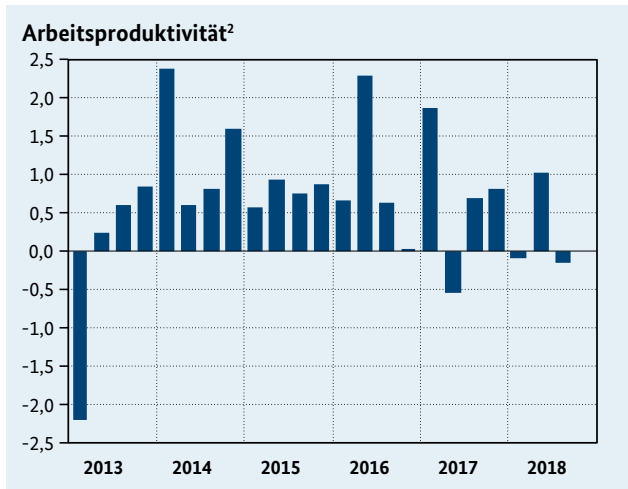
— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2015	2016	2017				2018					
	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	- 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Japan	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,9	- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,3	+ 0,7	- 0,6
USA	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9
China	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6

	in % des BIP⁴															
	2014	2015	2016	2017	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 7,5	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,0	+ 9,0	+ 8,7	+ 9,0	+ 8,2	+ 8,0	+ 8,1	+ 7,3	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,1	+ 6,7
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,1
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,6
Japan	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,8
USA	- 2,0	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,2	- 2,4	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,2	- 2,5	- 2,1	- 2,3	- 2,4	- 2,0	-
China	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1

					2017		2018										
	2015	2016	2017	2017	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Arbeitslosenquoten⁵	in %																
Deutschland	4,6	4,2	3,7	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,3	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,9	10,0	9,1	8,7	8,6	8,6	8,5	8,5	8,4	8,2	8,2	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,4	8,5	7,6	7,3	7,2	7,2	7,1	7,0	7,0	6,9	6,9	6,8	6,8	6,7	6,7	6,7	-
Japan	3,4	3,1	2,8	2,7	2,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,2	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4	-
USA	5,3	4,9	4,4	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	3,9	3,8	4,0	3,9	3,9	3,7	3,7	3,7	3,7
China	4,1	4,0	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	-	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0
Japan	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,4	-
USA	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2
China	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

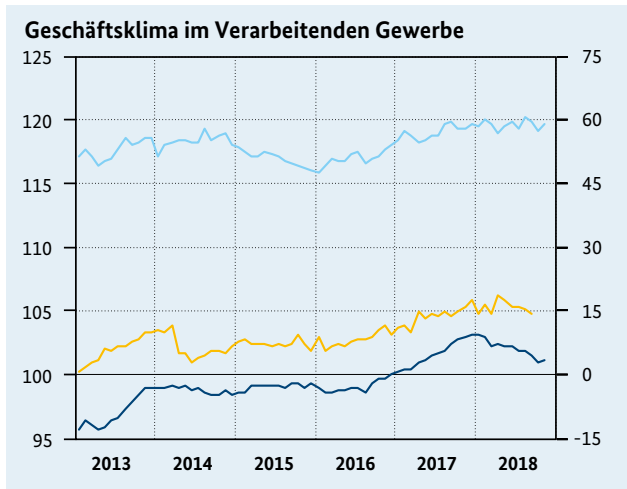
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2018				2018					
	2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,7	100,2	-	100,1	99,9	99,6	-	99,7	99,6	99,6	99,5	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	117,2	121,3	-	124,1	124,7	125,3	-	124,9	125,5	125,4	-	-	-
CPB Welthandel ²	115,4	120,8	-	124,0	124,0	125,7	-	126,0	126,3	124,9	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2225	2305	-	2586	2736	2724	-	2722	2751	2859	2692	2389	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 2,6	5,0	-	8,5	7,0	5,4	-	5,8	5,6	4,7	3,0	3,4	-
Industrieproduktion ⁴	101,6	104,6	-	106,0	106,2	106,3	-	105,6	106,9	106,3	106,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,9	1,1	-	1,1	1,1	1,1	-	1,0	1,2	1,2	1,3	1,3	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 7,8	- 2,5	-	0,5	- 0,0	- 1,8	-	- 0,5	- 1,9	- 2,9	- 2,7	- 3,9	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,4	57,4	-	59,7	58,7	59,7	-	58,1	61,3	59,8	57,7	59,3	-
Industrieproduktion ⁷	102,1	103,7	-	105,9	107,3	108,5	-	107,9	108,8	108,9	108,7	109,4	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	-	2,8	2,9	2,9	-	2,9	2,9	3,0	3,2	3,1	-
Konsumentenvertrauen ⁸	99,8	120,5	-	127,1	127,2	132,6	-	127,9	134,7	135,3	137,9	135,7	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,9	104,7	-	105,1	105,9	105,1	-	105,4	105,2	104,8	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	100,2	103,0	-	103,3	104,5	103,0	-	102,9	103,3	102,9	105,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	- 0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,7	43,8	-	44,4	43,7	43,4	-	43,5	43,3	43,4	43,0	42,9	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,3	51,6	-	51,0	51,6	51,1	-	51,2	51,3	50,8	50,2	50,0	-
Industrieproduktion ¹³	+ 6,1	+ 6,5	-	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,0	-	+ 6,0	+ 6,1	+ 5,8	+ 5,9	+ 5,4	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,9	3,6	-	3,9	3,6	3,6	-	3,5	3,6	3,6	3,5	3,4	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	104,4	115,6	-	122,9	121,3	118,9	-	119,7	118,6	118,5	119,1	-	-

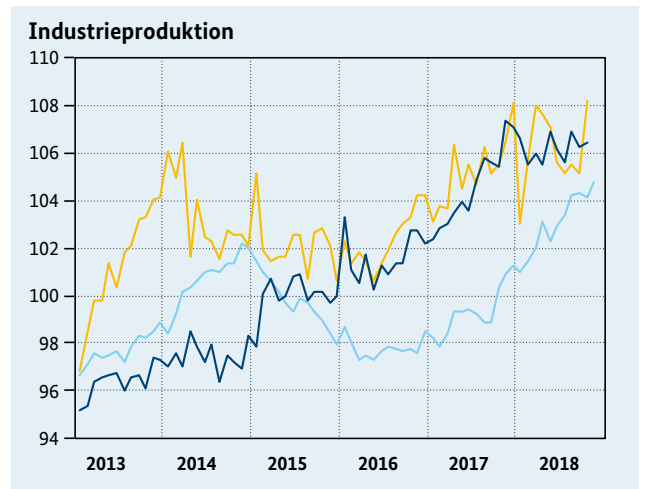
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

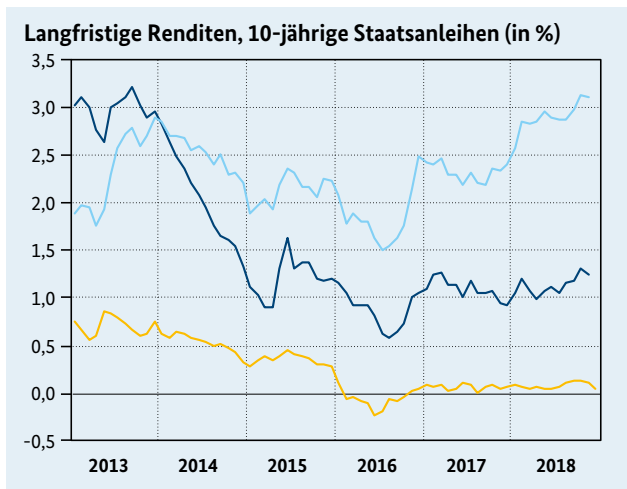
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



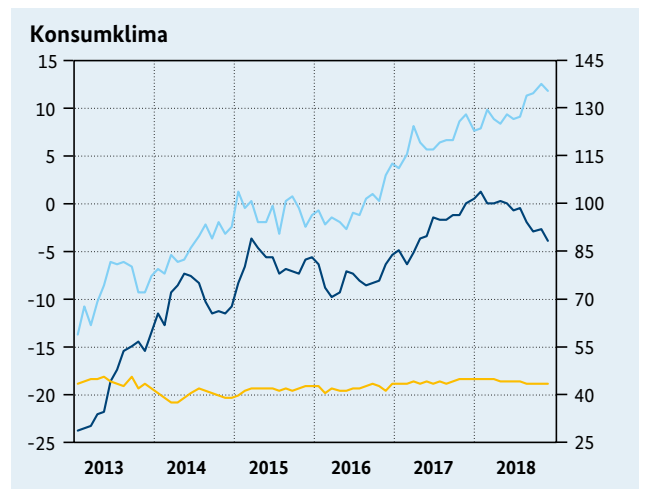
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

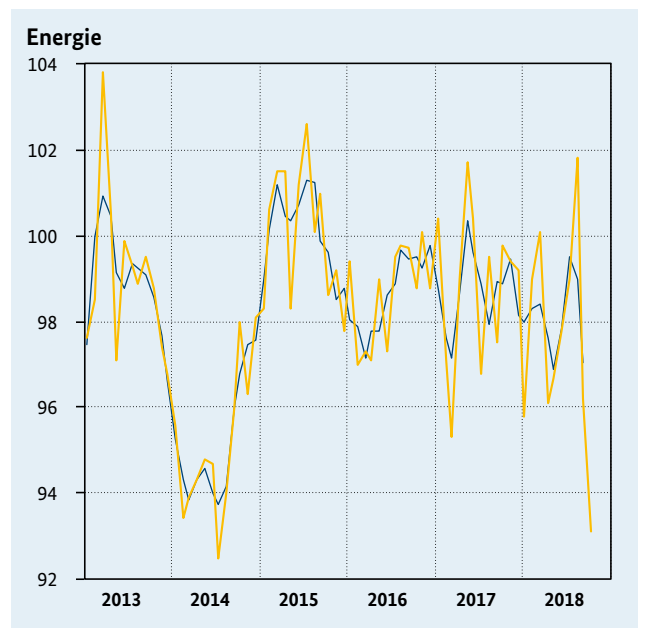
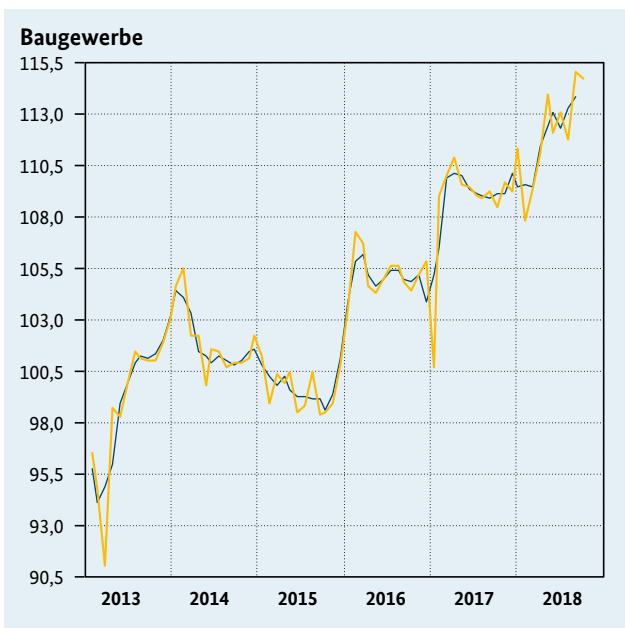
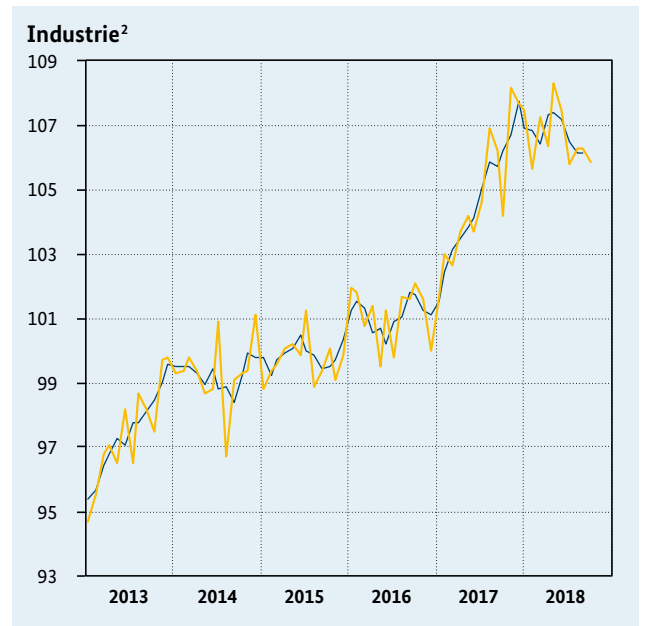
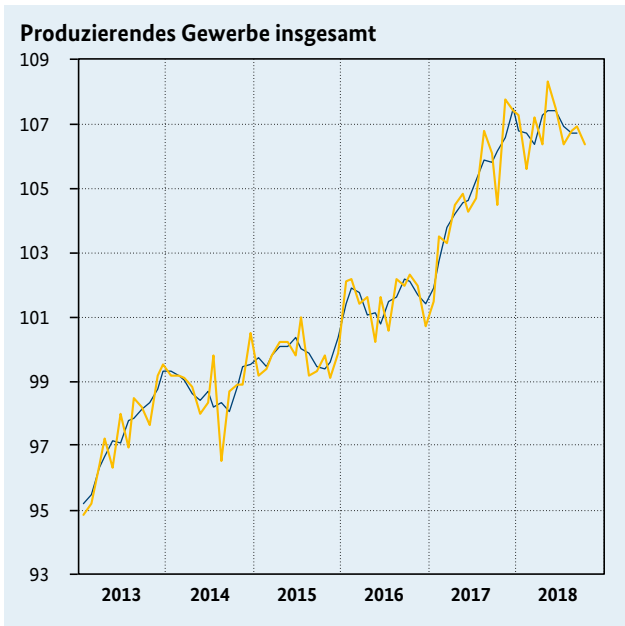
		2017			2018			2018							
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	99,7	101,6	104,9	106,6	106,7	107,4	106,7	108,3	107,5	106,4	106,8	106,9	106,4
	gg. Vp. in %	0,9	1,9	3,2	0,7	0,1	0,7	-0,7	1,8	-0,7	-1,0	0,4	0,1	-0,5	
	gg. Vj. in %	0,9	1,8	3,3	4,7	3,8	3,0	0,8	3,6	3,3	1,6	0,2	0,7	1,6	
Industrie²		Index	99,7	101,1	104,7	106,7	106,8	107,4	106,1	108,3	107,5	105,8	106,3	106,3	105,9
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	3,6	0,8	0,1	0,6	-1,2	1,8	-0,7	-1,6	0,5	0,0	-0,4	
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	3,6	5,4	4,3	3,5	0,3	4,1	3,7	1,1	-0,4	0,1	1,6	
Vorleistungsgüter		Index	99,8	100,8	104,9	107,4	106,4	106,3	105,4	107,3	106,4	105,4	105,7	105,2	105,4
	gg. Vp. in %	-0,1	1,0	4,1	1,3	-0,9	-0,1	-0,8	1,9	-0,8	-0,9	0,3	-0,5	0,2	
	gg. Vj. in %	-0,1	1,0	4,1	6,3	3,8	2,5	-0,6	3,7	2,8	0,0	-0,6	-1,2	-0,5	
Investitionsgüter		Index	99,7	101,3	105,0	106,9	107,1	107,7	105,3	108,0	107,7	105,0	105,3	105,7	106,0
	gg. Vp. in %	0,9	1,6	3,7	0,6	0,2	0,6	-2,2	0,7	-0,3	-2,5	0,3	0,4	0,3	
	gg. Vj. in %	0,9	1,6	3,7	5,4	4,3	3,5	-0,9	3,0	3,6	0,7	-2,8	-0,8	2,7	
Konsumgüter		Index	99,8	101,3	103,7	104,9	107,0	109,0	110,0	111,3	109,6	109,1	110,6	110,4	106,9
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	2,4	0,4	2,0	1,9	0,9	4,9	-1,5	-0,5	1,4	-0,2	-3,2	
	gg. Vj. in %	0,2	1,4	2,5	3,3	4,8	5,7	5,4	7,4	6,5	4,5	6,4	5,4	2,9	
Baugewerbe		Index	99,6	105,3	108,7	109,2	109,6	112,4	113,3	114,0	112,1	113,1	111,8	115,1	114,8
	gg. Vp. in %	-2,4	5,7	3,2	0,1	0,4	2,6	0,8	2,6	-1,7	0,9	-1,1	3,0	-0,3	
	gg. Vj. in %	-2,3	5,7	3,2	3,3	3,5	2,3	3,6	4,2	2,2	3,5	2,4	4,9	5,0	
Bauhauptgewerbe ³		Index	99,7	103,1	109,4	109,1	110,5	116,9	116,8	119,7	115,7	116,6	114,6	119,3	117,0
	gg. Vp. in %	-0,7	3,4	6,1	-1,3	1,3	5,8	-0,1	3,7	-3,3	0,8	-1,7	4,1	-1,9	
	gg. Vj. in %	-0,7	3,4	6,1	5,0	4,7	4,7	5,2	7,5	4,3	5,1	3,2	7,2	6,4	
Ausbaugewerbe		Index	99,6	106,9	108,2	109,2	108,9	109,0	110,7	109,7	109,4	110,5	109,6	112,0	113,1
	gg. Vp. in %	-4,0	7,3	1,2	1,1	-0,3	0,1	1,6	1,8	-0,3	1,0	-0,8	2,2	1,0	
	gg. Vj. in %	-4,0	7,3	1,2	2,3	2,7	0,2	2,3	1,4	0,5	2,2	1,9	2,9	4,1	
Energie⁴		Index	100,1	98,7	98,8	99,5	98,3	96,9	99,0	96,7	97,8	99,0	101,8	96,2	93,1
	gg. Vp. in %	5,3	-1,4	0,1	1,6	-1,2	-1,4	2,2	0,6	1,1	1,2	2,8	-5,5	-3,2	
	gg. Vj. in %	5,1	-1,4	0,1	0,3	0,7	-3,5	1,1	-4,8	-2,6	2,4	2,5	-1,7	-6,7	
Umsätze in der Industrie¹															
Industrie insgesamt		Index	99,7	100,5	104,7	106,9	106,3	106,1	104,6	106,5	105,8	104,6	105,1	104,0	105,0
	gg. Vp. in %	1,4	0,8	4,2	0,8	-0,6	-0,2	-1,4	0,5	-0,7	-1,1	0,5	-1,0	1,0	
	gg. Vj. in %	1,4	0,7	4,4	6,2	4,0	2,1	-1,3	2,6	1,4	-0,1	-1,4	-2,3	0,2	
Inland		Index	99,7	99,7	102,6	103,9	104,2	103,5	101,6	103,7	103,5	102,3	102,1	100,5	102,8
	gg. Vp. in %	0,5	0,0	2,9	0,4	0,3	-0,7	-1,8	0,5	-0,2	-1,2	-0,2	-1,6	2,3	
	gg. Vj. in %	0,5	0,0	2,9	4,2	3,6	1,1	-1,7	1,3	0,8	0,4	-2,2	-3,4	0,6	
darunter:		Index	99,6	100,1	102,9	103,1	105,6	104,1	100,2	103,0	104,5	102,1	100,9	97,5	103,0
	Investitionsgüter	gg. Vp. in %	2,4	0,5	2,8	-1,2	2,4	-1,4	-3,7	-1,6	1,5	-2,3	-1,2	-3,4	5,6
	gg. Vj. in %	2,4	0,5	2,8	3,2	4,4	1,1	-4,1	0,2	0,6	0,6	-5,5	-7,0	3,1	
Ausland		Index	99,7	101,1	106,8	109,9	108,4	108,7	107,4	109,3	108,0	106,9	108,0	107,4	107,2
	gg. Vp. in %	2,5	1,4	5,6	1,4	-1,4	0,3	-1,2	0,6	-1,2	-1,0	1,0	-0,6	-0,2	
	gg. Vj. in %	2,5	1,4	5,7	8,1	4,5	3,0	-0,8	3,8	1,8	-0,5	-0,6	-1,3	-0,2	
darunter: Eurozone		Index	99,7	103,4	109,7	112,4	112,3	111,4	110,2	113,3	110,1	111,5	109,5	109,7	110,0
	gg. Vp. in %	4,3	3,7	6,1	1,2	-0,1	-0,8	-1,1	2,2	-2,8	1,3	-1,8	0,2	0,3	
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	6,1	8,0	5,2	2,6	-0,7	4,7	0,4	1,8	-2,0	-1,8	-0,5	
			2015	2016	2017			2018							
			4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		in %	84,1	84,5	84,2	84,5	85,3	85,4	86,2	86,9	87,7	88,0	87,7	87,6	87,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2018				2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	99,8	101,3	107,5	111,9	109,1	107,5	106,4	109,6	105,7	104,8	107,2	107,3	107,6
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	6,1	3,4	-2,5	-1,5	-1,0	2,2	-3,6	-0,9	2,3	0,1	0,3
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	6,1	8,2	4,7	1,5	-1,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,8	-2,6	-2,7
Inland	Index	99,7	100,3	105,4	107,5	104,7	103,1	103,9	104,9	102,7	104,3	102,2	105,1	101,7
	gg. Vp. in %	1,6	0,6	5,1	1,6	-2,6	-1,5	0,8	3,1	-2,1	1,6	-2,0	2,8	-3,2
	gg. Vj. in %	1,8	0,5	5,1	4,1	1,3	-2,1	-1,8	3,3	-3,0	0,6	-4,7	-1,5	-5,1
Ausland	Index	99,9	102,0	109,1	115,3	112,3	110,8	108,3	113,2	108,0	105,1	111,0	108,9	112,1
	gg. Vp. in %	0,5	2,1	7,0	4,7	-2,6	-1,3	-2,3	1,7	-4,6	-2,7	5,6	-1,9	2,9
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	7,1	11,2	7,3	4,1	-1,6	5,5	0,8	-1,8	0,5	-3,3	-1,1
Eurozone	Index	100,0	104,6	111,8	117,9	117,1	111,2	109,0	114,3	110,8	108,6	108,5	109,8	117,8
	gg. Vp. in %	4,1	4,6	6,9	5,4	-0,7	-5,0	-2,0	5,2	-3,1	-2,0	-0,1	1,2	7,3
	gg. Vj. in %	3,9	4,8	7,1	10,2	9,0	1,0	-2,5	2,8	0,6	-0,7	-2,4	-4,4	3,5
Nicht-Eurozone	Index	99,8	100,4	107,4	113,7	109,4	110,6	107,9	112,6	106,2	102,9	112,6	108,3	108,6
	gg. Vp. in %	-1,7	0,6	7,0	4,3	-3,8	1,1	-2,4	-0,4	-5,7	-3,1	9,4	-3,8	0,3
	gg. Vj. in %	-1,6	0,6	7,0	12,0	6,3	6,0	-1,0	7,3	0,8	-2,5	2,1	-2,5	-3,9
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	108,2	112,0	108,5	109,8	108,0	109,8	108,0	108,8	108,3	107,0	107,9
	gg. Vp. in %	-0,6	1,1	7,2	2,1	-3,1	1,2	-1,6	-1,6	-1,6	0,7	-0,5	-1,2	0,8
	gg. Vj. in %	-0,5	1,1	7,2	9,6	3,1	3,5	-1,4	4,7	0,4	2,1	-4,0	-2,5	-2,0
Inland	Index	99,8	99,5	105,3	108,2	106,0	104,6	104,8	105,4	105,1	106,0	103,3	105,0	103,5
	gg. Vp. in %	-0,8	-0,3	5,8	1,0	-2,0	-1,3	0,2	2,1	-0,3	0,9	-2,5	1,6	-1,4
	gg. Vj. in %	-0,7	-0,3	5,7	7,5	2,4	2,1	-2,1	3,5	2,2	2,1	-7,2	-1,3	-3,8
Ausland	Index	99,8	102,4	111,4	116,1	111,3	115,4	111,6	114,5	111,1	111,9	113,7	109,2	112,7
	gg. Vp. in %	-0,3	2,6	8,8	3,3	-4,1	3,7	-3,3	-5,1	-3,0	0,7	1,6	-4,0	3,2
	gg. Vj. in %	-0,2	2,6	8,7	11,7	3,8	4,7	-0,6	5,7	-1,3	2,2	-0,5	-3,6	0,0
Investitionsgüter	Index	99,8	101,6	107,4	112,6	109,8	106,2	105,3	109,5	104,3	102,2	106,6	107,2	107,6
	gg. Vp. in %	1,7	1,8	5,7	4,5	-2,5	-3,3	-0,8	4,5	-4,7	-2,0	4,3	0,6	0,4
	gg. Vj. in %	1,7	1,9	5,7	7,7	5,9	0,2	-2,2	4,6	-1,8	-3,0	-0,3	-3,2	-3,6
Inland	Index	99,7	101,5	106,4	107,7	104,2	101,6	103,7	103,8	100,7	103,4	101,5	106,1	100,3
	gg. Vp. in %	4,1	1,8	4,8	2,3	-3,2	-2,5	2,1	3,4	-3,0	2,7	-1,8	4,5	-5,5
	gg. Vj. in %	4,2	1,6	4,9	1,2	0,2	-6,3	-1,6	2,1	-7,6	-0,8	-2,4	-1,5	-6,8
Ausland	Index	99,9	101,7	108,0	115,5	113,1	108,9	106,3	113,0	106,4	101,4	109,6	107,9	112,0
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	6,2	5,9	-2,1	-3,7	-2,4	5,2	-5,8	-4,7	8,1	-1,6	3,8
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	6,3	11,6	9,5	4,2	-2,6	6,0	1,7	-4,4	1,0	-4,1	-1,8
Konsumgüter	Index	99,9	100,3	105,0	106,8	106,1	106,8	106,9	109,8	105,7	104,9	107,3	108,5	106,7
	gg. Vp. in %	2,3	0,4	4,7	0,8	-0,7	0,7	0,1	4,7	-3,7	-0,8	2,3	1,1	-1,7
	gg. Vj. in %	2,1	0,5	4,7	5,9	3,5	2,1	0,8	5,2	1,2	1,8	-1,3	2,0	0,2
Inland	Index	99,8	97,6	100,4	102,1	100,4	104,2	99,7	109,1	101,9	100,3	100,3	98,6	101,4
	gg. Vp. in %	2,0	-2,2	2,9	0,2	-1,7	3,8	-4,3	7,4	-6,6	-1,6	0,0	-1,7	2,8
	gg. Vj. in %	2,0	-2,2	2,9	5,2	2,2	4,9	-2,4	9,7	1,0	0,0	-3,5	-3,7	-0,6
Ausland	Index	99,9	102,5	108,5	110,5	110,4	108,8	112,4	110,3	108,7	108,4	112,8	116,1	110,8
	gg. Vp. in %	2,4	2,6	5,9	1,4	-0,1	-1,4	3,3	2,6	-1,5	-0,3	4,1	2,9	-4,6
	gg. Vj. in %	2,3	2,7	5,9	6,6	4,5	0,0	3,2	2,1	1,4	3,1	0,3	6,2	0,7
Industrie ohne Großaufträge²	Index	99,8	101,1	107,4	111,0	109,1	108,2	106,6	109,6	106,9	105,3	107,8	106,6	106,9
	gg. Vp. in %	1,3	1,3	6,2	1,6	-1,7	-0,8	-1,5	1,5	-2,5	-1,5	2,4	-1,1	0,3
	gg. Vj. in %	1,3	1,3	6,2	7,8	4,7	2,6	-2,6	4,9	0,1	-2,5	-1,3	-3,7	-2,0

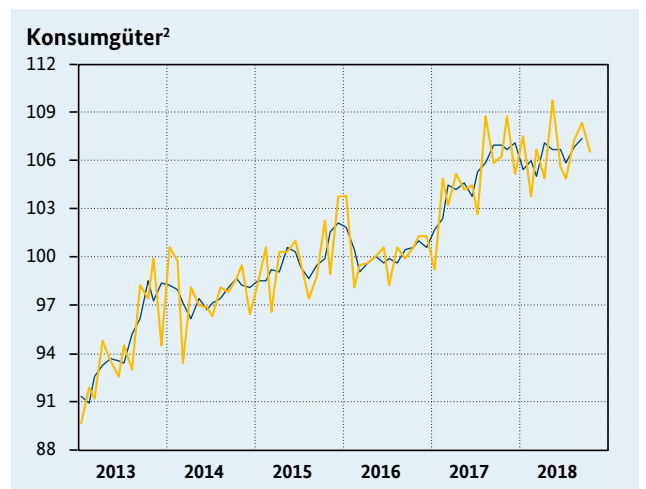
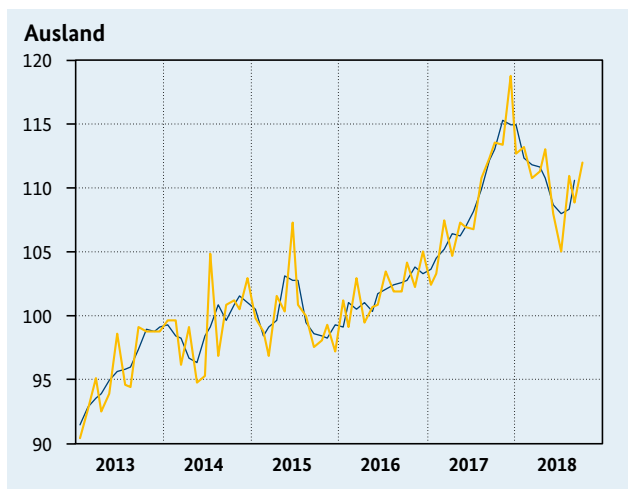
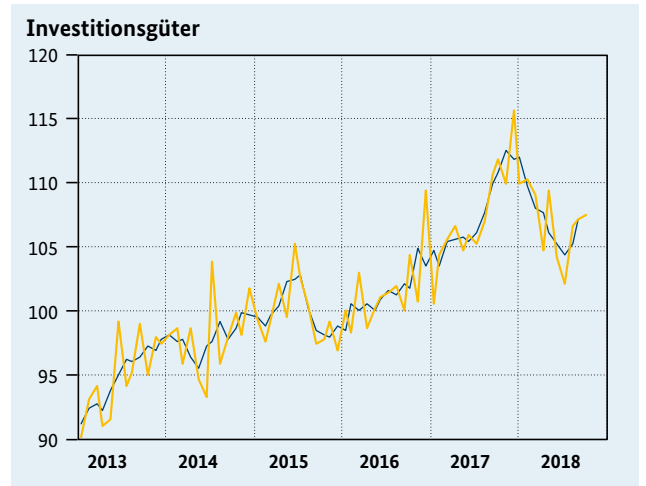
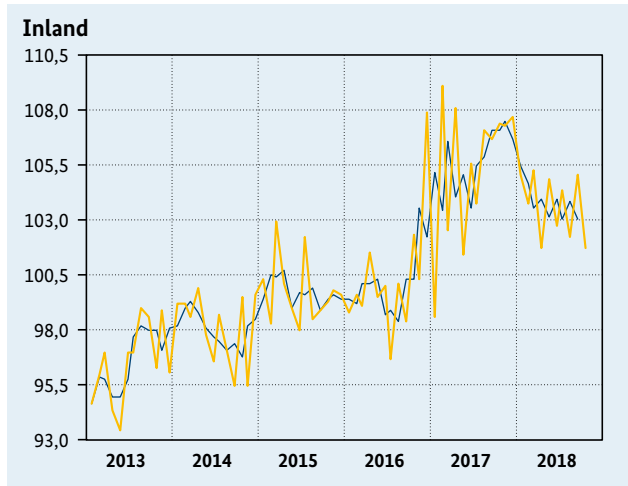
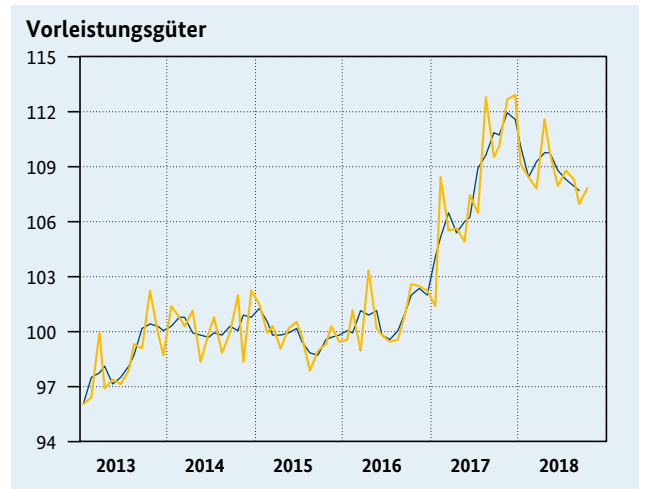
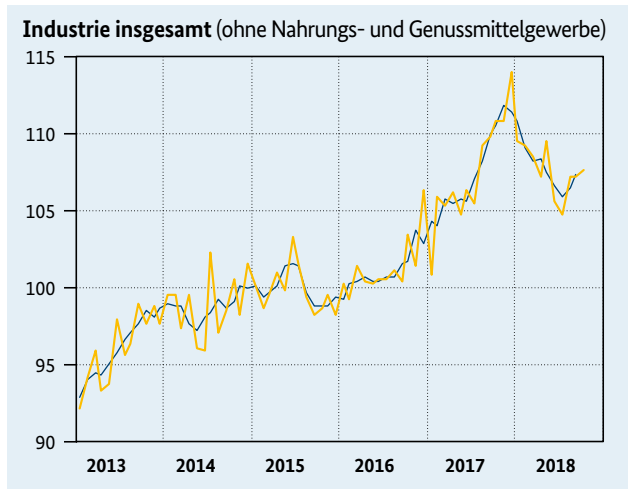
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

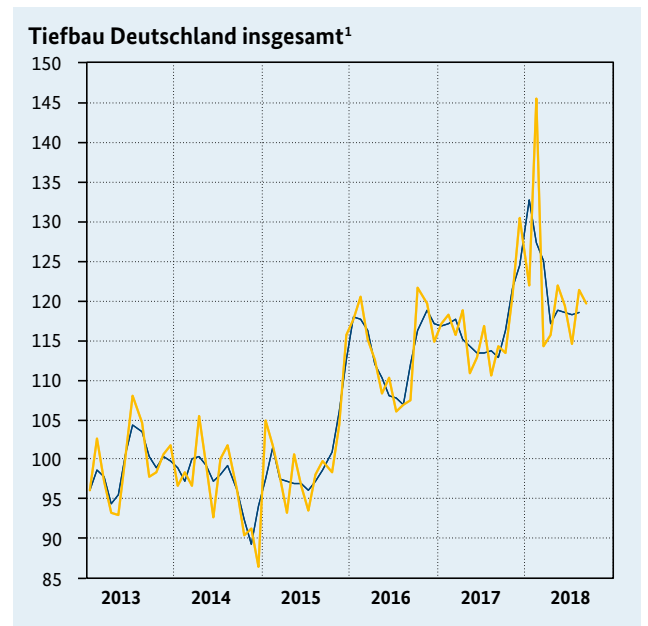
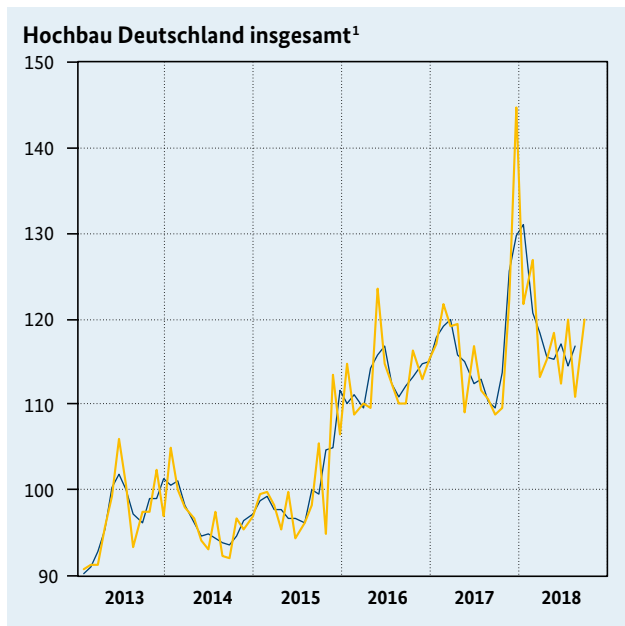
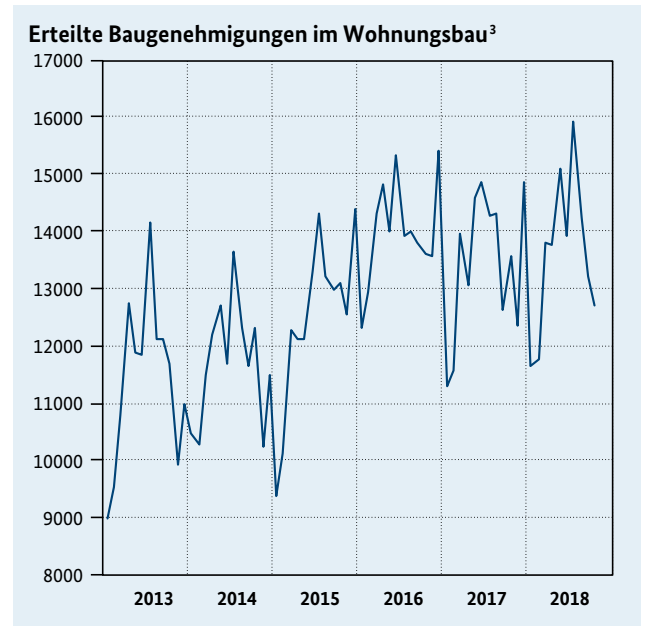
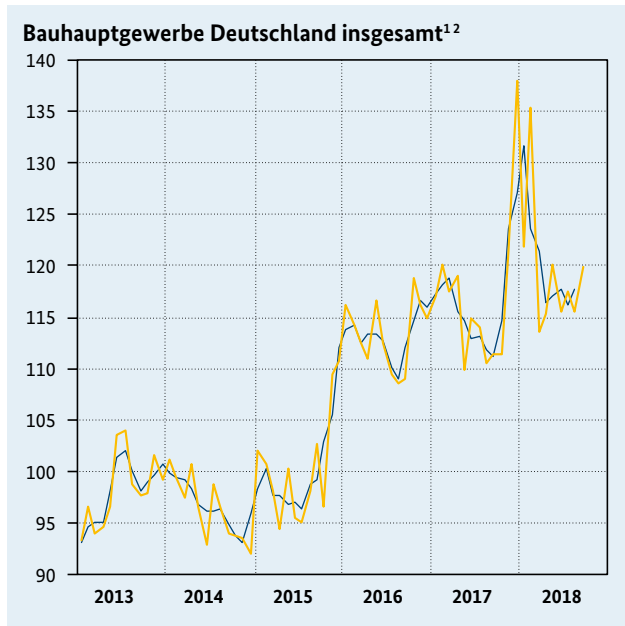
					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Auftragseingang¹														
Bauhauptgewerbe														
	Index	100,3	113,4	117,2	123,8	123,7	117,1	117,7	120,1	115,7	117,5	115,7	119,9	-
	gg. Vp. in %	4,0	13,1	3,4	10,5	-0,1	-5,3	0,5	4,1	-3,7	1,6	-1,5	3,6	-
	gg. Vj. in %	3,7	13,0	3,5	6,4	3,8	2,0	4,7	9,3	0,5	2,2	4,1	7,9	-
Hochbau														
	Index	100,2	113,3	117,6	125,6	120,6	115,4	116,9	118,5	112,5	120,0	110,8	120,0	-
	gg. Vp. in %	3,8	13,1	3,8	13,8	-4,0	-4,3	1,3	2,8	-5,1	6,7	-7,7	8,3	-
	gg. Vj. in %	3,8	13,2	3,7	9,5	0,5	0,2	6,1	8,6	-3,8	7,3	-0,4	10,8	-
Wohnungsbau														
	Index	100,1	115,1	117,6	126,9	120,7	116,2	121,9	114,0	113,5	121,5	118,1	126,0	-
	gg. Vp. in %	11,3	15,0	2,2	17,4	-4,9	-3,7	4,9	-5,8	-0,4	7,0	-2,8	6,7	-
	gg. Vj. in %	11,6	15,0	2,0	9,9	-1,8	1,6	13,1	3,1	-5,5	9,7	7,0	22,2	-
Hochbau ohne Wohnungsbau														
	Index	100,4	112,0	117,6	124,7	120,6	114,9	113,5	121,7	111,8	118,9	105,8	115,9	-
	gg. Vp. in %	-0,7	11,6	5,0	11,3	-3,3	-4,7	-1,2	9,3	-8,1	6,4	-11,0	9,5	-
	gg. Vj. in %	-0,9	12,0	4,9	9,3	2,0	-0,8	1,4	12,5	-2,6	5,7	-5,4	3,1	-
Tiefbau														
	Index	100,4	113,5	116,7	121,7	127,4	119,0	118,5	121,9	119,4	114,6	121,3	119,7	-
	gg. Vp. in %	4,3	13,0	2,8	6,9	4,7	-6,6	-0,4	5,4	-2,1	-4,0	5,8	-1,3	-
	gg. Vj. in %	3,6	12,9	3,1	2,7	7,8	4,0	3,1	10,1	5,7	-3,2	9,0	4,3	-
Straßenbau														
	Index	100,2	119,5	121,4	122,1	138,7	122,9	115,2	127,7	123,2	110,7	114,9	120,1	-
	gg. Vp. in %	2,0	19,3	1,6	6,2	13,6	-11,4	-6,3	8,5	-3,5	-10,1	3,8	4,5	-
	gg. Vj. in %	1,4	17,5	2,6	-4,0	9,0	2,6	-0,9	12,6	4,2	-9,9	4,0	6,0	-
Tiefbau ohne Straßenbau														
	Index	100,6	110,0	114,0	121,4	120,8	116,7	120,4	118,5	117,2	116,8	125,0	119,5	-
	gg. Vp. in %	5,7	9,3	3,6	7,3	-0,5	-3,4	3,2	3,7	-1,1	-0,3	7,0	-4,4	-
	gg. Vj. in %	4,9	10,2	3,5	6,2	7,1	5,0	5,6	8,4	6,7	1,7	12,3	3,4	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	100,2	110,1	114,6	122,3	124,3	116,6	118,9	124,6	111,6	122,4	115,7	118,6	-
	gg. Vp. in %	-0,2	9,9	4,1	10,9	1,6	-6,2	2,0	9,6	-10,4	9,7	-5,5	2,5	-
	gg. Vj. in %	-0,2	10,3	3,7	7,6	6,8	5,8	7,5	21,3	2,5	8,3	6,4	7,6	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	100,6	116,1	119,9	123,6	125,0	118,0	113,7	118,6	121,6	109,3	114,1	117,7	-
	gg. Vp. in %	5,0	15,4	3,3	6,4	1,1	-5,6	-3,6	4,1	2,5	-10,1	4,4	3,2	-
	gg. Vj. in %	4,1	15,1	4,0	3,0	3,9	-1,5	-3,0	1,6	2,1	-7,8	-0,1	-0,2	-
Baugenehmigungen (Neubau)²														
Hochbau (veranschlagte Kosten)														
	Mio. €	83667	98125	99302	25811	23131	28422	28714	9327	9108	10231	9599	8884	8489
	gg. Vj. in %	6,7	17,3	1,2	0,7	7,8	11,1	8,6	10,3	-2,5	14,4	1,9	10,0	2,5
Wohngebäude														
	Mio. €	51206	58976	58661	14919	13748	16137	16571	5631	5271	6034	5476	5061	4881
	gg. Vj. in %	10,2	15,2	-0,5	-1,2	4,3	4,6	9,5	5,2	-1,1	16,1	4,3	8,0	-3,3
Nichtwohngebäude														
	Mio. €	32461	39149	40641	10893	9383	12285	12143	3696	3837	4198	4123	3823	3608
	gg. Vj. in %	1,7	20,6	3,8	3,4	13,2	21,0	7,4	19,3	-4,3	12,0	-1,1	12,7	11,6
gewerbliche Auftraggeber														
	Mio. €	24355	29235	29987	7954	6991	9177	9200	2939	2921	3234	3157	2809	2723
	gg. Vj. in %	0,9	20,0	2,6	-0,4	12,9	22,6	10,2	24,6	0,4	16,4	2,3	12,9	14,9
öffentliche Auftraggeber														
	Mio. €	8106	9915	10654	2939	2393	3108	2944	757	916	963	966	1014	885
	gg. Vj. in %	4,3	22,3	7,5	15,5	14,4	16,6	-0,5	2,2	-16,6	-0,8	-10,8	12,2	2,6
Wohngebäude (Rauminhalt)³														
	Mio. m ³	150	168	162	40,8	37,3	42,9	43,5	15,1	14,0	16,0	14,3	13,3	12,7
	gg. Vj. in %	6,7	12,2	-4,0	-4,3	1,0	0,7	5,3	3,6	-6,2	11,6	-0,6	4,9	-6,3
	gg. Vp. in %	6,0	12,5	-3,8	7,3	-2,5	-0,5	1,1	6,0	-9,1	9,0	-5,6	2,4	-8,2
ifo Konjunkturtest⁴														
Kapazitäts- und Geräteauslastung														
	Salden	73,9	76,3	78,1	82,5	68,2	80,2	85,6	83,4	85,6	85,9	85,3	84,9	84,3
witterungsbedingte Baubehinderungen														
	Salden	13,8	14,8	18,5	9,7	47,3	20,7	3,3	3,0	1,0	8,0	1,0	1,0	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2015= 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gesamtwirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	19,0	25,6	-	28,3	23,9	25,6	-	22,7	27,2	26,8	24,9	23,1	-
Geschäftslage	Salden	29,0	39,3	-	46,8	42,1	42,4	-	40,8	43,3	43,0	41,8	40,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,4	12,8	-	11,1	7,0	9,9	-	5,9	12,1	11,7	9,1	7,1	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,2	27,5	-	30,8	24,5	23,4	-	22,6	24,4	23,3	19,3	17,6	-
Geschäftslage	Salden	21,3	41,8	-	50,6	47,1	41,3	-	43,8	41,8	38,2	36,6	33,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	14,2	-	12,3	3,5	6,8	-	3,0	8,1	9,3	3,2	2,5	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	26,5	-	31,3	24,4	24,1	-	23,2	24,7	24,5	20,8	17,0	-
Geschäftslage	Salden	19,1	40,1	-	51,8	47,7	44,5	-	46,7	44,6	42,1	40,3	35,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,7	13,7	-	12,4	3,3	5,6	-	2,0	6,5	8,2	2,9	0,0	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	11,2	31,4	-	34,4	26,1	24,6	-	22,6	27,3	23,8	20,1	17,7	-
Geschäftslage	Salden	23,0	47,2	-	60,5	54,6	45,4	-	47,0	47,3	41,8	41,3	34,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,1	16,7	-	10,9	0,8	5,6	-	0,6	8,9	7,2	0,7	1,7	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,5	15,5	-	16,6	14,1	13,1	-	12,7	14,6	12,1	11,4	10,8	-
Geschäftslage	Salden	17,8	26,4	-	25,4	24,0	19,5	-	23,6	20,3	14,7	18,6	18,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,6	5,2	-	8,1	4,7	7,0	-	2,3	9,1	9,5	4,5	3,9	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	5,5	14,5	-	17,1	19,9	29,8	-	27,7	29,7	32,0	32,3	29,7	-
Geschäftslage	Salden	9,9	23,2	-	31,8	34,8	50,0	-	49,2	49,7	51,2	54,0	53,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,1	6,1	-	3,4	5,9	11,2	-	7,6	11,8	14,3	12,5	8,5	-
Handel														
Geschäftsklima	Salden	10,0	16,0	-	17,3	12,3	11,0	-	10,6	10,7	11,7	10,2	9,8	-
Geschäftslage	Salden	16,0	25,3	-	29,2	24,3	24,5	-	25,7	23,6	24,3	24,1	23,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,3	7,1	-	6,1	0,9	-1,7	-	-3,5	-1,5	-0,2	-2,9	-3,1	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	27,8	28,9	-	31,1	27,1	30,8	-	27,0	32,7	32,7	31,6	30,1	-
Geschäftslage	Salden	39,2	43,8	-	50,6	45,5	47,7	-	44,6	48,5	50,1	47,6	48,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	16,9	14,8	-	13,1	10,1	15,0	-	10,7	17,8	16,5	16,7	13,3	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	55,2	84,1	77,4	92,7	85,3	73,7	57,9	72,4	72,6	76,0	70,1	58,2	45,3
Konjunkturerwartungen	Salden	6,7	16,4	-8,7	14,4	-10,8	-16,3	-22,1	-24,7	-13,7	-10,6	-24,7	-24,1	-17,5

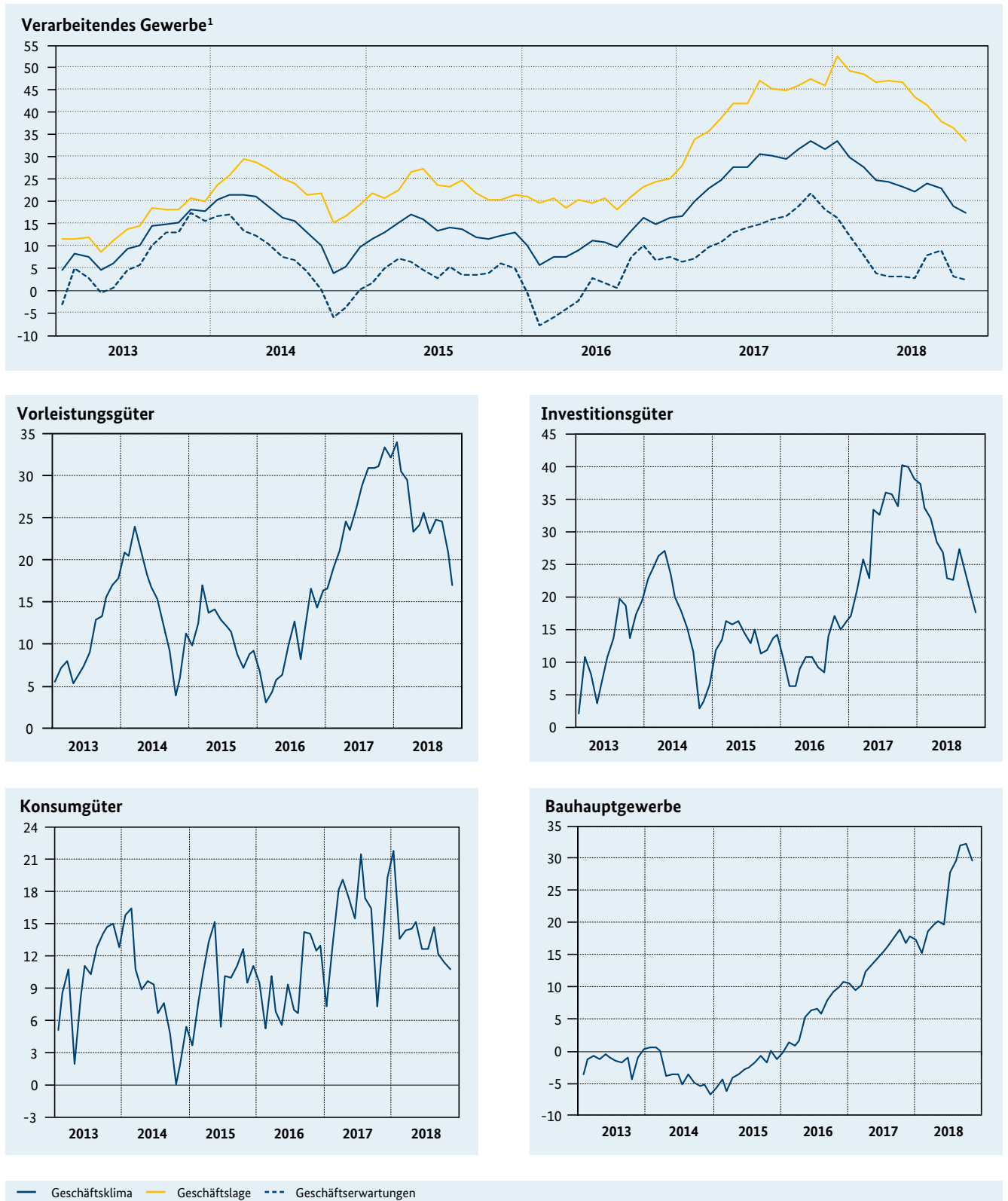
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2016			2017			2018			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
Private Konsumausgaben ¹	Index	106,2	108,4	110,3	107,8	108,2	108,9	109,6	110,5	110,6	110,8	111,3	111,7	111,4
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,7	2,1	1,8	0,1	0,3	0,7	0,7	0,8	0,1	0,2	0,5	0,3	-0,3
	gg. Vj. in %	1,7	2,1	1,8	3,0	1,5	1,5	2,1	1,8	2,1	1,1	1,6	1,0	0,5
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1755	1808	1870	449	452	458	463	466	469	474	478	482	485
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,6	3,0	3,4	0,7	0,6	1,3	1,1	0,8	0,6	1,0	0,9	0,8	0,7
	gg. Vj. in %	2,6	3,0	3,4	3,6	2,3	2,8	4,0	3,2	3,6	2,9	3,5	3,2	2,9
Einzelhandelsumsätze²														
		2016	2017	2018	2018				2018					
		2016	2017	2018	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Einzelhandel	Index	102,1	105,1	-	105,5	106,8	106,2	-	106,4	106,3	106,0	106,1	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	2,0	2,9	-	-0,5	1,2	-0,6	-	-0,3	-0,1	-0,3	0,1	-	-
	gg. Vj. in %	2,0	3,0	-	1,2	1,9	0,7	-	0,8	1,3	0,0	0,7	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,0	102,5	-	103,3	105,0	103,5	-	103,3	103,3	103,9	104,4	-	-
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	-	0,5	1,6	-1,4	-	-2,5	0,0	0,6	0,5	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	-	1,9	2,1	0,5	-	0,3	1,0	0,3	2,5	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,3	106,1	-	102,5	106,5	103,0	-	104,1	105,3	99,5	98,8	-	-
	gg. Vp. in %	0,0	5,8	-	-2,2	3,9	-3,3	-	3,3	1,2	-5,5	-0,7	-	-
	gg. Vj. in %	0,1	5,6	-	-4,8	0,7	-3,2	-	-1,1	0,1	-8,1	-4,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	100,0	108,1	-	108,6	110,7	111,7	-	108,6	111,7	114,8	107,9	-	-
	gg. Vp. in %	-0,1	8,1	-	-0,5	1,9	0,9	-	-4,0	2,9	2,8	-6,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	7,9	-	1,9	3,3	2,0	-	-1,7	1,8	6,0	-2,0	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,7	102,6	-	100,7	103,0	100,8	-	101,0	99,6	101,7	99,7	-	-
	gg. Vp. in %	0,5	1,9	-	-2,0	2,3	-2,1	-	-0,8	-1,4	2,1	-2,0	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	-	-1,3	-0,1	-1,9	-	-2,6	-2,1	-1,0	-2,4	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	105,2	110,0	-	112,1	113,0	111,6	-	113,1	113,0	108,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	5,5	4,6	-	0,4	0,8	-1,2	-	-0,8	-0,1	-3,9	-	-	-
	gg. Vj. in %	5,5	4,6	-	3,3	3,3	1,0	-	2,7	2,4	-1,8	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe²														
Insgesamt	Index	100,6	102,4	-	103,0	104,2	103,1	-	102,9	102,8	103,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	-	0,4	1,2	-1,1	-	-1,7	-0,1	0,8	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,8	1,6	-	0,3	1,5	1,0	-	-0,1	2,2	0,8	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen³														
Insgesamt	in Tsd.	3352	3441	-	879	960	834	-	318	316	200	253	273	-
	gg. Vj. in %	4,5	2,7	-	4,0	1,9	1,2	-	12,3	24,7	-30,5	-7,4	-9,9	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1173	1225	-	327	369	289	-	118	103	68	92	93	-
	gg. Vj. in %	6,8	4,4	-	16,0	9,8	-4,6	-	16,1	4,3	-33,7	-10,1	-16,1	-
Verbraucherpreise⁴														
Insgesamt	Index	107,4	109,3	-	110,3	111,1	111,8	-	111,6	111,7	112,1	112,3	112,4	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,7	-	1,5	2,0	2,1	-	2,0	2,0	2,3	2,5	2,3	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	3,1	-	2,4	3,4	2,6	-	2,6	2,5	2,8	1,9	1,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,7	-	1,6	1,6	1,6	-	1,6	1,6	1,5	1,6	1,5	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-4,5	1,7	-	1,1	3,1	4,4	-	3,9	4,3	5,1	6,0	6,5	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-1,3	3,0	-	0,8	2,9	4,5	-	4,4	4,4	4,7	5,7	6,0	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁵	Salden	4,7	5,7	-	6,5	4,6	2,8	-	1,8	1,3	5,2	0,6	2,4	-
Geschäftslage	Salden	11,9	15,0	-	15,2	15,0	13,9	-	14,2	11,0	16,6	14,4	14,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-3,2	-	-2,6	-5,5	-7,9	-	-10,0	-8,0	-5,7	-12,2	-8,8	-
GfK – Konsumklima⁶	Punkte	9,8	10,4	10,7	10,9	10,8	10,6	10,5	10,7	10,6	10,5	10,6	10,6	10,4
Anschaffungsneigung	Punkte	52,8	55,6	-	58,1	58,1	56,5	-	57,5	56,6	55,3	55,8	56,7	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

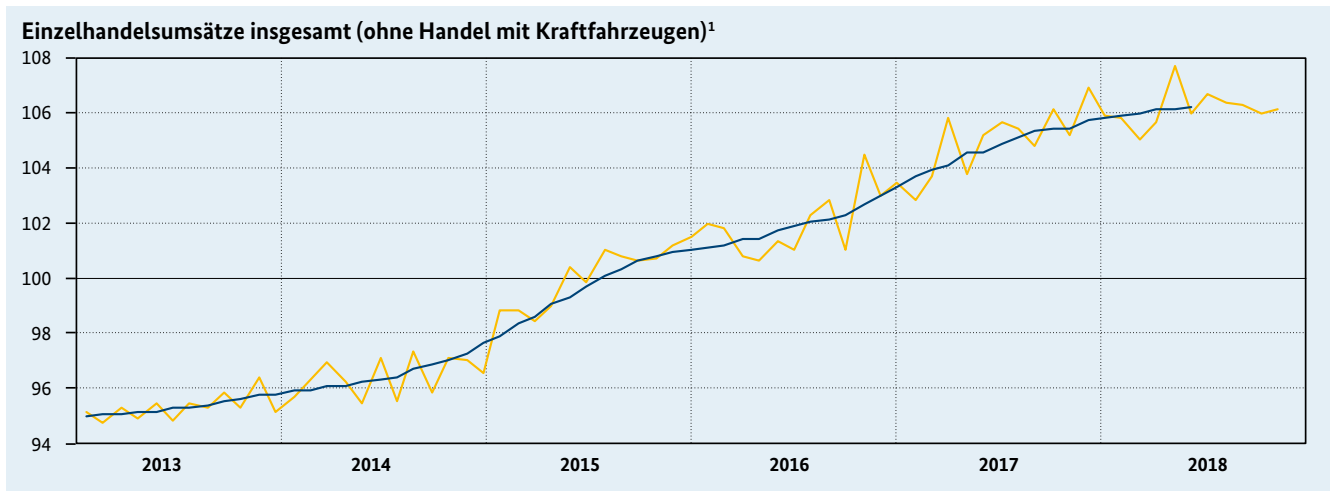
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

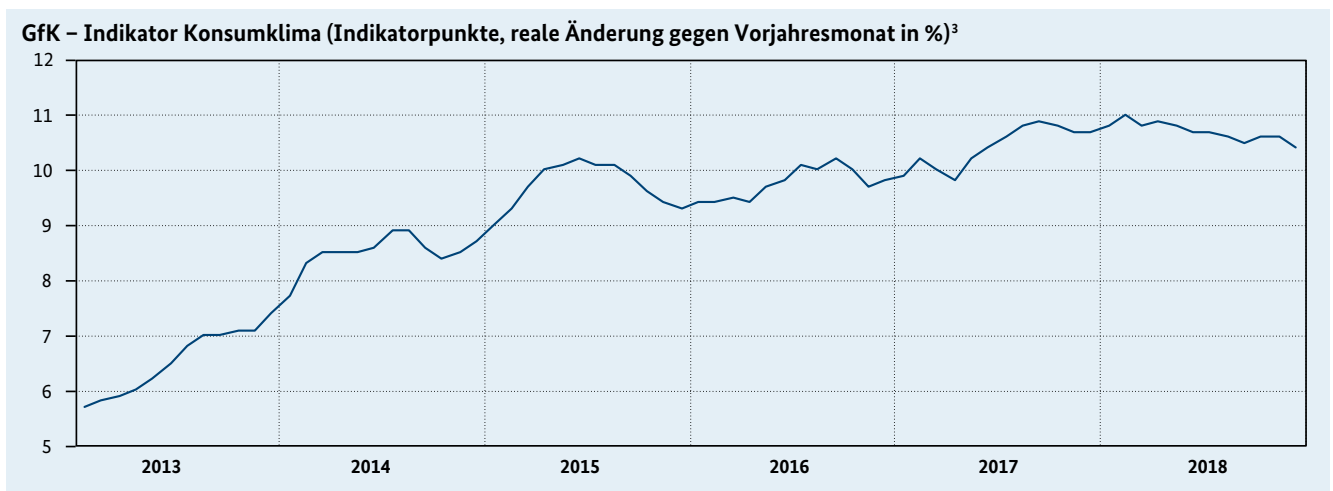
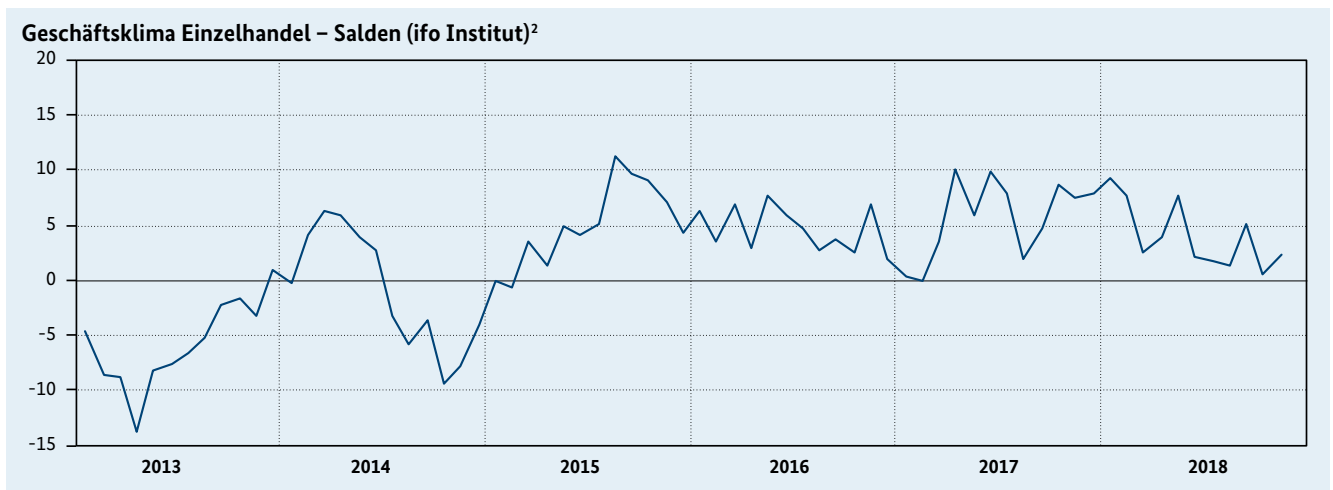
Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	273	267	262	68	71	69	57	22,0	24,7	17,5	19,9	19,6	16,4
	gg. Vp. in %	23,4	-2,0	-1,8	-2,0	4,1	-2,8	-17,2	-0,4	12,3	-29,1	13,2	-1,3	-16,4
Warenhandel	in Mrd. €	259	265	270	69	66	66	57	22,2	22,0	18,8	19,4	18,7	18,1
	gg. Vp. in %	12,7	2,2	2,0	-1,4	-4,4	-0,0	-13,8	2,6	-1,1	-14,6	3,1	-3,6	-3,2
Ausfuhr	in Mrd. €	1176	1186	1273	326	326	329	328	110,0	110,7	109,7	109,2	108,8	110,2
	gg. Vp. in %	5,1	0,9	7,3	2,1	-0,2	1,1	-0,5	1,1	0,7	-0,9	-0,5	-0,4	1,3
Einfuhr	in Mrd. €	917	921	1003	258	260	264	271	87,7	88,7	90,9	89,8	90,1	92,2
	gg. Vp. in %	3,1	0,5	8,9	3,1	0,9	1,3	2,8	0,7	1,1	2,5	-1,2	0,3	2,3
Dienstleistungen	in Mrd. €	-17	-19	-21	-5	-3	-5	-4	-1,0	-2,1	-1,9	-1,9	-0,7	-0,9
	gg. Vp. in %	-30,6	10,5	12,3	-1,2	-44,2	73,3	-8,2	-46,6	125,3	-13,1	0,5	-60,4	23,0
Einnahmen	in Mrd. €	248	257	273	69	69	69	72	24,0	22,6	23,8	24,3	24,1	24,1
	gg. Vp. in %	10,0	3,7	6,1	0,6	-0,2	0,6	4,1	5,1	-5,7	5,4	1,9	-0,7	0,0
Ausgaben	in Mrd. €	265	276	295	74	72	74	77	24,9	24,8	25,7	26,2	24,9	25,0
	gg. Vp. in %	6,0	4,1	6,6	0,4	-3,2	3,4	3,3	1,3	-0,7	3,8	1,8	-4,9	0,7
Primäreinkommen	in Mrd. €	69	61	68	17	18	18	18	3,7	9,0	5,3	6,4	6,1	5,7
	gg. Vp. in %	23,8	-11,5	11,6	0,8	11,5	-0,7	-3,0	-34,0	140,2	-40,6	20,7	-5,8	-5,8
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-40	-55	-12	-11	-11	-13	-3,0	-4,1	-4,7	-4,1	-4,4	-6,5
	gg. Vp. in %	-3,9	3,8	37,0	5,4	-13,4	-1,8	25,0	-12,5	35,9	15,2	-13,6	7,9	47,8

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1194	1204	1279	325	328	335	326	109,1	115,3	111,0	105,4	109,2	117,2
	gg. Vj. in %	6,2	0,9	6,2	6,2	2,7	5,1	2,9	-1,3	7,6	7,6	2,4	-1,0	8,5
EU-Länder	in Mrd. €	693	706	750	190	197	200	189	65,7	67,7	64,6	59,5	64,8	69,8
	gg. Vj. in %	6,8	1,9	6,3	8,1	5,0	5,7	3,0	2,4	6,0	8,1	1,5	-0,2	8,1
Eurozone ¹	in Mrd. €	434	441	471	120	125	125	119	40,7	43,0	41,5	36,4	41,1	44,0
	gg. Vj. in %	5,6	1,5	6,9	8,4	6,8	5,6	3,9	0,1	7,6	9,5	1,5	0,8	8,9
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	259	265	279	70	72	74	70	25,0	24,7	23,1	23,0	23,7	25,8
	gg. Vj. in %	8,9	2,4	5,2	7,6	1,9	6,0	1,6	6,6	3,2	5,6	1,4	-1,9	6,9
Drittländer	in Mrd. €	501	498	529	135	131	135	137	43,4	47,6	46,4	45,9	44,4	47,4
	gg. Vj. in %	5,4	-0,5	6,2	3,7	-0,6	4,2	2,7	-6,4	10,0	7,0	3,5	-2,2	9,2
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	949	955	1031	263	268	272	274	89,0	93,4	94,6	88,3	90,9	98,9
	gg. Vj. in %	4,3	0,6	8,0	6,8	3,6	6,3	8,3	0,7	10,1	12,5	6,8	5,6	11,3
EU-Länder	in Mrd. €	622	632	682	176	178	182	179	59,6	62,3	62,2	56,4	60,6	64,2
	gg. Vj. in %	4,5	1,7	7,9	8,6	4,7	7,6	7,3	2,9	10,7	11,6	5,0	5,3	7,6
Eurozone	in Mrd. €	426	429	459	118	120	122	122	39,5	42,3	43,3	38,1	40,9	42,7
	gg. Vj. in %	3,7	0,6	7,1	8,1	4,6	7,2	9,4	0,6	11,7	14,3	6,2	7,5	7,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	196	204	223	58	57	60	57	20,1	20,0	18,9	18,3	19,7	21,5
	gg. Vj. in %	6,2	4,1	9,5	9,5	4,8	8,7	3,1	7,7	8,7	6,0	2,4	1,0	8,4
Drittländer	in Mrd. €	328	323	349	87	90	90	95	29,5	31,1	32,4	31,9	30,3	34,7
	gg. Vj. in %	3,9	-1,5	8,1	3,4	1,4	3,8	10,1	-3,5	8,8	14,1	10,1	6,2	18,9

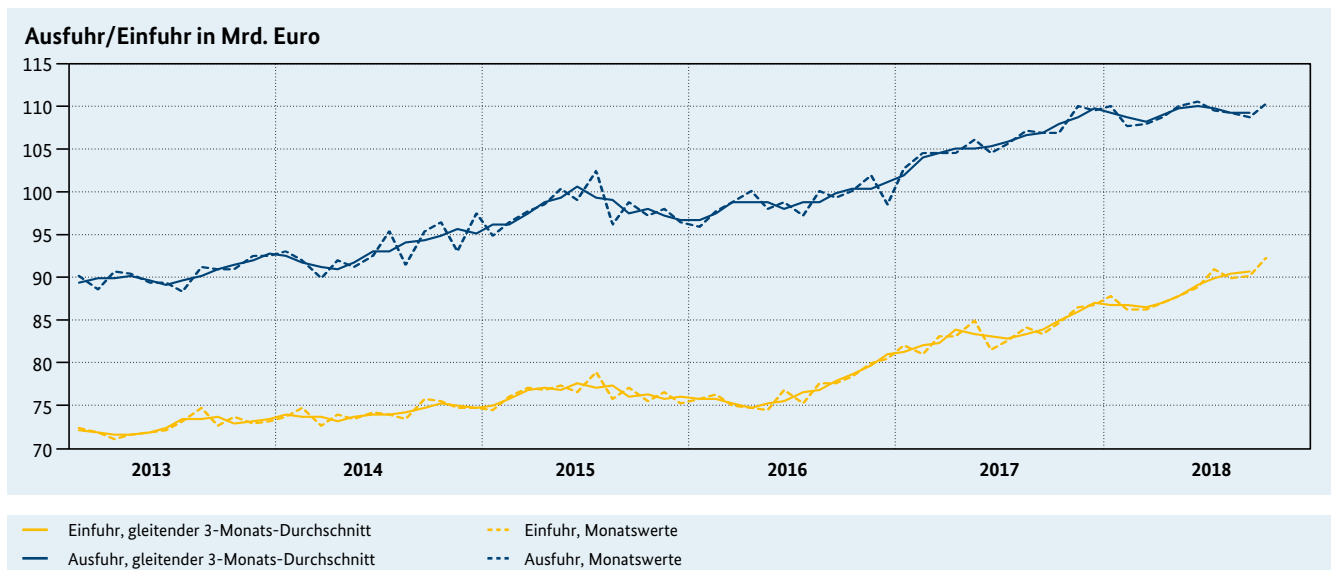
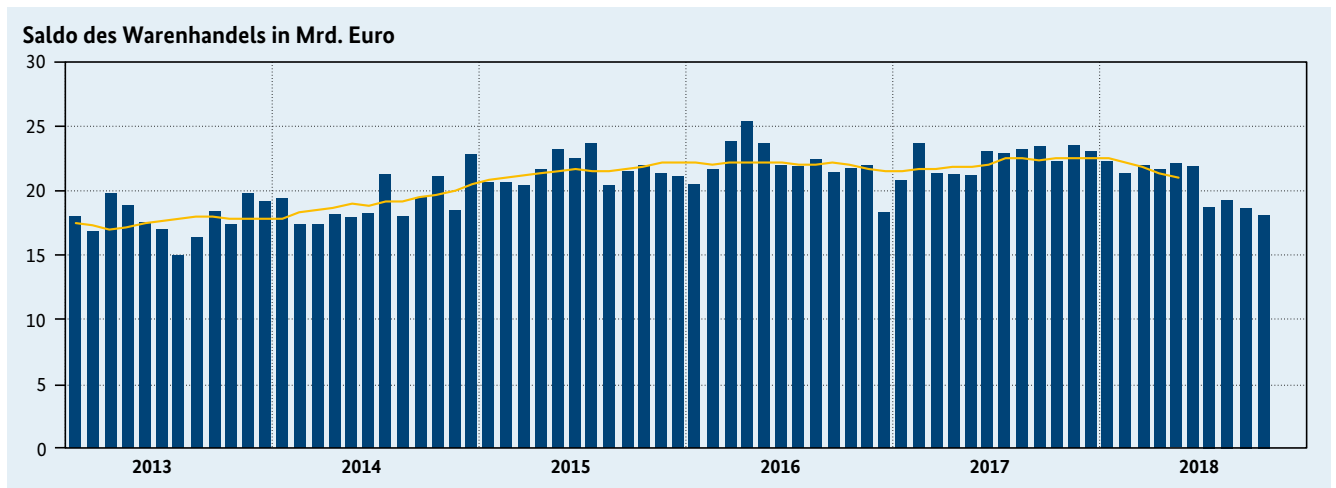
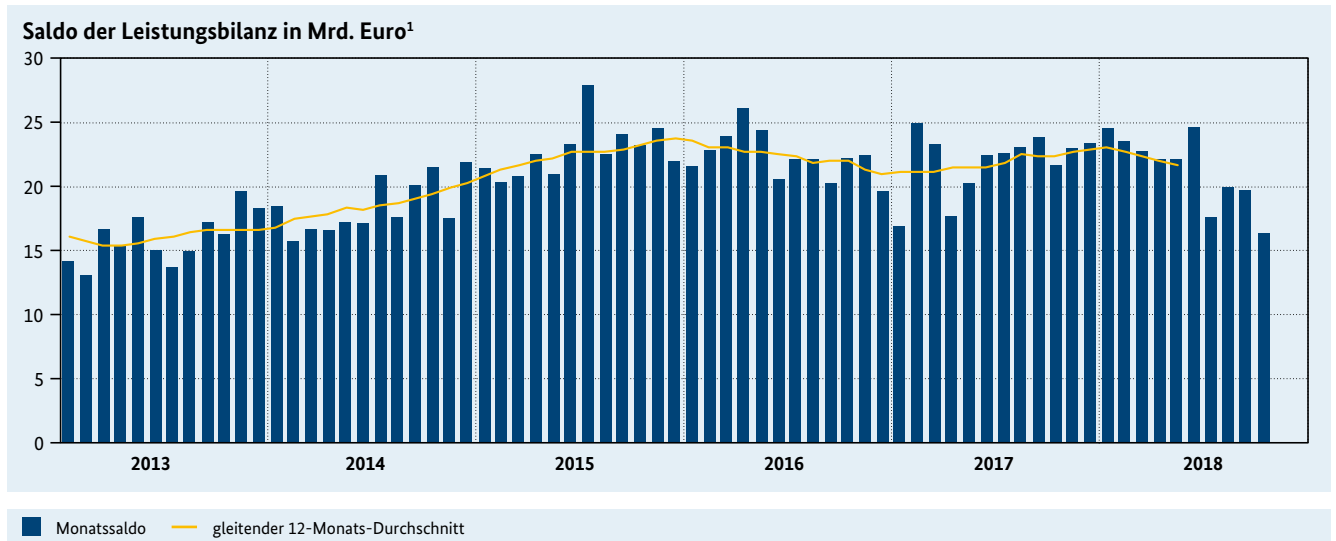
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

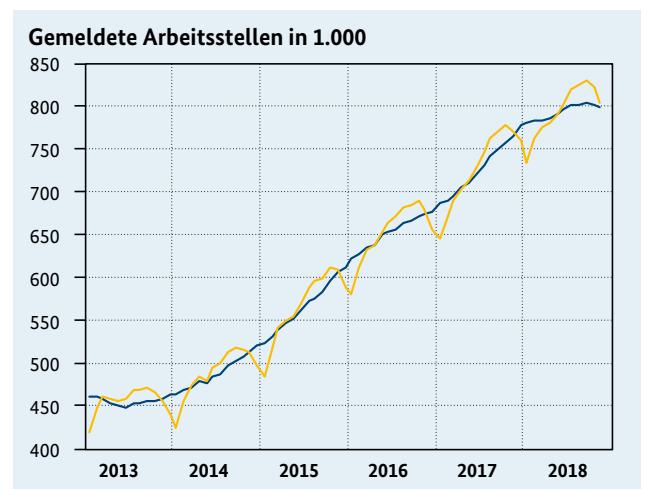
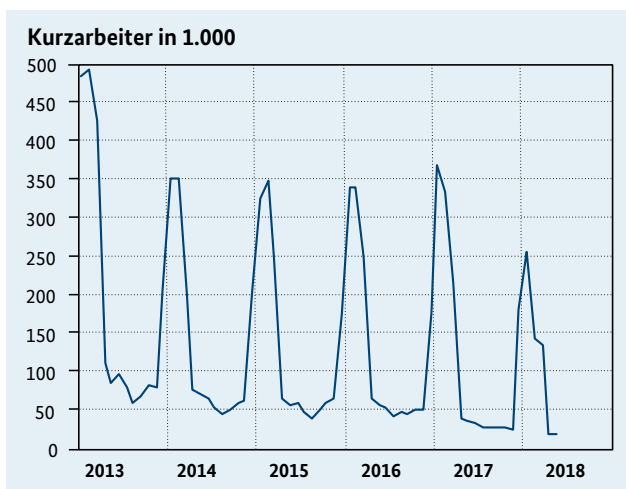
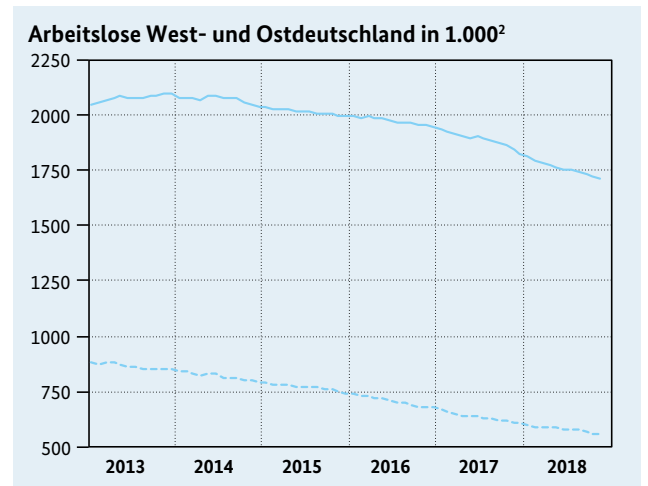
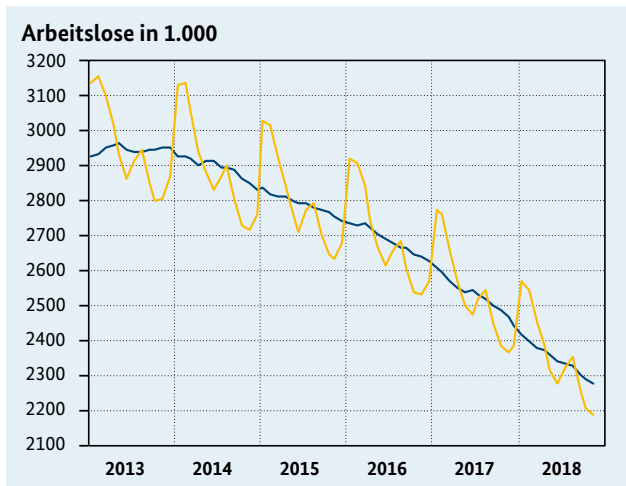
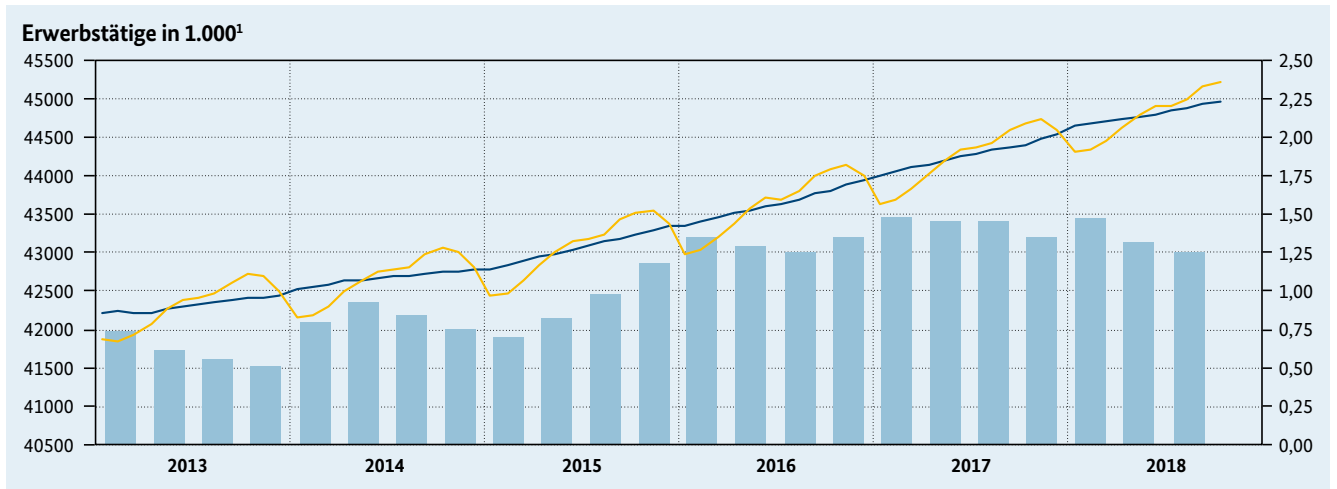
					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43071	43642	44269	44672	44371	44776	45035	44909	44923	45002	45179	45242	-
	gg. Vj. in Tsd.	+401	+571	+627	+596	+641	+581	+555	+553	+548	+557	+561	+559	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30854	31538	32266	32739	32572	32834	33123	32864	32846	33116	33407	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+636	+683	+729	+752	+768	+731	+704	+699	+718	+720	+675	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1950	1774	1621	1516	1564	1488	1444	1484	1436	1470	1426	1410	-
	gg. Vj. in Tsd.	-140	-176	-153	-114	-197	-134	-142	-66	-135	-166	-125	-181	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,1	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,5	3,3	3,4	3,3	3,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2795	2691	2533	2381	2525	2325	2311	2276	2325	2351	2256	2204	2186
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-104	-158	-166	-209	-188	-193	-197	-193	-194	-192	-185	-182
SGB II	in Tsd.	1936	1869	1677	1601	1616	1565	1527	1541	1537	1547	1497	1462	1442
	gg. Vj. in Tsd.	-29	-67	-192	-180	-131	-126	-144	-136	-139	-143	-151	-155	-155
SGB III	in Tsd.	859	822	855	780	909	760	784	735	788	804	759	742	745
	gg. Vj. in Tsd.	-75	-37	+34	+14	-78	-62	-49	-61	-54	-51	-41	-29	-28
Westdeutschland	in Tsd.	2021	1979	1894	1786	1884	1746	1746	1713	1753	1779	1707	1665	1650
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-42	-84	-101	-137	-136	-143	-144	-144	-144	-140	-132	-128
Ostdeutschland	in Tsd.	774	712	639	595	641	579	565	563	572	572	550	539	536
	gg. Vj. in Tsd.	-50	-62	-74	-65	-73	-52	-50	-53	-49	-50	-52	-53	-54
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,3	5,7	5,1	5,1	5,0	5,1	5,2	5,0	4,9	4,8
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	4,9	5,2	4,8	4,8	4,7	4,8	4,8	4,7	4,5	4,5
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	7,0	7,6	6,8	6,7	6,6	6,8	6,8	6,5	6,4	6,3
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	626	642	630	605	644	556	615	509	636	634	575	583	602
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	633	651	645	626	620	616	621	549	587	607	669	635	620
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	44	42	24	15	22	11	18	14	11	19	25	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-5	-2	-18	-22	-20	-14	+2	-8	-7	+4	+9	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3631	3577	3517	3366	3488	3290	3218	3234	3249	3232	3172	3142	3135
	gg. Vj. in Tsd.	-171	-54	-61	-150	-222	-240	-243	-248	-251	-245	-233	-223	-224
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	569	655	731	771	760	794	828	805	823	828	834	824	807
	gg. Vj. in Tsd.	+78	+87	+75	+94	+88	+77	+65	+74	+72	+62	+61	+44	+35
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+401	+570	+627	+142	+211	+85	+118	+26	+49	+45	+39	+37	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+636	+683	+728	+214	+206	+131	+153	+38	+78	+48	+19	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-150	-161	-165	-46	-43	-30	-24	-8	-8	-8	-8	-9	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,2	3,8	3,6	3,5	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-103	-104	-158	-54	-68	-40	-35	-15	-7	-10	-23	-12	-16
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-28	-68	-191	-36	-41	-34	-36	-15	-10	-7	-22	-18	-15
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-75	-35	+33	-18	-27	-5	-0	0	+3	-4	-1	+7	-1
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-54	-42	-85	-38	-48	-32	-25	-11	-5	-6	-15	-6	-9
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-49	-62	-74	-16	-19	-8	-10	-4	-1	-4	-8	-6	-7
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,5	5,4	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	5,0
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,1	5,0	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	7,3	7,1	7,0	6,8	6,9	6,9	6,8	6,8	6,7	6,6
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-172	-52	-62	-61	-76	-58	-51	-19	-17	-18	-14	-10	-18
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+78	+87	+75	+28	+15	+9	+11	+4	+5	-0	+4	-5	-1
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,0	100,8	103,0	104,0	104,8	103,9	104,6	104,1	104,1	105,0	104,8	104,6	103,5
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,1	103,3	104,3	104,9	104,9	104,0	103,8	103,7	103,7	103,7	104,0	104,2	104,5
BA-X Stellenindex	Index	192,3	216,6	237,8	249,7	251,3	252,3	254,3	253,0	255,0	252,0	256,0	252,0	252,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 — Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

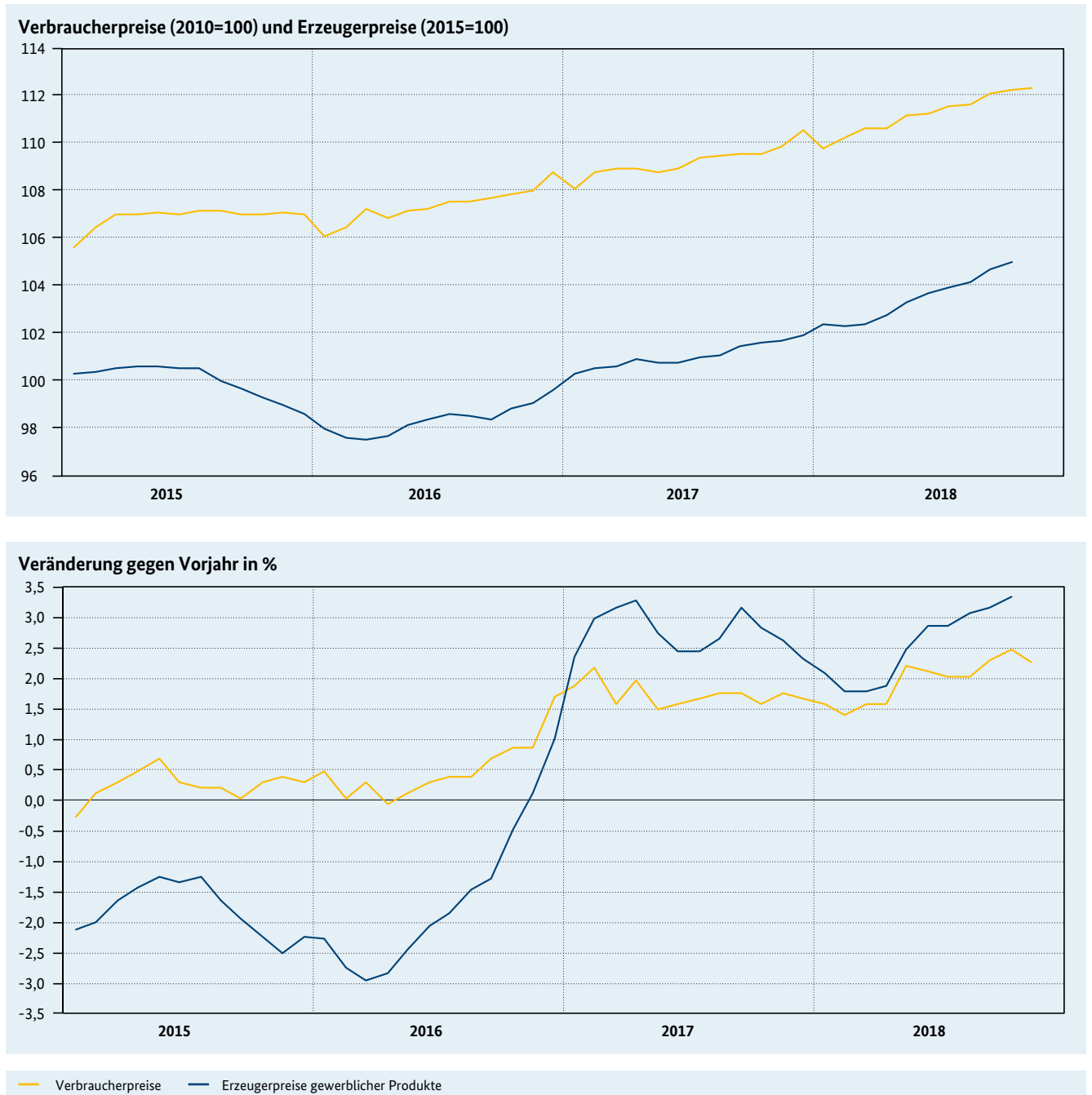
					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,9	107,4	109,3	110,0	110,3	111,1	111,8	111,3	111,6	111,7	112,1	112,3	112,4
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,7	+1,6	+2,0	+2,1	+2,1	+2,0	+2,0	+2,3	+2,5	+2,3
Waren	Index	107,0	106,6	108,9	109,8	109,9	111,2	111,4	111,3	110,6	111,1	112,6	113,0	113,4
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,4	+2,2	+1,9	+1,3	+2,3	+2,7	+2,8	+2,4	+2,7	+3,1	+3,2	+3,2
Verbrauchsgüter	Index	110,0	108,8	111,7	112,6	113,4	115,0	115,7	115,4	115,2	115,4	116,5	116,9	117,6
	gg. Vj. in %	-1,5	-1,1	+2,7	+2,5	+1,7	+3,4	+4,0	+4,1	+3,8	+3,9	+4,3	+4,3	+4,3
darunter:	Index	112,4	113,3	116,7	118,0	119,6	119,8	119,3	119,7	119,1	118,8	119,9	119,7	119,5
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+0,8	+3,0	+3,5	+2,4	+3,4	+2,7	+3,4	+2,6	+2,5	+2,8	+1,9	+1,4
darunter:	Index	112,8	107,8	109,6	110,5	111,0	112,5	113,8	112,9	112,8	113,5	115,2	116,5	117,9
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-5,6	-4,4	+1,7	+1,7	+1,1	+3,0	+4,4	+4,1	+3,9	+4,3	+5,1	+6,0	+6,5
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	105,5	106,3	107,7	109,3	106,9	108,7	106,9	107,7	104,6	106,3	109,9	110,6	110,4
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,8	+1,3	+0,9	+0,7	+0,2	-0,1	+0,6	-0,8	0,0	+0,6	+0,6	+0,7
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,3	98,4	99,4	99,6	99,6	99,8	100,2	99,9	100,0	100,1	100,4	100,6	100,7
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,1	+1,0	+0,9	+0,6	+0,4	+0,8	+0,5	+0,5	+0,8	+0,9	+1,1	+1,1
Dienstleistungen	Index	106,8	108,2	109,7	110,2	110,6	110,9	112,1	111,3	112,5	112,2	111,7	111,6	111,5
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,4	+1,4	+1,7	+1,6	+1,4	+1,5	+1,6	+1,4	+1,5	+1,8	+1,5
darunter:	Index	106,7	108,0	109,7	110,4	110,9	111,3	111,7	111,5	111,6	111,7	111,8	112,0	112,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,2	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,5	+1,6	+1,5
Insgesamt ohne Energie	Index	106,8	108,1	109,8	110,6	110,8	111,3	111,9	111,5	111,8	111,8	112,0	112,1	112,0
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,2	+1,6	+1,7	+1,6	+1,6	+1,5	+1,6	+1,5	+1,5	+1,6	+1,7	+1,4
Energie	Index	107,4	101,6	104,7	105,5	105,8	108,8	111,1	109,9	109,8	110,6	112,8	113,9	115,9
	gg. Vj. in %	-7,0	-5,4	+3,1	+2,0	+0,5	+4,3	+7,1	+6,4	+6,6	+6,9	+7,7	+8,9	+9,3
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	106,9	107,4	109,3	109,9	110,4	111,1	111,7	111,4	111,4	111,5	112,1	112,4	112,5
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,7	+1,5	+1,9	+2,1	+2,2	+2,0	+2,0	+2,2	+2,6	+2,3
HVPI⁴	Index	100,0	100,4	102,1	102,8	102,9	103,6	104,4	103,9	104,3	104,3	104,7	104,8	104,9
	gg. Vj. in %	+0,1	+0,4	+1,7	+1,7	+1,4	+1,9	+2,1	+2,1	+2,1	+1,9	+2,2	+2,4	+2,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	100,0	98,4	101,1	101,7	102,4	103,3	104,3	103,7	103,9	104,2	104,7	105,0	-
	gg. Vj. in %	-1,9	-1,6	+2,7	+2,5	+1,9	+2,5	+3,1	+2,9	+2,9	+3,1	+3,2	+3,3	-
Vorleistungsgüter	Index	100,0	98,5	102,4	103,3	104,4	105,2	105,7	105,6	105,7	105,7	105,6	105,6	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-1,5	+4,0	+4,1	+3,0	+2,7	+2,9	+3,2	+3,2	+2,9	+2,5	+2,3	-
Investitionsgüter	Index	100,0	100,6	101,8	102,0	102,6	102,9	103,3	103,0	103,2	103,3	103,3	103,4	-
	gg. Vj. in %	+0,6	+0,6	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+1,4	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	-
Konsumgüter	Index	100,0	100,6	103,6	103,9	103,9	104,3	104,7	104,5	104,6	104,7	104,8	104,6	-
	gg. Vj. in %	-0,8	+0,6	+3,0	+2,1	+1,4	+0,7	+0,3	+0,4	+0,3	+0,3	+0,2	+0,4	-
Gebrauchsgüter	Index	100,0	101,1	102,2	102,5	103,3	103,8	104,1	103,9	104,0	104,1	104,1	104,2	-
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,1	+1,1	+1,2	+1,4	+1,6	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	-
Verbrauchsgüter	Index	100,0	100,6	103,8	104,1	104,0	104,3	104,8	104,5	104,7	104,8	104,9	104,6	-
	gg. Vj. in %	-1,1	+0,6	+3,2	+2,2	+1,4	+0,5	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1	0,0	+0,2	-
Energie	Index	100,0	94,1	96,6	97,7	98,3	100,3	103,3	101,3	102,1	102,8	104,9	106,1	-
	gg. Vj. in %	-5,3	-5,9	+2,7	+2,3	+1,7	+4,7	+7,5	+6,2	+6,7	+7,3	+8,5	+9,4	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	100,0	102,1	105,3	106,4	108,2	109,2	110,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,5	+2,1	+3,1	+3,6	+4,0	+4,1	+4,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	100,0	100,9	104,7	106,2	108,2	109,9	112,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,9	+3,8	+4,5	+5,2	+5,4	+6,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2015 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	100,1	87,4	105,3	114,5	124,2	133,1	136,0	134,6	134,7	133,0	140,4	142,6	124,7
	gg. Vj. in %	-41,9	-12,7	+20,5	+13,5	+16,4	+34,8	+34,4	+44,3	+39,4	+31,8	+32,3	+31,4	+7,0
Nahrungs- und Genussmittel	Index	100,0	102,1	99,1	96,0	98,4	99,4	89,7	95,6	91,4	90,1	87,6	91,9	90,0
	gg. Vj. in %	-17,7	+2,1	-2,9	-8,1	-6,0	+1,6	-8,3	-1,1	-8,8	-6,7	-9,5	-5,1	-6,8
Industrie-Rohstoffe	Index	100,1	97,3	118,2	120,5	129,8	129,5	121,9	130,6	123,7	121,7	120,3	119,9	118,7
	gg. Vj. in %	-26,0	-2,8	+21,5	+10,8	+5,4	+17,3	+2,6	+22,9	+9,2	+0,1	-1,2	+1,4	-1,2
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	100,1	85,5	104,5	115,1	125,3	135,6	140,4	137,5	138,6	136,9	145,8	148,1	127,6
	gg. Vj. in %	-44,1	-14,6	+22,2	+15,3	+19,1	+38,8	+40,8	+49,6	+46,2	+38,0	+38,5	+36,7	+8,6
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	100,0	96,7	100,1	100,4	101,0	102,6	103,4	103,4	103,3	103,3	103,7	104,7	-
	gg. Vj. in %	-2,8	-3,3	+3,5	+1,8	-0,1	+2,6	+4,7	+4,4	+4,8	+4,8	+4,4	+4,8	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	100,0	99,9	102,1	101,1	101,2	101,0	100,1	100,6	99,4	100,1	100,7	100,5	-
	gg. Vj. in %	-	-0,1	+2,2	-1,0	-3,1	-1,0	-0,5	-0,7	-1,2	-0,1	-0,3	-0,6	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	100,0	96,4	99,9	100,4	101,0	102,8	103,8	103,7	103,7	103,6	104,1	105,2	-
	gg. Vj. in %	-	-3,6	+3,6	+2,2	+0,3	+3,0	+5,2	+5,1	+5,4	+5,3	+5,0	+5,5	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	100,0	87,0	101,9	105,4	108,6	115,4	119,2	118,6	118,3	118,0	121,2	126,5	-
	gg. Vj. in %	-	-13,0	+17,1	+9,8	+3,6	+15,7	+22,2	+23,8	+23,9	+21,9	+21,0	+23,7	-
Fertigwaren	Index	100,0	98,6	99,4	99,2	99,3	99,8	100,2	100,2	100,3	100,3	100,1	100,2	-
	gg. Vj. in %	-	-1,4	+0,8	+0,4	-0,5	+0,0	+1,3	+0,8	+1,2	+1,5	+1,3	+1,1	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	100,0	99,0	100,7	100,7	101,1	101,7	102,3	102,1	102,2	102,4	102,4	102,6	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-1,0	+1,7	+1,0	+0,2	+0,9	+1,9	+1,5	+1,7	+2,1	+1,9	+2,0	-
Terms of Trade	Verhältnis	100,0	102,4	100,6	100,3	100,0	99,2	98,9	98,7	98,9	99,1	98,7	98,0	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	-1,8	-0,8	+0,3	-1,7	-2,7	-2,9	-2,9	-2,6	-2,5	-2,7	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,11	1,13	1,18	1,23	1,19	1,16	1,17	1,17	1,15	1,17	1,15	1,14
	gg. Vj. in %	-16,5	-0,3	+2,0	+9,2	+15,5	+8,3	-1,0	+4,0	+1,5	-2,2	-2,1	-2,3	-3,2
in Yen	Kurs	134,3	120,3	126,7	132,9	133,1	130,1	129,7	128,5	130,2	128,2	130,5	129,6	128,8
	gg. Vj. in %	-4,3	-10,4	+5,3	+12,7	+10,0	+6,3	-0,5	+3,2	+0,6	-1,2	-1,0	-2,4	-2,7
in Pfund-Sterling	Kurs	0,73	0,82	0,88	0,89	0,88	0,88	0,89	0,88	0,89	0,90	0,89	0,88	0,88
	gg. Vj. in %	-10,0	+12,8	+7,0	+2,1	+2,7	+1,8	-0,6	+0,2	+0,1	-1,6	-0,2	-0,9	-0,8
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	91,7	94,4	96,5	98,7	99,6	98,5	99,2	97,9	99,2	99,0	99,5	98,9	98,3
	gg. Vj. in %	-9,5	+2,8	+2,3	+4,4	+6,2	+3,4	+0,7	+1,6	+1,6	-0,1	+0,4	+0,3	-0,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	87,6	89,5	91,4	93,2	94,0	93,1	93,7	92,6	93,8	93,4	94,0	93,4	92,9
	gg. Vj. in %	-9,9	+2,2	+2,1	+4,0	+5,5	+3,2	+0,6	+1,5	+1,6	-0,3	+0,4	+0,3	-0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,1	94,7	96,0	97,3	97,7	97,5	97,1	97,2	97,1	96,9	97,4	97,0	96,8
	gg. Vj. in %	-4,1	+0,7	+1,4	+2,4	+3,3	+2,3	+0,1	+1,3	+0,6	-0,4	+0,1	-0,1	-0,4
56 Länder	Index	85,8	87,0	87,8	89,1	89,5	89,5	90,3	89,4	89,9	90,0	91,0	90,2	89,7
	gg. Vj. in %	-5,4	+1,4	+1,0	+2,6	+3,8	+3,1	+1,4	+2,1	+1,5	+0,9	+1,9	+1,4	+0,7

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

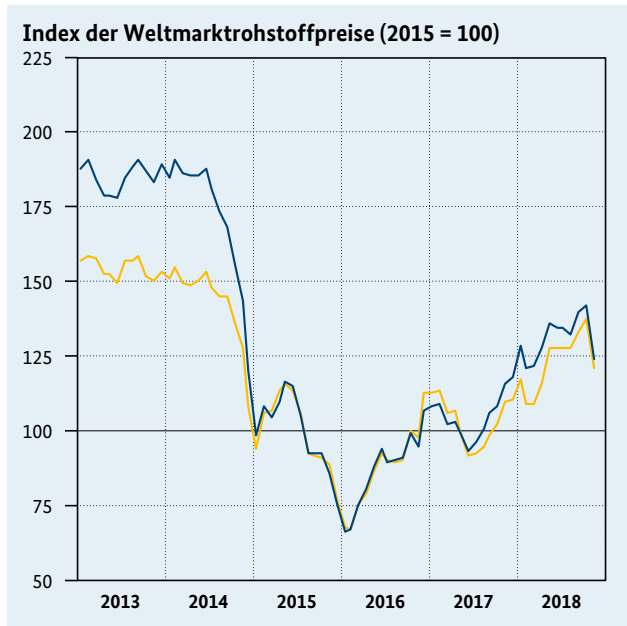
2 Index 2015 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

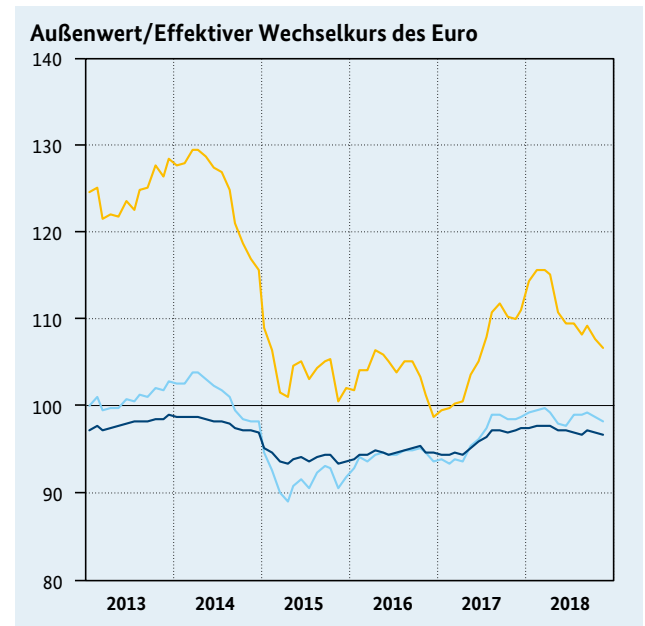
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

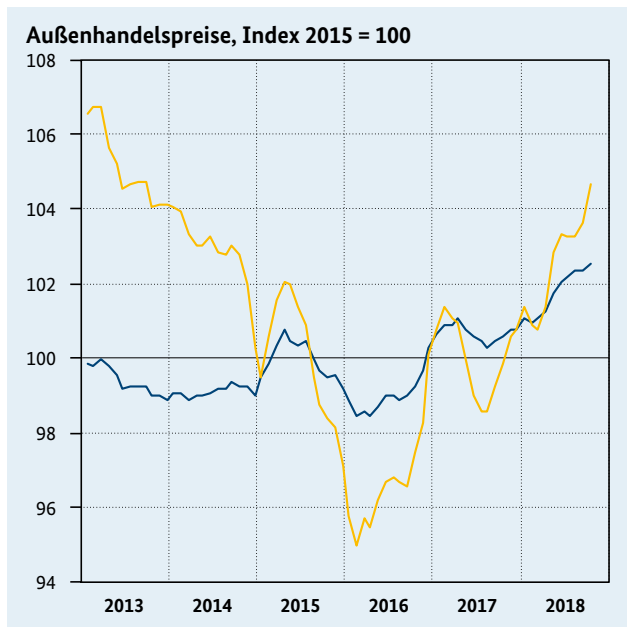
Bundesrepublik Deutschland



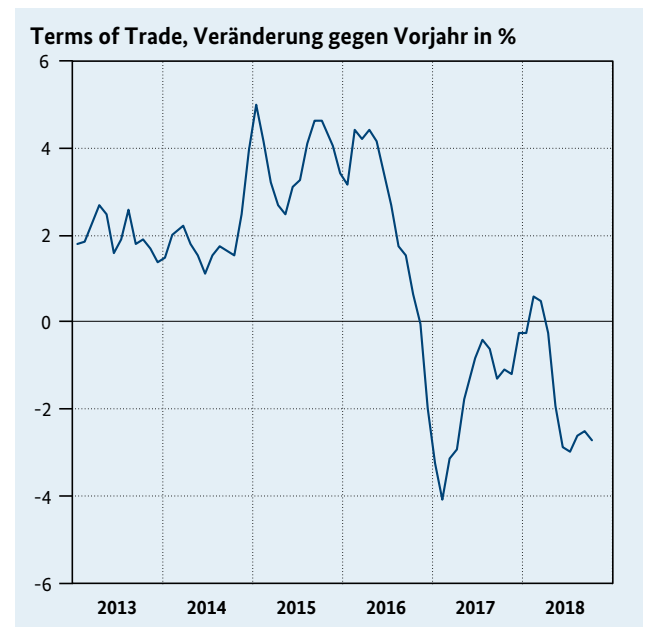
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

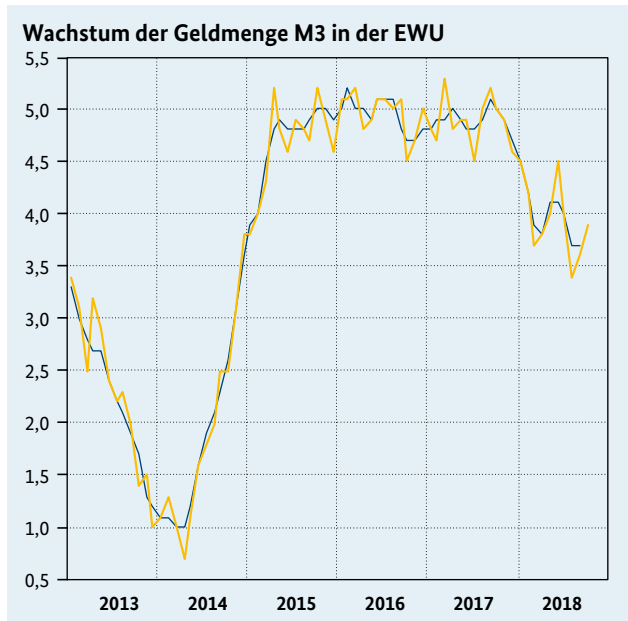
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2017	2018			2018					
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,13	-0,37	-0,42	-0,43	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,43	-0,43	-0,41
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,00	-0,25	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,32	-0,33	-0,32	-0,32	-0,32	-0,32	-0,32
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,05	-0,16	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,26	-0,26
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,17	-0,04	-0,15	-0,19	-0,19	-0,19	-0,17	-0,18	-0,18	-0,17	-0,17	-0,15	-0,15
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,13	0,12	0,09	0,10	0,09	0,09	0,10	0,09	0,10	0,10	0,11	0,11	0,09
Umlaufrendite 3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,12	-0,51	-0,51	-0,47	-0,23	-0,31	-0,37	-0,39	-0,41	-0,39	-0,30	-0,28	-0,36
Umlaufrendite 5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,13	-0,28	-0,15	-0,11	0,17	0,06	-0,04	-0,03	-0,09	-0,05	0,02	0,05	-0,04
Umlaufrendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,50	0,09	0,32	0,33	0,55	0,42	0,31	0,33	0,28	0,29	0,37	0,40	0,31
Geldmenge (Euroraum)														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	10,6	9,1	9,1	9,1	8,2	7,3	6,7	7,5	6,9	6,4	6,8	6,8	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,8	5,1	5,1	5,3	4,8	4,5	4,2	4,8	4,4	3,9	4,3	4,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	4,7	5,0	4,9	4,8	4,1	4,1	3,7	4,5	4,0	3,4	3,6	3,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,7	5,0	4,9	4,9	4,2	4,0	3,8	4,1	4,0	3,7	3,7	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ²	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	+2,6	+2,6	+2,6	+2,9	+3,3	+2,8	+3,3	+3,3	+3,2	+2,9	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+0,6	+1,4	+2,0	+2,4	+2,5	+2,8	+3,3	+2,8	+3,4	+3,3	+3,1	+2,6	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+2,5	+2,8	+3,6	+3,9	+4,2	+4,5	+4,3	+4,6	+4,5	+4,1	+4,4	+4,2	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+3,0	+3,6	+3,9	+4,3	+4,6	+4,8	+4,9	+4,7	+4,8	+5,0	+4,7	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,6	+2,1	+3,6	+4,5	+5,1	+5,4	+6,0	+5,9	+5,9	+5,8	+6,3	+5,8	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,8	+0,1	+0,2	+5,3	+9,2	+12,2	+12,5	+12,6	+12,1	+12,8	+12,6	+8,5	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,5	+2,3	+2,3	+2,0	+2,8	+3,2	+6,3	+4,4	+6,0	+5,9	+7,0	+7,1	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,4	+2,5	+4,6	+4,8	+4,6	+4,3	+4,5	+4,7	+4,5	+4,3	+4,8	+4,9	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+2,1	+2,9	+3,1	+3,3	+3,5	+3,4	+3,4	+3,3	+3,3	+3,4	+3,4	+3,5	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,4	+3,7	+4,1	+4,3	+4,5	+4,6	+4,7	+4,7	+4,6	+4,7	+4,7	+4,8	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10969	10196	12441	13085	12626	12657	12409	12668	12582	12459	12185	11686	11360
	gg. Vp. in %	+15,0	-7,1	+22,0	+6,0	-3,5	+0,2	-2,0	-1,8	-0,7	-1,0	-2,2	-4,1	-2,8
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3445	3005	3490	3593	3469	3478	3421	3443	3461	3437	3365	3245	3186
	gg. Vp. in %	+9,5	-12,8	+16,1	+3,2	-3,4	+0,2	-1,6	-2,7	+0,5	-0,7	-2,1	-3,6	-1,8
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2061	2093	2448	2605	2730	2703	2850	2754	2790	2858	2902	2785	2720
	gg. Vp. in %	+6,7	+1,5	+17,0	+5,6	+4,8	-1,0	+5,4	+1,9	+1,3	+2,4	+1,5	-4,0	-2,4
Nikkei 225 ⁵	Index	19166	16924	20199	22179	22315	22347	22669	22563	22322	22494	23192	22738	21953
	gg. Vp. in %	+23,8	-11,7	+19,4	+11,6	+0,6	+0,1	+1,4	-0,1	-1,1	+0,8	+3,1	-2,0	-3,5

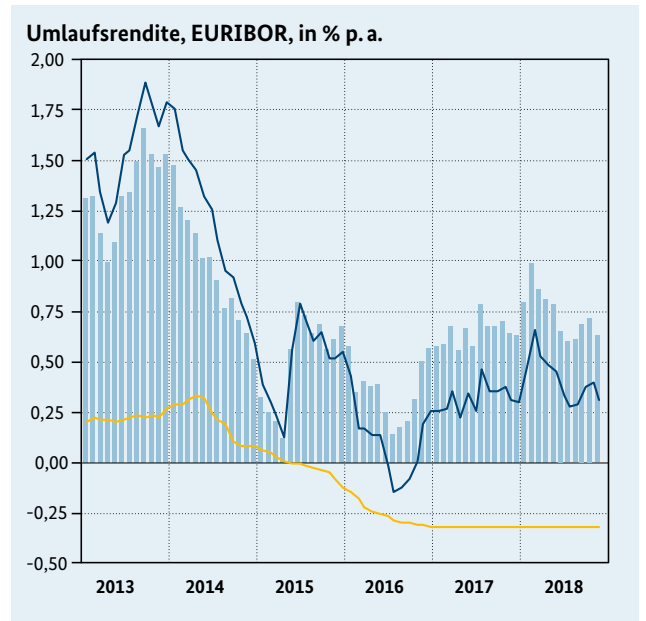
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

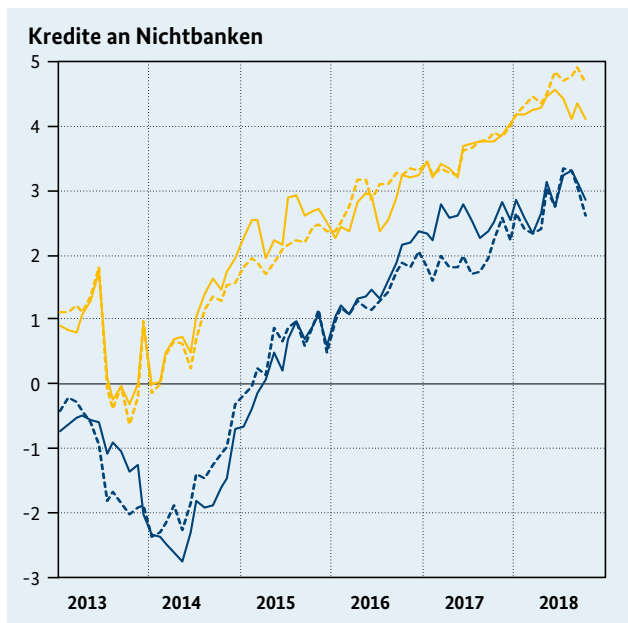
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



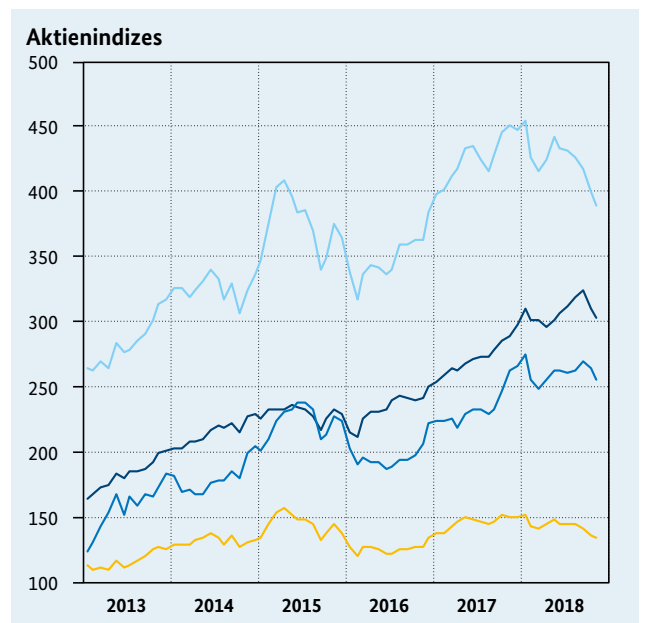
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2018	Emissionshandel ist fit für 2030 Instant Payment – WhatsApp für Geld?
Februar 2018	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?
März 2018	Wertschöpfungsverflechtungen im NAFTA-Raum Das Netzwerk einheitlicher Ansprechpartner – wichtiger Bestandteil einer unternehmensfreundlichen Verwaltung
April 2018	Dual-use-Güter in der Exportkontrolle Strategien für den erfolgreichen Markteintritt im Ausland: Wie Anbieter klimafreundlicher Energielösungen „Made in Germany“ langfristig neue Auslandsmärkte erschließen können IGF – Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen
Mai 2018	Das Nationale Reformprogramm 2018 Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung
Juni 2018	Neues Kompetenzzentrum Tourismus gestartet Sustainable Finance: Die Rolle von Finanzmärkten auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem Startschuss für die neue Gründerplattform: Das geballte Gründerwissen Deutschlands – digital und interaktiv Metrologie und Digitalisierung Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof – gerichtliches Scharnier zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union
Juli 2018	Der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2018
August 2018	Im Dialog mit der Wirtschaft: Bundesregierung erleichtert Ausfuhrgeschäfte nach Afrika und verbessert Rahmenbedingungen für KMU Eine Governance für die Energieunion Das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof Evaluationen gewinnen im BMWi immer mehr Bedeutung
September 2018	Demografischer Wandel und das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen Ressourcenschonendes Bauen
Oktober 2018	Das neue Energieforschungsprogramm Systemübergreifende Forschung und „Reallabore der Energiewende“ als neues Förderformat Nichtigkeitsklage und Rechtsmittel: Schutz der Rechte von EU-Mitgliedstaaten und ihren Bürgern durch den Gerichtshof der Europäischen Union

Ausgabe	Fachartikel
November 2018	Aufschwung setzt sich fort Deutschland bekämpft Bestechung im Ausland
Dezember 2018	Konjunkturprognosen eine Dekade nach der Finanzkrise Unternehmen mit anhaltender Ertragsschwäche Workshop „Leistungsbilanzüberschüsse in Deutschland“



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
[https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Schlaglichter-der-
Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik.html](https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik.html)
